CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 46/47 Jahrgang 5 Juli / August '88 3.

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

R 001 6 #

Alles anders?

Vom Mekka der Alternativen zum Babylon der Selbstverwaltung

Kurt Regenauer

Auch die Alternativen kommen so allmählich in die Jahre. So manches Projekt feiert heuer sein Zehn- oder gar Fünfzehnjähriges.... sind diese Jubiläen wirklich ein Grund zum Feiern? Oder waren die SelbstverwalterInnen nur gut genug, den Karren aus den Dreck zu ziehen, wo es halt überall gekracht haben mag im Beieinandersein von Umwelt und Gesellschaft? Sinnfragen kochen hoch in Projekten, aber auch bei ihren MentorInnen.

Perspektiven der Alternativen Ökonomie bis zum Ende des Jahrtausends wollen die Gurus der Szene daher auf einer gigantomanischen Zusammenkunft diskutieren. *Das Happening* wird vom Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK-AÖ) in der Woche vom *15. bis 22. Juli* in Arnoldshain bei Frankfurt veranstaltet: über 60 ReferentInnen sind geladen (siehe Programmankündigung auf **S. 20**).

Die Selbstverwaltungswirtschaft wird sich wandeln, behaupten sechs mehr oder minder prominente KritikerInnen im Gespräch mit **Wolfgang Beywl** von der **Redaktion Köln/Bonn** (auf **S. 14**). Was sich so alles in den Projekten schon geändert hat, zeigen Berichte aus der **UFA/Berlin** und der **ASH Krebsmühle/Frankfurt** (**Neun Jahre UFA-Fabrik** von **Sigi Niemer** auf **S. 9** und **13 Jahre ASH - 10 Jahre Krebsmühle** von **Chris Schröter** auf **S 11**). Mit **Juppi** von der UFA und **Karl Bergmann** von der Krebsmühle hatte CONTRASTE außerdem Menschen vorm Mikrophon, die für diese Projekte und eigentlich auch für den gesamten Selbstverwaltungsbereich von Anfang an gewissermaßen Symbolcharakter hatten (**Was soll der ganze Zirkus?**, Interview mit Juppi auf **S. 10** und **Alles klar, Herr Kommissar?**, Interview mit Karl Bergmann auf **S. 11**). *Die Interwiews* führten **Kurt Regenauer** und **Dieter Poschen** von den **Redaktionen Nürnberg** und **Heidelberg**.

Das Phänomen Selbstverwaltung wird aber auch wissenschaftlich erforscht - nicht nur in Hessen und Bremen, wo unsere Berichte herkommen, waren alternative ForscherInnen-Teams an der Arbeit (auch aus Karlsruhe und anderswo wird ähnliches gemeldet). **Von der Studentenbewegung zum Selbstverwalteten Betrieb** war die Entwicklung von 244 hessischen Projekten mit insgesamt 1.873 Beschäftigten (siehe **S. 13**) und **Neue Formen der Selbstverwaltung** zeigt das Innenleben der Projekte in Bremen (so zumindest im Forschungsbericht auf **S. 12**).

Die mehr als sechs Seiten CONTRASTE zur Nabelschau der Selbstverwaltung werden gekrönt von Meinungsausbrüchen, wie sie in unserer Zeitung nun mal üblich sind: Ganz schön primitive cool findet Jagger-Fan **Kurt Regenauer** von der **Redaktion Nürnberg** einen Matthias Horx in seinem Versuch, Gegenmodelle in einen „gesellschaftlichen Zoo" der Bedeutungslosigkeit zu verbannen. Die Aff-Werdung des Menschen durch die Nicht-Arbeit wird befürchtet (**Auf Jubiläen jubeln?, S. 9**). Und **Petra Inden** von der **Redaktion Rhein-Main** sieht in ihrem Kommentar (auf **S. 2**) **der langen Wege kurzer Sinn** schlichtweg und ergreifend einfach in solchen Werten, für die auch unsere CONTRASTE schon immer stand - denen der Selbstverwaltung .....

Verbund Gegenöffentlichkeit

Eines der konkreten Ergebnisse unseres Mediumseminars ist die Bildung des so genannten Verbundes, der zunächst als Trägerkreis einer Ausstellung im Rahmen der Frankfurter Buchmesse fungieren will, die sich gegen Zensur wendet. Ansonsten wurde noch viel über den Einsatz des Kollegen Computer, die Möglichkeiten und Gefahren der Datenfernübertragung und das Spannungsfeld von politischen Ansprüchen und ökonomischen Zwängen debattiert. Mehr dazu in der Septemberausgabe von CONTRASTE....

Alles Unsinn?

Krach um bundesweite Vertretung für Selbstverwaltung

Kurt Regenauer

Red. Kassel Streitkultur bewies CONTRASTE einmal mehr im ganzen Heckmeck um die ICGA. Kein Wunder, denn der Konflikt um diesen Versuch, eine neue bundes- und europapolitische Seilschaft zu bilden, lebt bislang ja auch nur in unserer Zeitung zumindest für die Öffentlichkeit. Und dies, obwohl die Wogen der Empörung immer höher schlagen...

Es scheint dabei durchaus notwendig, darauf hinzuweisen, daß das in dieser Ausgabe erscheinende **Streitgespräch: Wer vertritt hier was und wen???...** (auf **S. 6**) keine Ente ist. Böse Zungen mögen aus der Tatsache, daß fast nur CONTRASTE Leute als FreundInnen oder GegnerInnen der ICGA auftreten, ja, alles, was in dieser Hinsicht bislang bewegt wurde, in der Tat nur von CONTRASTE-Redaktionen ausging, den Zusammenhang konstruieren, unsere Zeitung koche da etwas hoch, was ihre Seiten füllen kann. Die Wahrheit ist weitaus bitterer.

Auf unserem letzten Redaktionsplenum zeigte sich vielmehr: die übergroße Mehrheit aller CONTRASTE-Redaktionen findet das Vorgehen, eine bundesweite Vertretung für Selbstverwaltung quasi als „Retortenbaby" zu bilden, äußerst gefährlich und möchte höchstens eine „Beobachterrolle" einnehmen, um hierüber zu berichten. Andere wiederum sehen dies als „destruktive Verhinderungsrolle" an und polemisieren gegen eine „Verweigerungshaltung".

Diesen Widerspruch in einer grundsätzlichen Frage muß unsere Zeitung aushalten. Das geht nur durch Praktizierung einer Streitkultur. Unsere **Redaktion Kassel** nahm dies ernst und lud zwei Streithähne (**Jochen Reinalda** als Befürworter und **Kurt Regenauer** als Gegner der ICGA) ein, unter Moderation von der freien Journalistin **Almuth Kipp**, einmal tüchtig zusammenzurauschen.

Daraus wurde nichts. KeineR der Anwesenden wollte es sich nehmen lassen, mitzumachen - verständlich, da das Thema sicher auch die Zukunft unserer Zeitung berührt und demgemäß emotional besetzt ist. Heraus kam also ein Stammtischgespräch, das somit dokumentiert wird.

Daß die Debatte um einen möglichen Dachverband der Selbstverwaltungsbewegung das Stammtischniveau verläßt, bleibt jedoch Anliegen der gesamten Redaktion. Tuchfühlung zu den bestehenden Verbänden und Verbünden aus dem Selbstverwaltungsbereich wurde beschlossen. An alle in den Bunten Seiten verzeichneten Adressen von Drehpunktprojekten, Verbänden und Verbünden ging mittlerweilen die Einladung, selber auf unser nächstes Redaktionsplenum zu kommen.

Am Samstag, den 17. September, soll dann im Gut Kragenhof bei Kassel mal geklärt werden, ob und was zusammenlaufen soll und kann...

Unser Redaktionsplenum im Juni war da noch sehr bescheiden: Wir wünschen uns zunächst einmal eine größere bundesweite Veranstaltung, in der über Strategien für Selbstverwaltung diskutiert wird.

IWF-Kontrovers - *IWF* und *Weltbank* werden CONTRASTE im September als Schwerpunktthema beschäftigen. Der *Krieg mit Zinsen* wird dargestellt und analysiert. Aber schon in dieser Ausgabe erhält unsere AbonnentInnenschar als Beilage die Berliner IWF-Zeitung und einen Vorgeschmack auf anstehende Debatten um die Rolle des IWF und der Weltbank (**auf Seite 7**). *Helmuth Creutz* sieht den Sinn der Kampagne so nicht und *Ulli Dufner* sowie *Christiane Schulte*, beide als Autorinnen der Berliner IWF-Zeitung im Rahmen der Kampagne voll dabei, antworten ihm postwendend ...

Beilagen

Dieser Ausgabe ... liege der „AG ... der Westberline... tion gegen IW... bankpolitik" bei.

Ökoba... Alles ol...

Ob da wirklich al... was sich in der ... Ökobank zusammenbraut, fragen sich einige. Als einen **Reinfall** beurteilt jedenfalls unsere Ökobankredaktion die letzte Mitgliederversammlung des Ökobank-Vereins (**auf S. 15**). Uneinigkeit herrscht über die Frage, ob ein Bundesverein weiter bestehen soll, oder in die Regionen gegangen wird. Darüber wird nicht nur in den Gremien des Vereins, sondern auf allen möglichen Veranstaltungen innerhalb und außerhalb des Vereins, geredet. Die Hamburger Ökobanker organisieren ein nächstes dieser Treffen, und unlängst in Bremen wurde gar die BAG Netzwerke aktiv. In den Regionen soll es zu einer Kooperation kommen - auch der Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden fordert Kooperation statt Konkurrenz. Der Ökobank-Zentrale wird vorgeworfen, solche dezentralen Zusammenhänge, wo sie bestehen, zu mißachten, wie **die Axt im Walde** der regionalen Szenen zu wüten und, wo entsprechende Interessen vorgetragen werden, gleich den „Banküberfall" aus der Region zu befürchten (alles auf **Seite 4**).

Stattzeitungstreffen

Schon vor dem CONTRASTE Medienseminar trafen sich Stattzeitungen in Kassel, um gemeinsame Maßnahmen gegen Kriminalisierung und Zensur zu beraten. Wir waren natürlich auch da - **Karin** von der **Redaktion Kassel** berichtet....

auf Seite 3

Marketing für Müsli?

Was Marktdenken mit der Naturkostszene zu tun hat, war in CONTRASTE schon häufig heiß diskutiert. **Irmgard Blönningen** von der AG Neues Handeln beschreibt, was sie unter Marketing für Bio-Produkte versteht. Und sieht einen Ausweg für viele der älteren kleinen Läden, die durch moderne Naturkost-Fachmärkte verdrängt zu werden drohen, nur darin, Bedürfnisse noch besser zu befriedigen und noch stärker zu wecken...

auf Seite 5

Kulturpolitik in der Stadt an der Isar

Kultur in München war bisher Privileg des sogenannten „Kir Royal", einer Schickeria von Firmenbossen und Bonvivants, für die die „heimliche Hauptstadt im Süden der Republik" attraktiv gemacht wurde. Jetzt kommt Hummel und der neue Kulturreferent steht auch für eine andere Kulturpolitik. **Matthias Lahmann** hat ihn portraitiert und besucht - er fragt **Hat München noch eine kulturelle Hoffnung?** Wens interessiert, was Münchens neuer Kulturpapst antwortet, lese nach...

auf Seite 8

DER KOMMENTAR:

Langer Wege kurzer Sinn ... - Oder: Wiedergeburt einer vergessenen Idee?

Petra Inden, Red. Rhein/Main

Seit einiger Zeit riecht es in der Alternativszene nach Stillstand, nach der Ruhe vor dem Sturm, so als sollte etwas sterben, was noch garnicht richtig angefangen hat zu leben. Die ganz Schlauen unter uns haben schon vor zwei Jahren auf diese Situation reagiert, obwohl auch hier nur eine Ahnung des Kommenden oder das Bewußtsein der eigenen Schwäche dem Handeln zugrunde liegen konnte. Manche zogen sich zur frühzeitigen Besinnung zurück, auch um in Zukunft mit dem Problem umgehen zu können, „endlich gesellschaftlich akzeptiert zu sein" (Chris, ASH, Oberursel); andere verloren sich in dieser gesellschaftlichen Akzeptanz und wieder andere in der Kritik an diesen Reaktionen und den bestehenden Verhältnissen.

Das ehemals gemeinsame Band - das Verlangen, „immer mehr zu werden" („denn nur so halten wir sie auf", Wolfgang Niedecken) - ist bis in die kleinste Einheit dem Sektierertum gewichen, was letztendlich dann doch nur wieder Ausdruck der vom Staat betriebenen Individualismus-Propaganda ist. Eine Propaganda, die nur dann die Verantwortung für bestehende Verhältnisse an den Einzelnen zurückgibt, wenn sie genau diese bestehenden Verhältnisse am Leben hält. Eine solche Propaganda macht z.B. den Konkurrenzgedanken erst überlebensfähig.

Das am Rande

Ich denke, die Gefahr dieser Zeit liegt in ihrer Beliebigkeit, ihrem werteverwirrenden Rhetorikertum, das im Endeffekt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschleiert. Alle von uns formulierten Forderungen finden sich inzwischen in abgeschwächter Form in den Programmen und Gedanken der Machthabenden wieder. Und, ohne ihnen hiermit unbedingt eine Taktik der Machterhaltung zu unterstellen, liegt dieser Rhetorik ein persönliches Interesse zugrunde, was auch die Alternativen zum Teil inzwischen kennen. Persönliches Interesse im Sinne der Erhaltung eines Betriebs, einer Organisation, einer Partei; „immer vorausgesetzt, daß nicht die Freiheit zu wählen war", wie Kafka so schön sagte.

Es stimmt mich nachdenklich, wenn aus der Alternativ-Szene plötzlich Stimmen zu vernehmen sind, die sich entweder ganz gerne in die von ihnen geschaffenen Freiräume zurückziehen möchten; oder ein Projekt, das immer irgendwo für die Arbeiterselbstbestimmung gestanden hat, inzwischen den Schwerpunkt seiner Arbeit darin sieht, die Qualifikation und Intelligenz normaler Betriebe für die Selbstverwaltung zu gewinnen und sich mit einem „leichteren Los" der Arbeiter zufrieden zu geben. Natürlich kann's nicht schaden (?); ob es uns ideell - mal abgesehen von der persönlichen Arbeitsleistung dieser Menschen, die ich sehr wohl zu schätzen weiß - weiterbringt, ist immer noch fraglich. Vielleicht würden sich diese Ideen zum jetzigen Zeitpunkt der Konsolidierung ja auch nur störend auswirken.

Wie dem auch sei, die Zukunft der alten Projekte/Organisationen wird in absehbarer Zeit von deren Nachwuchs abhängen. Und welche Weichen da gestellt werden, entscheiden einzig und alleine deren jetzige „Inhaber".

Die Entwicklung kann darauf hinauslaufen, daß von vornherein bestimmte Kreise ausgeschlossen werden; sie kann aber auch - bei tatsächlicher Aufarbeitung und Besinnung auf die eigene Geschichte - zurückführen zu den Ursprungsideen, die so falsch nicht gewesen sein können, sonst hätten sie über Jahre hinweg nicht eine solche Kraft gehabt zu überleben. Und genau diese Ursprungsideen müßten von jedem Einzelnen daraufhin überprüft werden, ob sie **zeitlose Werte** beinhalten oder nicht. Denn alles andere wird zwangsläufig dem Trend zum Opfer fallen. Wie gesagt, immer vorausgesetzt, daß nicht die Freiheit zu wählen ist, sondern wir uns auf der Suche nach einem Ausweg befinden ...

...es geht voran!

Allen Unkenrufen über die Unmöglichkeit, alternative Zeitungen wirtschaftlich tragfähig zu machen, zum Trotze: bei CONTRASTE scheint sich wirklich was zu bewegen.

Die Ankündigung, bis Jahresende einen Mehrertrag von DM 100.000,- erreichen zu wollen (sonst wird der erste Dezember für CONTRASTE der letzte), ist offensichtlich irgendwo angekommen. Obwohl unsere Anstrengungen, auch über befreundete Verbände und Verbünde AbonnentInnen und Contraste- Vereinsmitglieder zu werben, erst im Herbst richtig greifen werden, tut sich bereits was...und das sogar im berüchtigten Sommerloch. Runde 5.000,- DM Mehrertrag sind bereits erreicht - weniger durch Abosteigerung, als vielmehr durch Projekte und Personen, die in unseren Förderverein eingetreten sind. Und weitere Anfragen sind da auch noch in Bearbeitung.
Die AbonnentInnenzahl ist bisher zwar noch nicht wesentlich über das übliche Maß von 50 Neuabos pro Monat gestiegen, aber die Vorstellungen, wie über befreundete Organisationen Neu- und Förderabos geworben werden können, haben in zahlreichen Gesprächen mit diesen Gruppen immer konkretere Gestalt angenommen.

Am erfreulichsten waren unsere bisherigen Kontakte mit den **Netzwerken**. Hier waren regionale Netzwerke wie Lübeck und Köln seit eh und je schon aktiv, Mitglieder „an die Angel" zu nehmen und es ihnen schmackhaft zu machen, in unserer Abodatei zu landen. Diese Vorgehensweise soll nach einer Diskussion auf der Bundesversammlung der BAG Netzwerke forciert und perfektioniert werden. CONTRASTE kann NetzwerkerInnen, die dies wollen, jederzeit ermöglichen, ihre regionalen Netzwerkinformationen und Rundbriefe in Form einer CONTRASTE- Beilage zu erhalten. Moderne Vertriebstechnik macht dies möglich.
Dies wird derzeit vor allem mit dem mitgliederstarken **Netzwerk Berlin** verhandelt. Dort, wo viele Projekte ihre, zumindest geistige, Wiege hatten und der Selbstverwaltungsbereich das Bild ganzer Stadtteile prägt, ist nämlich paradoxerweise CONTRASTE- Entwicklungsland. Nur 500 Abos gehen nach Restberlin. Anlaß für uns, dort unsere Redaktionsarbeit zu verstärken und Anlaß für das Netzwerk, seiner immens großen Mitgliederbasis gegenüber kräftig die Werbetrommel zu rühren.

Seit an Seit mit der Ökobank

Und auch die **Ökobank** will ihren 12.000 GenossInnen zeigen, was CONTRASTE ist. Eine Werbekampagne in der Ökorrespondenz wurde vereinbart und der Aufsichtsrat soll demnächst mit gutem Beispiel vorangehen - er wird Mitglied im CONTRASTE-Förderverein.
Auch ein CONTRASTE-Sparbrief wurde ins Auge gefaßt.
Der **Ökobankverein** tat sein Übriges und beendigte eine Regelung, mit der CONTRASTE bisher diesen Verein unterstützt hatte:
Mitglieder des Ökobankvereins aufgepaßt: ab Oktober müßt ihr CONTRASTE selber abonnieren. Der Sammelbezug über Euren Verein ist für CONTRASTE wirtschaftlich einfach nicht mehr möglich. Der Sonderpreis, für den Ihr bislang CONTRASTE hattet, die Sonderseite, die Euch zur Verfügung stand - all dies waren Maßnahmen, mit denen wir den Aufbau der Bank unterstützt haben. Die gibt es aber nun mal inzwischen und alle, die weiter als FördererInnen der Ziele von Ökologie und Selbstverwaltung Diskussionen erleben und führen wollen, können ja auch den Weg „ihrer" Bank gehen und Mitglieder des CONTRASTE-Vereins „für Ökologie und Selbstverwaltung" werden...
Was natürlich nicht heißt, daß CONTRASTE die Berichterstattung und Diskussion zur Bank einschränkt. Im Gegenteil: die wird eben nicht mehr auf eine Sonderseite passen und eher ausgeweitet, aber halt nicht mehr zu einem Sonderpreis, damit auch wir zum Jahresende sagen können: Gott sei Bank, daß es uns gibt!
Sondervereinbarungen für Sammelabos können künftig nur noch mit den nun zu fördernden **Regionalgesellschaften der Ökobank** bestehen. Entsprechende Verhandlungen laufen bereits mit etlichen Landesverbänden des Ökobank- Vereins.
Weitere Absprachen bestehen mit **Branchenverbänden des Selbstverwaltungsbereichs**. Allein über die Büros des **Verbundes selbstverwalteter Fairsicherungsläden** werden im Herbst 10.000 CONTRASTE-Falter verschickt, denen nachgesagt wird, daß ihre Werbewirksamkeit unheimlich ist.
Und die **AG-SPAK** (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise) reagierte äußerst prompt und stark, indem sie uns einen Teil der Mehrkosten dieser Doppelausgabe finanzierte....der Grüne Bundesvorstand diskutierte zu Redaktionsschluß, einen größeren Posten dieser Ausgabe zu kaufen....und auch der SPD-Bundesvorstand hat schon besorgt angerufen....
Wir konnten guten Gewissens berichten: **...es geht voran!**

Wechsel bei Redaktion Rhein/Main

Ein Wechsel wurde bei der Redaktion Rhein-Main notwendig, weil unser langjähriger Mitstreiter Jochen Reinalda demnächst eine Stelle in Bonn antritt. Das Redaktion-Plenum begrüßte Petra Inden, ebenfalls schon länger dabei, als neue Betreuung für den Frankfurter Raum. Ein kräftiges Danke schön geht an Jochen, der für unsere Zeitung sicher wertvolle Pionier- und Aufbauarbeit geleistet hat.

URLAUB-URLAUB-URLAUB-URLAUB

Norden - Süden - Mitte - zu Hause - die CONTRASTE-Redaktion Heidelberg wird während der Sommermonate überall zu finden sein ... Nur der Poschen bleibt zu Hause (daß Ihr auch alle weiterhin anrufen könnt...) bis dann ...
Sonne, Wein und Sonnenbrand
wünscht Euch
die säzzerin

CONTRASTE - 1986/87 in Stichworten!

CONTRASTE kann mit einem neuen Angebot aufwarten. Für die **Jahrgänge 1986 und (neu!!) 1987** liegen komplette Register über die CONTRASTE - Inhalte vor. Sie enthalten die Auflistungen von Autoren, Institutionen, Personen und Ländern - dazu ein ausführliches Schlagwortregister.

Wer sich diese hilfreichen Nachschlagewerke nicht entgehen lassen möchte, bestelle bei der CONTRASTE-Redaktion in Heidelberg, Gaisbergstr. 97 und überweise (jeweils!!) 12,- DM (incl. Versandkosten) auf das CONTRASTE-Konto Nr. 1130 05 - 756 beim Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE - Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72,- DM) .....DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72,- DM) .....DM pro Jahr.

Unterschrift: ..... **Datum:** .....

Vorname, Name: .....

Straße und Wohnort: .....

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20; 6900 Heidelberg 1

Fördermitglieder der CONTRASTE

An dieser Stelle veröffentlichen wir, wie versprochen, die Namen unserer LeserInnen, die sich für eine Fördermitgliedschaft entschieden haben.

Aktion Jugendzentrum Backnang, 7150 Backnang; Autonomes Kulturzentrum, 8700 Würzburg; Blätterwald e.G., 6370 Oberursel; Joachim Behmer, Luxembourg; Jörg Bogdahn, 3500 Kassel; Claudia von Braunmühl, 1000 Berlin; Buchhandlung im Schanzenviertel, 2000 Hamburg; Karsten Büttner, 3400 Göttingen; Birgit Cramon-Daiber, 1000 Berlin; Das Kleine Radhaus - Zweirad GmbH, 6900 Heidelberg; das taxi eG., 2000 Hamburg; Druckwerkstatt, 7032 Sindelfingen; Gerhard Fuchs, 8000 München; Albrecht Grothey, Braunschweig; DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle, 5300 Bonn; Sibylle Göttert, 2800 Bremen; Klaus Hecker, 6242 Kronberg; Gabriele Herbert, 8781 Gräfendorf; Richard Herrmann, 6800 Mannheim; Hutzel Vollkornbäckerei GmbH, 4630 Bochum; ibek GmbH, 7500 Karlsruhe; Trudel Karcher, 2000 Hamburg; Kur Taxen e.G., 1000 Berlin; Bettina Liebl, 8036 Herrsching; Jürgen Lützel, 6052 Mühlheim 3; Martin Moritz-Becker, 3504 Kaufungen; MTB-Leasing, 7500 Karlsruhe; H.G. Otto, Weil am Rhein; Albrecht Padmanabhan, Frankfurt/Main; Klaus-Emil Petersen, Barsfleth; Profu e.V., 6400 Fulda; Prof. Winfried Raske, 1000 Berlin; Hans- Uwe Rauschenbusch, Maintal; Arno Reibenspies, 7500 Karlsruhe; Bernd Riegraf, 7800 Freiburg; Thomas Riepenhausen, Gondomar (Portugal); Heinz Rieger, Balingen; Schneidereit & Partner, 5000 Köln; Hans-Jürgen Schmidt, 6100 Darmstadt; Jürgen Schumacher, 4000 Düsseldorf; Wolfgang Spaniol, 6600 Saarbrücken; Herbert Schön, 8000 München; Reinhard Schuba, 4650 Gelsenkirchen; Gerhard Thiel, Syke-Gessel; Tischlerform GmbH, 3002 Wedemark-Brelingen; Peter Hess, 8500 Nürnberg

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose). Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Franz-Josef Bartsch, Gneisenaustr. 2a, ☎ **(030) 691 30 72; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; 3500 Kassel, Regina Engel, Sabine Joswig, Schönfelder Str. 41,** ☎ **(0561) 28 37 91; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043- 222) 26 72 84**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite, 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe, 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul- Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur, 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften, 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik, 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ **(089) 691 78 21; Ökobank, 6000 Frankfurt/Main 1,** Bundesgeschäftsstelle der Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Franziusstr. 44, ☎ **(069) 43 95 34; Kommunen, 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; V.i.S.d.P.:** Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Sabine Joswig, Regina Engel, Schönfelderstr. 41, 3500 Kassel ☎ **(0561) 28 37 91; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:

☎ **(06221) 16 24 67**

Der Leichen Rock'n Roll

Stattzeitungstreffen Kassel, Juni '88

Red. Kassel

Eins

„Macht den Faschisten jegliche Propaganda unmöglich". Aufruf zu einer Straftat im Sonderangebot bei Verzicht auf eine Verhandlung: 400,- DM.

Der V.i.S.d.P. (im Zeitungsmacherjargon kurz „FisDepp" genannt, eben der Depp, den's trifft) von der Wuppertaler Stadtzeitung wollte jedoch genauer erfahren, ob es tatsächlich verboten ist, dazu aufzufordern, den Faschismus zu bekämpfen.

Diese Frage wurde jedoch in der Berufungsverhandlung nicht behandelt. Verhandelt wurde, ob der FisDepp eines Redaktionskollektivs, da er kein Eingriffsrecht in die Inhalte der Zeitung hat, überhaupt verantwortlich sein kann. Obwohl jener sich ausdrücklich für verantwortlich erklärte, entschied der Richter, der FisDepp sei in solchem Fall nur ein „Strohmann" (Freispruch).

Ob nun Kollektive von Natur aus unverantwortlich handeln oder ob den Rechtsvertretern die Unüberschaubarkeit kollektiver Strukturen mißfallen, sei dahingestellt. Ein Redaktionskollektiv ist infolgedessen jedoch für die Staatsanwaltschaft eine „ordnungswidrige Vereinigung", die fahrlässig mit der redaktionellen Verantwortlichkeit umgeht. Jeder FisDepp, und auch alle anderen Redaktionsmitglieder begehen eine Ordnungswidrigkeit. Das Ganze entpuppt sich als ein Verstoß gegen das Pressegesetz, kann also zum Verbot der Zeitung führen. Die Staatsanwaltschaft bleibt am Ball!

Zwei

S'Blättle Stuttgart - die langjährige kommunale Stattzeitung ist tot. Teile der Redaktion haben sich abgesetzt ins meinungs- und pressefreiere Ausland (das kennen wir doch vom ID!). Problem: zu viele Bekennerbriefe von Strommastknackern und ähnlichen Praktikern, denen man das Recht auf Veröffentlichung ihrer Anliegen nicht verweigern wollte. „Wenn Du 'ne Zeitung machst, und jeden Monat stehen die Bullen vor der Tür"; wenn, wie in Stuttgart geschehen, sogar die Druckmaschine, auf der das scheinbar so zersetzende Blättle gedruckt wurde, beschlagnahmt wird, da sie – als Produktionsmittel – Sympathisantin ist, wenn über die Hälfte der Redaktion ihre Zeitung nicht mehr machen kann, sondern nurmehr Informationen hinter den Gittern über taz-Knast-Abos und sonstiges bekommt, dann ist eine Gegenöffentlichkeit schnell begraben.

Drei

In Erlangen werden Bekennerbriefe – falls sie eingehen schon gar nicht mehr gedruckt, denn hier bekommt man schon Hausdurchsuchungen und Verfahren aufgezwängt, wenn Photos aus einem Achternbusch-Film als Lay-Out-Material verwendet werden, Photos, die in Stern und Spiegel keinen Anstoß erregen. Eine Mitarbeiterin der Erlanger Stattzeitung: „Wir haben uns nachträglich geärgert, daß wir den Bekennerbrief nicht abgedruckt haben, dafür hätte sich ein Verfahren wenigstens gelohnt..."

Vier

Eine Rezension über ein nie erschienenes, da im Vorfeld verbotenes, Buch zum Thema „Bestechungsskandal im Oldenburger Rathaus" und ein darauf abgestimmtes Titelblatt der Stattzeitung Oldenburg mit schwarzen Männchen, die aus dem Rathaus laufen, führt zum Prozeß. Streitwert: 1,5 Millionen! – Flick und Konsorten lassen grüßen!

Leichen im Sarg

Es geht um die, die sich nicht etablieren, die sich nicht anpassen wollen (vgl. CONTRASTE 6/88) – um Zeitungen kleinerer Auflagen und begrenzter Verbreitung: um Stattzeitungen. Das bundesweite Stattzeitungssterben, die ständigen Repressionen von staatlicher Seite, die Einführung des § 129a, dessen Auswirkungen noch lange nicht abzusehen sind, waren der Anlaß zu einem ersten bundesweiten Stattzeitungstreffen in Kassel. Erfahrungsaustausch und Gründung eines gemeinsamen Fonds, sowie inhaltliche und ökonomische Zusammenarbeit waren die Anliegen.

5,6,7,8 Leichen im Sarg

In den Entstehungsjahren '68 ff. war es Anspruch der Stattzeitungen, den kommunalen Monopolzeitungen etwas entgegen zu setzen: Verschwiegenes aufzudecken und zu veröffentlichen, Veröffentlichtes zu hinterfragen und anders zu beleuchten, denen Druckerschwärze zu geben, die sonst nicht gedruckt werden. Dieser Anspruch einer Gegenöffentlichkeit ist zwar noch vorhanden, wird aber zunehmend erschwert:

Es quietscht, es kracht Gespenster schreien

Da ist einerseits die eingeschlafene Bürgerinitiativbewegung, die die Stattzeitungen ursprünglich nutzte, um ihre Ansichten und Inhalte zu verbreiten. Je mehr die Bewegung schläft oder von etablierten Parteien und Verbänden wie z.B. den GRÜNEN aufgesogen wird, desto mehr müssen ZeitungsmacherInnen sich vom „Dienstleistungsbetrieb" zu Journalisten entwickeln - daß dies ein erheblicher Mehraufwand an Zeit und Geld ist, liegt auf der Hand.

Da ist andererseits eine „Szene", die heutzutage lieber konsumiert als denkt; nur noch Design-layoutetes und Hochglanzgedrucktes ihrer würdig hält, auf umfassende Veranstaltungskalender inclusive Fernsehprogramm pocht und sich, werden die StattzeitungsmacherInnen diesen linken Wirtschaftswunderansprüchen nicht gerecht, lieber Wiener, Tempo oder Ketschup zu Auge führt.

Will die Stattzeitung ökonomisch überleben, heißt dies Investitionen in Satz und Reprotechnik, heißt dieses inhaltliche Kompromisse zu schliessen. Von 60 Seiten sind dann eben 30 Seiten von vornherein reserviert. Die Hoffnung bleibt, daß, bei der Suche für die Vergnügungen des Abends, wenn der alternative Stattzeitungskäufer beim Frühstück sitzt, sein Blick auf einem Artikel hängenbleibt, der sich zum Beispiel mit faschistischer Stadtgeschichte befasst.

Faschismus in der Stadtgeschichte

Und da ist die Eingangs erwähnte bundesdeutsche Reaktion gegen die Presse- und Meinungsfreiheit, die nicht nur ständig Mehrarbeit und Kosten produziert, sondern auch die Angst, gewisse Themen zu behandeln.

Jetzt ist Schluß, der Sarg ist voll, die Leichen tanzen Rock 'n Roll

Je mehr eine Zeitung zu verlieren hat, desto besser wirkt die staatliche Gewalt, in den meisten Fällen schon im nie an die Öffentlichkeit dringenden Vorfeld, auf den Redaktionssitzungen. Es haben sich einige Zeitungen etablieren können und wollen. Das beste Beispiel ist hier nach wie vor das ehemalige radikale Frankfurter Stadtmagazin „Pflasterstrand" - das sich heute gegenüber der Fuldaer Verlagsanstalt zur FDGO verpflichtet hat, die man in den 70er Jahren übrigens überhaupt nicht so freiheitlich und demokratisch empfand. Aber das sind auch Zeitungen wie die Zitty (Berlin), AZ (Frankfurt), die eine Größe erreicht haben, in der man sich überlegt, was man riskiert, wenn Stellen, also Lohnabhängige bedroht sind.

Es hat meiner Ansicht nach keinen Zweck, sich andauernd über deren Verrat an der „Linken" aufzuregen (und sie dann doch klammheimlich zu lesen, weil etablierte Zeitungsprojekte eben die Zeit und das Geld haben, journalistische Recherchen auszuweiten und aufzubereiten). Es wäre aber an der Zeit, sich über den Wert der noch im Kampf um die Abonnenten übriggebliebenen Stattzeitungen klar zu werden, weil es eben diejenigen sind, die im Zweifelsfalle sehr wenig zu verlieren hätten und daher am ehesten zu denjenigen Affen gehören, die Augen, Ohren und vor allem den Mund nicht so leicht verschließen. Hier hat jede Gruppe, Ini oder Einzelperson die Möglichkeit, in ihrer Stadt etwas zu veröffentlichen, Stattzeitungen sind grundsätzlich von ihrem Anspruch her offen. Denn hier soll das zu lesen sein, was sonst nirgends auftaucht, geschrieben von denen, die etwas damit zu tun haben. StattzeitungsredakteurInnen schreiben nicht, um ihren Namen über dem gedruckten Artikel zu lesen. Der Bezug zur Szene in der jeweiligen Stadt ist eigentlich immer da, das Verhältnis zwischen LeserInnen und Redaktion ein grundsätzlich anderes als bei sämtlichen anderen Medien. Stattzeitungen sind das einzige basisnahe Medium geblieben (was voraussetzt, daß die LeserInnen soviel Interesse haben wie die ZeitungsmacherInnen). Will man sich nicht einen wichtigen Teil der linken medienpolitischen Infrastruktur selbst verbauen, dann ist eine Unterstützung der regionalen Stattzeitungen ein Muß! Was diese vor allen Dingen brauchen sind Abonnenten - da dies sicheres Geld ist! Im Handverkauf ist der Verdienst pro Zeitung geringer als beim Postversand. (Genau wie bei der CONTRASTE, siehe hierzu Coupon auf der letzten Seite!)

Über das, was sich aus den Stattzeitungstreffen in nächster Zeit entwickelt, werden wir berichten.

Für die Oktober-Ausgabe und zur Buchmesse plant CONTRASTE eine Auseinandersetzung zu den neuesten Auswirkungen des § 129a: Prozesse, verbotene Bücher, beschlagnahmte Zeitungen, etc.

Wer dazu Information oder Hintergrundmaterial hat: Bitte einschicken an:
CONTRASTE, Red. Kassel
Schönfelderstr. 41
3500 Kassel
Tel. (0561) 28 37 91

taz - „Strukturreform" II. Akt

Red. Berlin Nachdem sich die taz an Pfingsten diesen Jahres für eine 6-köpfige „Chefetage" entschieden hatte, fand am 2. Juli ein erneutes „Nationales Plenum" (eigentlich 2x jährlich stattfindendes überregionales Treffen aller tazler) statt. Dort sollte zum Einen über die an Pfingsten wegen Zeitmangel nicht entschiedenen Funktionen der bisher bestehenden Entscheidungsgremien abgestimmt werden, zum anderen die neuen taz-„Manager" gewählt werden.

Zunächst gab der taz-Vorstand seinen Bericht ab (das Nationale Plenum der taz ist formal eine MVV des Vereins „Freunde der alternativen Tageszeitung", in dem MitarbeiterInnen und SympathisantInnen organisiert sind - oberstes beschlußfassendes Gremium der taz. Der Vorstand dieses Vereins trifft zwischen den Plena anfallende Entscheidungen). Er hatte in den letzten Wochen einige Sparbeschlüsse gefällt, u.a. wegen eines finanziellen Sommerlochs, das - wie schon Jahre zuvor - mal wieder droht. Auch eine Lohnkürzung für die taz-MitarbeiterInnen hatte er beschlossen, was heftigste Diskussionen auslöste, die sich den gesamten Vormittag hinzogen. Ergebnis: Die Lohnkürzung wurde von der Mehrheit abgelehnt. Statt dessen soll in den nächsten Wochen untersucht werden, in welchen Bereichen der taz Kosten gespart werden können.

Am Nachmittag wurden die Wahlen vorgezogen, da abzusehen war, daß die Zeit wieder nicht reichen würde, die gesamte Tagesordnung zu behandeln. Ein Antrag, die Wahlen mangels genügender Anzahl kompetenter KandidatInnen zu verschieben, wurde abgelehnt. Es hatten sich lediglich 7 KandidatInnen zur „Wahl" gestellt.

Nach stundenlangen Befragungen erhielten letztlich nur zwei die erforderliche Mehrheit: Georgia Tornow, Wirtschaftsredakteurin, erhielt 72,8%, Kalle Ruch, formaler Geschäftsführer des Verlages, lediglich 50,9% der abgegebenen Stimmen.

Darüber ob, wie und mit welchen Funktionen die anderen taz-Gremien weiterarbeiten, konnte nicht mehr entschieden werden. Ebenso ungeklärt blieb, ob die beiden nun ihre Arbeit aufnehmen werden, da ja ursprünglich 6 Personen vorgesehen waren. Nach einem umstrittenen Beschluß von Pfingsten ist das möglich (36% der Anwesenden hatten sich entschieden, daß das Leitungsgremium auch dann die Arbeit aufnehmen kann, wenn sich nicht genügend Leute finden, 16% waren dagegen, der Rest hatte sich enthalten).

Ob sich nun wirklich etwas ändert in den Strukturen der taz-Betriebe, ob sich eine neue, sich schon abzeichnende Krise, abwenden läßt, das wird der Sommer zeigen - spätestens im Herbst folgt dann der III. Akt.

hb

Wie lange hält der längste Atem?

Radio Dreyeckland nach dem Startschuß und vor dem Sendebeginn

Red. Heidelberg Seit Monaten weiß die politisch engagierte Basis um die „Legalisierung" von **Radio Dreyeckland** und deren Sendelizenz ... warum senden die also nicht längst dort unten in Freiburg?

Matthias Lahmann

Wäre das Geschehen um diese offizielle Sendegenehmigung nicht derart von politischem Zynismus überwürzt, es wäre als derbe Provinzposse aufführbar ... das, was dort im südlichen Baden-Württemberg mit einem alternativen Radioprogrammanbieter seit dessen erstem „Lizenz-Begehren" betrieben wird!

Legal: Nicht scheißegal!

Aus der Sicht der **DreyeckländerInnen** gestaltete sich das eigene Vorgehen eigentlich ganz einfach und folgerichtig.

Nach fast einem Jahrzehnt politisch motivierter (und oft von der Staatsanwaltschaft verfolgter) „freier" Radio- Praxis entschloß man sich mit dem In-Kraft-Treten einer neuen Mediengesetzgebung, eine regionale Frequenz für **Radio Dreyeckland** zu beantragen ... Kein leichter Schritt, auch für die Basis nicht, denn:

In der Verhandlung mit der entsprechenden Medienverwaltung erahnte manche/r den Ansatz zu faulen Kompromissen. Weiter war natürlich allen Beteiligten klar, daß mit der endgültigen Legalisierung von **Radio Dreyeckland** durch den weiteren Sendebetrieb zwar keine weiteren gerichtlichen Konsequenzen mehr zu erwarten sind, daß das Unternehmen „Legalisiertes Radio" aber mit einer Masse von Kosten (Post- und Kabelgebühren, Mieten etc..) zu rechnen hatte, die so einfach nicht aufzubringen sein würden.

Frisch ans Werk: Die „Werbe-Trommel" für den Unterstützer-Verein als Hauptfinanzier wurde gerührt, eine Betriebs-GmbH wurde gegründet, Mittel für die Einrichtung eines Sende- und Produktionsstudios wurden aufgetrieben. Nicht zuletzt die Erstellung eines langfristigen Sende- und Finanzierungskonzeptes kostete manch schlaflose Nacht ... gerade so etwas aber wollten die entscheidenden Herrschaften im fernen Stuttgart schon in der Hand halten, bevor sie einem nicht durch Werbung finanzierten Programmanbieter „Über den Weg trauten" (zumal die **DreyeckländerInnen** immer wieder in den Ruf gerieten, zum Kern linker Anti-Atomler zu gehören ... warum nur?!)

Was für Entscheidungen

Ende '87 war es dann soweit: **Dreyecklands** Sendegenehmigung stand ... aber was für eine! Statt der 16 beantragten Stunden pro Tag standen den einzigen nicht-kommerziellen (werbe-freien) Programmanbieter nur sechs Stunden zur Verfügung ... und das auch noch verteilt auf zwei unterschiedliche Frequenzen: von 18-20 Uhr auf der einen und von 20-24 Uhr auf der anderen Frequenz!!! Sendestart: 17.3.1988!

Nicht nur **Radio Dreyeckland** legte gegen diese Entscheidung förmliche Beschwerde ein; auch die anderen Freiburger Anbieter (die Badische Zeitung mit 22 Stunden täglich berücksichtigt und FR1 mit 20 Stunden täglich berücksichtigt) wollten sich mit dieser Regelung nicht abfinden. Im Gegensatz zu den beiden anderen Anbietern wollte **Radio Dreyeckland** auf jeden Fall erst einmal auf Sendung gehen, um sich der (noch ungeteilten) HörerInnenschaft vorzustellen.

Post und Profit

Als die Bundespost von diesem **Dreyeckländischen** Ansinnen hörte, machte sie eine für Bürokraten ungewöhnlich schnelle Rechnung auf: Kapazitäten für zwei lokale Frequenzen mußten zur Verfügung gestellt werden; wenn nun nur ein Anbieter diese Frequenzen (egal, wie lange) für sich nutzen möchte, muß er für die gesamten Unkosten aufkommen, zumal nicht abzusehen sei, wann denn noch weitere Anbieter hinzukämen. Für **Radio Dreyeckland** bedeutete dies: Für 6 Stunden Sendezeit täglich sollten Gebühren für täglich 48 Stunden anfallen, ohne den Rest der Sendezeit nutzen zu können, pro Monat also flotte 16.000 DM! Daß das den Falschen in der Runde traf, leuchtete selbst der Stuttgarter Medienverwaltung ein.

Verwaltungsschlappen

Es war aber sicher nicht ihr gutes Herz, welches sie den **DreyeckländerInnen** mitteilen ließ, daß mit der Aufnahme des Sendebetriebes eh in Bälde noch nicht zu rechnen sei: Man hatte nämlich in Stuttgart vergessen, zu prüfen, ob alle Beteiligten in Freiburg denn nun wirklich auch *sendefähig* seien. Das schien nämlich bei mindestens einem Anbieter nicht der Fall zu sein: FR1 konnte weder einen rechtsgültigen Gesellschafter-Vertrag nachweisen noch einen entsprechenden Eintrag ins Handelsregister. Auch mehrten sich die Gerüchte, daß die Badische Zeitung eher ihr Medienmonopol im örtlichen Raum ausbauen wollte, ohne Anstrengungen zu unternehmen, tatsächlich mit Studio- Einrichtung und Personal- Aquisition ins Radio- „Geschäft" einzusteigen.

Die Zukunft?

Radio Dreyeckland *will* aus Freiburg senden, wird aber nach neuesten Informationen die Entscheidung der Medienverwaltung zu den Widersprüchen aller Freiburger Anbieter abwarten müssen, die Anfang Juli erwartet wird.

Währenddessen verändern sich hinter den Kulissen bei den anderen Anbietern die Besitzverhältnisse: Während bei FR1 die Holtzbrinck- Gruppe über die Stuttgarter RADIO MEDIA GmbH ihr geschäftliches Interesse anmeldet, tritt die Badische Zeitung mit RTL plus in Verhandlung ... international networks mehret Euch!

In der taz will die Assoziation an ein bestimmtes gallisches Dorf nicht weichen, wenn das Engagement der **DreyeckländerInnen** ins Blickfeld rückt: Trotz des Wiederaufnahmeverfahrens gegen einen der Hauptangeklagten des Freiburger „Piratradio- Geschehens" wird nicht kleinbeigegeben: Ab Ende Juni wird **Radio Dreyeckland** über den befreundeten Colmarer Sender für täglich 2 Stunden zu hören sein; außerdem werden Workshops für die RedaktionsmitarbeiterInnen durchgeführt und ist der Umzug ab Juli auf das Graeter-Gelände geplant. **Radio Dreyeckland** hält den Atem sehr lang.

Ökobank - Konkurrenz oder Kooperation?

Stellungnahme des Verbundes Selbstverwalteter Fairsicherungsläden zum Artikel Sibylle Göttert in der CONTRASTE Juni 1988.

In der Maiausgabe der CONTRASTE problematisiert die Verfasserin die Kooperation der Ökobank mit der R+V Versicherung. Ebenfalls geht aus diesem Artikel hervor, daß ein ehemaliges Mitglied unseres Verbundes an dieser Kooperation mitgestrickt hat. Wir vom Verbund der selbstverwalteten Fairsicherungsläden, in welchem 11 Büros bundesweit zusammengeschlossen sind, möchten zu dieser Problematik wie folgt Stellung nehmen:

1. Bei dem angesprochenen Düsseldorfer Büro handelt es sich um die versiko GmbH. Die Ökobank in Frankfurt hat sich durch dieses Büro beraten lassen, in Kenntnis der Tatsache, daß die versiko nicht mehr Mitglied im Verbund ist. Die versiko trat nach Vorlage eines Ausschlußantrages wegen Verletzung der kooperativen Ansprüche des Verbundes in diversen Fällen kurz vor dem Ausschluß aus „politischen Gründen" aus. Der im Artikel-Vorspann genannte Grund, die versiko genügte den Selbstverwaltungskriterien nicht mehr, ist nicht korrekt.
2. Bereits vor dem Austritt fanden zwischen dem Verbund und der Ökobank bezüglich einer möglichen Kooperation im November 1987 Gespräche statt. Diese kamen allerdings nicht aufgrund einer Initiative der Ökobank zustande, sondern sind dem Umstand zu verdanken, daß der Verbund zufällig hinter die Tatsache kam, daß die versiko diesbezüglich schon eigene Kontakte zur Ökobank geknüpft hatte.
3. Die Ökobank hat sich für eine Kooperation mit der R+V Versicherung ausschließlich aufgrund der Beratung durch die versiko GmbH entschieden. Der Verbund wurde von Seiten der Ökobank hierüber nicht unterrichtet, hiervon erfuhren wir lediglich durch die Öffentlichkeit.
4. Die Entscheidung der Ökobank stößt für uns auf Unverständnis. Unsere Entscheidung, sich in keinem Fall nur an eine Gesellschaft zu binden, sondern als Makler und Mehrfachagenten zu arbeiten, beruhte darauf, daß wir das Abhängigkeitsverhältnis zu einer Gesellschaft im Interesse der Kunden und unserem eigenen Interesse ablehnen. Die R+V Versicherung gehört mit ihren Tarifprämien eher zu den teuren Gesellschaften. Die Behauptung, daß die R+V der Ökobank „besondere Konditionen" eingeräumt haben soll, hat sich bisher noch nicht bestätigt.
5. Die Begründung, die R+V Versicherung sei eine genossenschaftliche Versicherung und von daher zu präferieren, ist unehrlich. Was unterscheidet eine genossenschaftliche Versicherung von einer gewerkschaftlichen Versicherung oder einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, wenn es bei allen Gesellschaften ohnehin nur um das Geldverdienen geht? Darüberhinaus sind wir der Meinung, daß es in der BRD nicht eine Versicherungsgesellschaft gibt, die aufgrund ihrer Geschäftspolitik oder Struktur Vorrang genießt. Entscheidend sind u.a. Preis- Leistungsvergleiche, bei denen allerdings die R+V in der Regel schlecht abschneidet, weshalb der Verbund auch keine Bestrebungen hat, die R+V Versicherung zu vermitteln.
6. Die Ökobank genießt, wie sie selbst sagt, einen Vertrauensvorschuß bei ihrer Kundschaft. Wir sind der Meinung, daß dieser Vertrauensvorschuß durch eine solche unkritische Umgehensweise im Punkt Versicherungen sehr schnell verloren gehen kann und letzlich die Professionalität eines Unternehmens wie die Ökobank in Frage gestellt wird.
7. Trotz der Entwicklung haben wir unser Kooperationsangebot an die Ökobank erneuert und erwarten hierzu Vorschläge.

Verbund selbstverwalteter Fairsicherungsläden
Geschäftsstelle, Hamburg

Ökobank: die Axt im Walde

Diskussion BAG-Netzwerke und Ökobank

Red. Bremen In Bremen fand im Vorfeld des Bundestreffen der Netzwerke eine Diskussion mit Vertretern der Ökobank über eine mögliche Kooperation statt. Im Vorbereitungstreffen war es den Netzwerken nicht gelungen, durch Erfahrungsaustausch bezüglich der Direktkreditvermittlungen zu einer einheitlichen Position in puncto Finanzkooperativen zu kommen. Erschwert wurde die Diskussion untereinander sicherlich dadurch, daß einzelne NetzwerkerInnen ganz verschiedene Kenntnisse von Fakten und Gerüchten bezüglich der Ökobank hatten, diese aber nicht oder nur teilweise ansprachen, da Vertreter der Ökobank mit in der Runde saßen.

Sybille Söhst

Welche Interessen könnten nun beide Institutionen aneinander haben? Für die Netzwerke schien es vordringlich zu klären, inwieweit durch die Aufnahme des Geschäftsbetriebes der Ökobank den Netzwerken und Direktkreditvermittlungen Geld und damit die Arbeitsgrundlage entzogen wird. Auch über die Möglichkeiten der Ökobank, überhaupt in den Netzwerk- Regionen mit Krediten einzuspringen gab es Spekulationen. War die Position der Netzwerke schon vorsichtig bis diffus, so wurde den ganzen Abend lang nicht deutlicher, was die Ökobank von den Netzwerken will außer dem Wunsch, in den Regionen, in denen es vorerst keine Regionalfirma geben wird, mit dem Netzwerk zusammenzuarbeiten. Die Struktur einer solchen Zusammenarbeit blieb nebulös - da sich die Diskussion immer wieder auch auf mangelhafte ökobankinterne Strukturen bezog. Oliver Förster war als Vertreter der Ökobank in keiner beneidenswerten Position. Aller Unmut über Vorgehensweisen der Ökobank, die sich bundesweit aufgestaut hatten, wurde über ihn ausgegossen.

Jens Reuter von der Regionalinitiative Hamburg war sehr ungehalten über das Vorgehen der Ökobank bei den Regionalfirmen. Die Tatsache, daß von den 27 Vertragsentwürfen noch nicht einer unterzeichnet ist, scheint symptomatisch zu sein für die mangelhafte Regionalpolitik der Ökobank. Anscheinend sollen die Regionalfirmen zwar viel leisten - Werbung für die Ökobank, Verkauf von Versicherungen etc., haben aber nichts in der Frankfurter Zentrale mitzureden. Dazu kommt, daß einige der Regionalinitiativen Probleme dabei sehen, sich dem Maklervertrag der Ökobank mit der R+V Versicherung anzuschließen. Meist sind diese Inis selbst Versicherungsmakler, allerdings nicht an eine bestimmte Versicherung gebunden. Ricarda Buch vom Ökobank Verein Berlin war regelrecht wütend darüber, wie die Erweiterung des Aufsichtsrates und die Besetzung des Beirates gelaufen waren.

Vertreter des Verbundes der Fairsicherungsläden waren eher fassungslos über die Unbedarftheit von Oliver Förster. Jeder Versuch, eine inhaltliche Kritik am Bündnis der Ökobank mit der R+V anzubringen, scheiterte, da Oliver sich in Sachen Versicherungen als nicht kompetent erklärte. Allerdings zeigte sich, daß er sehr wohl über die Verhandlungen mit dem Verbund Bescheid wußte, das unsolidarische Vorgehen der Ökobank aber nicht erklären konnte.

Auch einige Netzwerke hatten bereits Erfahrungen im Umgang mit der Ökobank: so werden Bitten nach Werbe- und Informationsmaterial in Frankfurt offensichtlich nicht ernstgenommen. Dieser Abend hinterließ ein etwas schales Gefühl. Wer sich die dort zusammengetragene Kritik mal in Ruhe durch den Kopf gehen läßt gewinnt leicht den Eindruck, die Ökobank verhalte sich in der Bundesdeutschen Szene wie die Axt im Walde.

Offensichtlich ist sich die Ökobank der politischen Verantwortung ihres Handelns – nach innen wie nach außen – nicht bewußt. Oliver Förster: „Ich kann überhaupt nichts schlimmes dabei finden, erst mit dem Verbund der Fairsicherungsläden in Verhandlungen zu treten und dann aber mit Versiko uns an die R+V zu binden. Wo soll da ein Fehler sein?" Leider saß ich zu weit von ihm entfernt, um feststellen zu können, ob er blaue Augen hat. So wird die Ökobank weiterhin für Überraschungen sorgen – einer Debatte über die Kritik an den Strukturen und Vorgehensweisen muß die Ökobank sich endlich mal – kompetent stellen. Welche Lehren die Netzwerke aus dem Abend zogen muß sich noch erweisen.

Einladung zum Arbeitstreffen am 3. und 4. September in Göttingen zum Thema

Wie gehts weiter mit der Ökobank-Vereinsarbeit?

Themenbereiche:

Samstag, 11 Uhr:

Aufgaben, Organisation und Finanzierung der Landesarbeit
- Zum Selbstverständnis der Landesarbeit
- Mögliche Rechtsformen und *Erfahrungsaustausch*
- Finanzierung durch:
  a) Mitgliedsbeiträge
  b) Spenden
  c) Vergütungen für Werbung etc.
  d) öffentliche Zuwendungen
  e) andere Quellen und *Erfahrungsaustausch z.B. mit ABM-Stellen.*
- Zur Selbstdarstellung der Landesarbeit
- Geschäftsbesorgungsvertrag *Vorlage der Ökobank e.G.*
- Direktkreditvermittlung durch Regional-Gesellschaften in:
  a) eigener Regie,
  b) in Kooperation mit der Ökobank,
  c) in Kooperation mit anderen Banken/Institutionen.
  Bewertung und Stellungnahme und ggf. Referat der Berliner Stattwerke.
- Möglichkeiten und Kosten der Mitglieder-Information z.B. durch regelmäßige Beilagen der LV'sin CONTRASTE

Sonntag, 9.30 Uhr

Aufgaben, Organisation und Finanzierung der Bundesarbeit
- Zum Verständnis der Bundesarbeit im allgemeinen
- Vertretung der LV'sund ihrer Regional-Gesellschaften gegenüber anderen Organisationen
- Organisation von Themenschwerpunkten z.B. für CONTRASTE
- Organisation und ggf. auch Ausrichtung von bundesweiten Tagungen der LV'sund/oder ihrer Regional-Gesellschaften.
- Kostenbeteiligung der LV's

Sonntag, 11.30 Uhr

MV des Bundesvereins vom 25.06.88
- Aussprache
- Darstellung gegenüber der Mitgliedschaft
- Darstellung gegenüber der Öffentlichkeit
- Konsequenzen und Perspektiven

Diese Aufstellung kann und soll nicht vollständig sein. Anregungen und Ergänzungen sind erwünscht und können mit der Anmeldung eingereicht werden. Der überarbeitete Vorschlag zum Tagungsverlauf wird mit der Bestätigung der Anmeldung verschickt.

Eingeladen sind die Vorstände (oder deren Beauftragte) der LV'sund LV's i.Gr., die Vertreter ihrer Regional-Gesellschaften i.Gr. und ggf. Vertreter von Regional-Gruppen.

Die Teilnehmerzahl ist auf 30 begrenzt! Auf Landesebene sollen Vorgespräche zu den Themenbereichen stattfinden.

Tagungsort: Jugendherberge Göttingen
Vorgesehender Tagungsbeginn: Sa. 03.09.88 um 11 Uhr
Tagungsende: So. 04.09.88 gegen 16.00 Uhr

Anreise: O Sa., ist aber auch schon am O Freitag möglich
Kosten Übernachtung O 12,50 DM für Erwachsene O 9,50 DM für Jugendliche
Frühstück: O 3,80 DM einfach O 5,40 DM üppiger
Mittagessen: O 7,50 DM
Abendbrot kalt: O 5,- DM
Kaffee und Kuchen für den Nachmittag gewünscht: O

Name: .....
Vorname: .....
Straße: .....
Stadt: .....
Telefon: .....
Die Teilnahme erfolgt in der Eigenschaft als (z.B. Vorstandsmitglied LV/LV i.Gr./Reg.-Ges. etc): .....

Zutreffendes bitte bei der Anmeldung ankreuzen und die Anmeldung richten an: LV-Hamburg; c/o Jens Reuter, Kegelhofstr. 16, 2000 Hamburg 20; Tel. (040) 48 26 70
Die Teilnehmerzahl ist auf 30 beschränkt.
Anmeldeschluß ist der 01.08.88
Von 5 LV'sund deren Reg.-Gesellschaften liegen Anmeldungen bereits vor.

Jetzt wird's ernst

Die BAG Netzwerke nach einjährigem Probelauf

Red. Nürnberg Das Bundestreffen der Netzwerke, Anfang Juni in Bremen, begann mit Veranstaltungen zur frischgegründeten Ökobank (vgl. nebenstehenden Bericht), ehe es sich seinem eigentlichen Thema, der BAG nach einjährigem Probelauf, zuwenden konnte. Eingeleitet durch eine gründliche Diskussion über das Für und Wider der Professionalisierung von Netzwerken, eingestimmt auf brisante Themen, die bundesweiter Entscheidungsfindung bedurften, war dann sehr bald ein Konsens erreicht. Die BAG wurde mehr denn je erwünscht, aber eben nicht in reiner Selbstbeschränkung auf „Dienstleistung" für sieche Netzwerke, sondern als Ort politischer Willensbildung.

Kurt Regenauer

Aus dem Bundestreffen wurde daher alsbald eine Bundesversammlung der BAG, die sich aktuelle politische Themen vornahm, ehe sie ihre eigenen Formalia abwickelte

„Aktuelle Stunde"

Zunächst wurde die Finanzkampagne zur Rettung von CONTRASTE vorgestellt. Die anwesenden Netzwerke beschlossen einstimmig, die BAG in den CONTRASTE-Förderverein eintreten zu lassen und ihre regionalen Rundbriefkonzepte zu überarbeiten, um Neu-AbonnentInnen und Mehrertrag für CONTRASTE zu akquirieren. Der Erhalt einer Zeitung für Selbstverwaltung wurde als politisches Thema Nr. 1 begriffen, da nur durch dieses Forum Ideen und Diskussionen bundesweit transportiert werden können.

Zur Ökobank wurde dann auch weiteres diskutiert und beschlossen. Die vom Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen erzwungene Konzentration der Geschäfte auf den Frankfurter Raum schafft einen besorgniserregenden Zustand. Da Einlagen bundesweit gesammelt werden, wurde eine Verringerung des Kontingents an Solidargeldern für die Regionen und Metropolen außerhalb Frankfurts befürchtet. Von jedem Zehnmarkschein, der als Einlage nach Frankfurt geht, kann derzeit höchstens 1,- DM als Projektkredit in die Region zurückgehen, vorausgesetzt in der jeweiligen Region bestehen überhaupt Strukturen, die solche Anliegen der Projekte gegenüber der Ökobank vertreten können.

Die BAG unterstützte daher einhellig das Ziel von regionalen Gliederungen des Ökobank-Vereins, den Strukturaufbau in der Region nunmehr vorrangig zu betreiben, um diesen ungesunden Zustand möglichst schnell zu beenden. Das Vorgehen einer kleinen Gruppe von Südhessen, in diversen brachliegenden Selbstverwaltungseinrichtungen „den Vorstand zu übernehmen", um so mit einem Rattenschwanz von „Legitimation" im Ökobank-Verein, aber auch gegenüber der CECOP, aufzutreten, wurde als reine Machtpolitik verurteilt. Die Netzwerke wünschen sich, auch was die Zukunft des Ökobank-Vereines angeht, keine Machtanballung in Frankfurt, erklärten aber ausdrücklich ihre Kooperationsbereitschaft mit Ökobankern in der Region.

Strategiekongreß in Planung

Nach Darstellung der Diskussion um die ICGA (vgl. auch S.6) wurde die Befürchtung laut, hier werde eine Art Durchmarsch probiert, bei dem die Netzwerke und die Verbände der Selbstverwaltungswirtschaft vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen. Eigene Kontakte zur CECOP sollen, nebst Austausch mit anderen Zusammenschlüssen und Verbänden der Projekte, zur Klärung darüber beitragen, welche politischen Interessen auf Bundesebene und gegenüber der EG, auch in Hinsicht auf den kommenden Binnenmarkt, bestehen. Erst dann kann über eine Zusammenarbeit mit der CECOP entschieden werden. Auf jeden Fall aber ohne ICGA, deren Bildung weiterhin kritisiert wird.

Politische Interessenbildung auf Bundesebene soll auch verstärkt gegenüber der grünen Bundestagsfraktion erfolgen. Die BAG will künftig entsprechend der thematischen Schwerpunktsetzung der Arbeit einzelner Netzwerke Kontakte vermitteln.

Darüberhinaus wurde der BAG-Vorstand beauftragt, einen Kongreß oder eine Tagung vorzubereiten, auf dem diverse Studien zur Wirtschafts- und Förderpolitik gegenüber dem Selbstverwaltungsbereich als Diskussionsgrundlage für eine Strategien- und Interessenbildung dienen sollen. Die Branchen- und Fachverbände aus dem Selbstverwaltungsbereich sollen da mitziehen (einige haben bereits Kooperationsbereitschaft signalisiert - auch das CONTRASTE-Redaktionsplenum hat die Veranstaltung eines solchen Kongresses beschlossen). Eine eigene Artikulationsfähigkeit des Selbstverwaltungsbereiches wird nach den schlechten Erfahrungen mit der ICGA als besonders wichtig erachtet.

Neuer BAG-Vorstand

Nach Kassenbericht und Bestätigung der Geschäftsführung von Michael Raetsch mußte ein neuer Vorstand gewählt werden, da 2 Plätze neu zu besetzen waren. Neu im Vorstand sind Birgit Seerkow (Hamburg) und Hermann Strohmeier (Ost-Westfalen) - die anderen Vorstände, Gabi Elias (Köln), Marit Hansen (Lübeck), Hubert Kant als einziges Südlicht (Karlsruhe) und Franz-Josef Bartsch (Berlin) wurden „im Amt bestätigt".

Marktdenken contra Naturkostphilosophie

Red. Köln/Bonn Der Kieler Naturkoststreit ist bekannt (s. CONTRASTE 4/88). Die Bioladen-Szene ist gespalten. Zwei Fronten stehen sich gegenüber. Betonen die einen - die gerade den neuen Naturkostmarkt eröffnen - ihre Absicht, mehr und neuen Schichten den Zugang zu biologisch hergestellten Nahrungsmitteln ermöglichen zu wollen, argumentieren die anderen - die jetzt in der Defensive sind -, Bewußtseinsänderungen werden nicht mit Marketing-Schnickschnack ausgelöst.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Irmgard Blönningen

Wie sieht es nun im bundesdeutschen Markt und bei den Großen im Lebensmitteleinzelhandel aus? Marktuntersuchung über Marktuntersuchung; einhellig wird prognostiziert: Der Trend nach leichter Kost, hoher Qualität und natürlichem Charakter der Lebensmittel bleibt unverkennbar. Die eigene Gesundheit und ein sensibleres Umweltbewußtsein treten immer stärker in den Vordergrund. Für Bio-Kost werden Zuwachsraten bis zu 30% im Jahr vorausgesagt. Eine Tendenz, die auch die Großen seit längerem aufhorchen läßt. Sie versprechen sich durch den professionellen Handel mit Naturprodukten satten Gewinn und Wachstum, denn laut „Absatzwirtschaft" - ein Fachblatt der Marketingszene - (6/88) sind die Verbraucher bereit, bis zu 20% mehr für das Bioetikett als für „normale" Produkte zu zahlen.

Nehmen wir als Beispiel coop. Ihr, wie sie betonen, in besonderer Weise gesundheitsorientiertes Lebensmittelsortiment sticht mit dem Symbol „Blauer Lebensbaum" hervor. Als gesundheits- und umweltbewußte Orientierungshilfe für den Verbraucher deklariert, zeigt sich hier der Versuch, mittels festgesetzter Markenzeichen, Glaubwürdigkeit und Anhängerschaft in der Bevölkerung zu erlangen. Daß ein solcher Versuch Erfolg verspricht, zeigt deutlich ein anderes Beispiel: Die Bäckerei-Branche mit ihrem Vollkornsortiment. So konnten die Bäckereien als einzige Handwerksbranche ihren Umsatz in den letzten Jahren deutlich ausbauen. Mit „Schnitzer- Brot" und einem Umsatzplus von 10% liegen sie gut im Rennen. Ein solches Marktvolumen bringt denn auch den Norman-Rentrop-Verlag dazu, in seiner Zeitschrift „Geschäftsidee" (2/88) den modernen Naturkost-Fachmarkt als erfolgversprechendes Unternehmenskonzept vorzustellen - unter der Prämisse, sich von dem 'alternativschummrigen' Image der traditionellen Bioläden eindeutig abzugrenzen. Frank Traut versucht dementsprechend ein bundesweites Naturladen-Franchise-System aufzubauen. Den Anfang bildet das „Grüne Land" in Gießen. Weitere werden (mit Sicherheit) folgen.

Wen wundert es angesichts einer solchen Entwicklung, daß jetzt auch in den eigenen Bioläden-Reihen Ausbruchsversuche weg vom traditionellen Alternativ-Image hin zu Neukonzeption und Einkaufserlebnis gestartet werden. Bedeutet das für die vielen, kleinen Bioläden, die teilweise schon über 10 Jahre existieren, aber immer noch am Existenzminimum verweilen, das endgültige Aus?

Marketing und seine möglichen Folgen

Marketing, in seiner Grundbedeutung, heißt, sich am Markt und den Bedürfnissen zu orientieren, um wiederum auf den Markt einzuwirken. Seit die Verkäufermärkte sich in Käufermärkte wandelten (die Käufer 'bestimmen' den Markt, weil das Angebot grösser als die Nachfrage ist), steht der sogenannte Kundennutzen bei den Marketingstrategen im Mittelpunkt. Was das im Einzelnen heißen kann, sei anhand zwei konträrer Beispiele aufgezeigt: Die Hersteller von Markenmoden zielen in ihrer Ansprache auf die existenziellen Bedürfnisse nach Bestätigung und Sicherheit ab. Der von ihnen propagierte Kundennutzen liegt im „Dazugehören" / im „In-Sein" (und wer kann es sich heute schon leisten, „out" zu sein), d.h sie setzen auf Narzißmus und forcieren ihn mit ihrer Strategie. Für die Bioläden ist der Kundennutzen anders gelagert: Hier ist es die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, die Beratung und Information, der Einkauf in einem kleinen Geschäft, und für manche Kunden vielleicht auch der politische Anspruch: „Hier unterstütze ich andere Zusammenhänge und Ziele". Dementsprechend heißt Marketing für die Bioläden, akzeptable Bedürfnisse (gesunde Ernährung) besser zu befriedigen und noch stärker zu wekken. Es gilt, den Birkel - Oetker - und wie sie alle heißen - Strategen vereint und konzentriert entgegenzutreten, (denn nur gemeinsam ist es zu schaffen).

Theorie und Praxis

Zu beachten ist, Marketing ist nicht gleich Werbung. Marketing, richtig verstanden, beginnt bei einer selbstkritischen Leistungsanalyse, denn nur mit einer genauen Standortbestimmung können realistische Chancen und eventuelle Schwachstellen erkannt und aufgegriffen werden. Folgende Beispiele aus den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Verkaufsförderung umreißen dementsprechend nur einen möglichen Weg, wo es langgehen könnte:

1. Gesunde Ernährung der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, beispielsweise durch Diskussionsrunden zum Thema „gesunde Ernährung" oder Info- Stände in der Fußgängerzone.
2. Naturprodukte vorstellen und den Kunden den Eintritt in das Geschäft erleichtern, beispielsweise durch eine informative Werbung, angefangen von der attraktiven Schaufenstergestaltung bis hin zur Handzettelaktion mit Produktneuheiten, Preisen und lesbaren Informationen zu Nahrung und deren Zusammenhänge, realisiert und finanziert mittels des Zusammenschlusses aller regionalen Bioläden in einer Werbegemeinschaft.
3. Den Verbraucher zum Informieren/Kaufen anregen, beispielsweise durch eine gut strukturierte Ladengestaltung, die dem Kunden „echte" Orientierungshilfen bietet oder durch Aktionstische: Jeden Monat steht ein Produkt im Mittelpunkt - zum Probieren, zum Informieren, zum Kaufen.
4. Eine langfristige Kunden-Laden-Bindung aufbauen, beispielsweise durch ein zusätzliches Service- und Begleitprogramm (Kochkurse u.a.), das den Kunden die Möglichkeit bietet, sich auch über das Kaufen hinaus zu informieren.

Zugegeben, einige Bioläden haben schon viel in dieser Richtung getan. Aber es sind **einzelne,** positive Versuche, die trotz aller Mühen mangels Kraft und klarem Konzept kaum Resonanz in der Bevölkerung finden. Es bleibt das vorurteilsbelastete „Müsli"- Flair der „alternativen Öko"- Läden auf der einen Seite und das (Vor-)Urteil „Bewußtseinsänderungen werden nicht mit Marketing-Schnickschnack ausgelöst" auf der anderen, Bioladen-Seite. Dabei müßten Markt und Naturkostphilosophie nicht so zwanghafte Gegensätze sein. Ein **gemeinschaftlich** erstelltes, von allen getragenes, neues Konzept und verbindliches Handeln ließe die kleinen Naturkostläden wirklich marktfähig werden **und** ermöglichte ihnen, ihren Anspruch wirksamer zu realisieren: „Gute" Produkte unter's Volk zu bringen, mehr zu informieren und dank weniger Selbstausbeutung zufriedener zu arbeiten. Handeln tut not!

Kontakt: AG Neues Handeln
c/o Irmgard Blönningen
Reischplatz 20
5000 Köln 21

Food Coops unter Dach und Fach

Zur Gründung der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Lebensmittelkooperativen e.V."

Über den Wandel der Naturkostszene in der BRD und in West-Berlin sowie über Food-Coops informierten letztes Jahr die Juni- und Juli/August- Ausgaben der CONTRASTE. Die LeserInnen konnten dort erfahren, wie sich aus den veränderten Vermarktungsstrategien von Naturkost bestimmte Konflikte und Mißverständnisse zwischen Großhändlern und Food Coops sowie zwischen Läden und Food Coops ergaben.

Mittlerweile haben einige Food Coops darauf reagiert und sich in einer Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) vereinsmäßig organisiert und ihr Selbstverständnis dargelegt. Zwar will und kann die BAG keine Alleinvertretung aller Coops beanspruchen, dennoch signalisiert sie allen, ihr gegenübertretenden Partnern, daß die Mitglieder der BAG bestimmte überprüfbare Kriterien erfüllen und mit der Offenlegung der Kriterien zur Transparenz im Naturkostbereich beitragen.

So versteht sie sich als eigenständige Vertretung von selbstorganisierten Naturkost- Verbrauchern und vertritt gegenüber den Mitgliedern des Naturkostverbandes (bestehend aus Großhändlern, Einzelhändlern und Erzeugern) ihre besonderen Interessen, nämlich Selbstverwaltung, Selbstorganisation, demokratische Entscheidungsfindung und gewinnfreies Arbeiten.

Mit der Satzung wird deutlich, daß die in der BAG organisierten Coops ähnliche Ziele wie die Mitglieder des Naturkostverbandes verfolgen: vorwiegende Unterstützung des kontrolliert biologischen Anbaus, Warentransparenz, Qualitätskontrollen, Ökologisierung des Alltags, Verbraucherinformation, etc. Lediglich die Wege zur Erreichung des gemeinsamen Ziels sind verschieden.

Notwendig geworden war die Formalisierung der Ziele in einer Satzung aus existenziellen Gründen: Von einigen Großhändlern wurde der Zusammenschluß von Verbrauchern als nutznießende Pfarrer- und Lehrer-Coop denunziert; andere Großhändler forderten mehr Professionalität oder sogar die Schaffung von Arbeitsplätzen, und verschiedene Läden empfanden die Food Coops als Konkurrenz, was in einigen Regionen zu einer Verschlechterung der Lieferbedingungen für Food Coops seitens der Großhändler führte.

Über die Stärkung der gemeinsamen Idee hinaus liegt der Nutzen für die Mitgliedschaft einer Food Coop in der BAG u.a. darin, daß sie food- coop-relevante Informationen sammelt und verbreitet. Durch den vierteljährlich erscheinenden Rundbrief und den Austausch auf Tagungen lernen die Coops, ihre Probleme nicht als Einzelfall zu betrachten.

CONTRASTE - lesende FoodCooplerInnen oder andere Interessenten, die dem Verein beitreten wollen oder nähere Informationen wünschen, wenden sich an:

Bundeskontaktstelle der Food-Coops
Birgit Röhrs
Am Hülsberg 88
2800 Bremen 1
Tel. (0421) 498 62 12

Der nächste (4.) Bundeskongress findet zwischen dem 27. und 30. Oktober 1988 in Westernohe/Westerwald statt.

Karsten Büttner

Damit die Deutsche Bank nicht alleine im Lande bleibt

lädt die VOLKSZEITUNG zu **Wanderungen** durch Geschichte und Gegenwart ein. **EINES** der folgenden Bücher tauscht der Vertrieb der VOLKSZEITUNG gegen ein neues Abonnement.

Andreas Hallen/Bernhard Müller
BERLIN zu Fuß
320 Seiten, Ladenpreis DM 24,80

Werner Skretny
HAMBURG zu Fuß
300 Seiten, Ladenpreis DM 24,80

Jürgen Engelhardt
FRANKFURT zu Fuß
320 Seiten, Ladenpreis DM 24,80

Volkszeitung
KLUGE GEDANKEN KOMMEN BEIM LESEN

3 WOCHEN **TEST**
KOSTENLOS IN ALLE WELT
0211/160010 **ANRUFEN**

Fotos: Rolf D. Eckenroth

COUPON

BITTE einsenden an die VOLKSZEITUNG
Oststraße 154 ● 4000 Düsseldorf

ICH NENNE IHNEN EIN **SOMMERABO 88** DER VOLKSZEITUNG UND BEKOMME DAFÜR DIE STADT _____ ZU FUSS:

Vorname, Name

Straße

PLZ/Ort

DAS **ABO** DER VOLKSZEITUNG BEKOMMT ZUM PREIS VON VIERTELJÄHRLICH DM **19,50**:

Vorname, Name

Straße

PLZ/Ort

4053

Datum/Unterschrift

Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von einer Woche durch Mitteilung an die VOLKSZEITUNG, Oststr. 154, 4000 Düsseldorf 1 widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum/Unterschrift

CONTRASTE – Stammtischgespräch:

wer vertritt hier was und wen?

Ein Streitgespräch zu CECOP und ICGA

Red. Rhein/Main Die Gründung der ICGA hat auch CONTRASTE-intern eine Reihe von Diskussionen ausgelöst, zumal die Bonner Redaktion und die Ökobank-Fachredaktion maßgeblich an dieser Gründung beteiligt waren, und CONTRASTE gefragt wurde, ob sie das in der ICGA eingerichtete Ressort „Medien" inhaltlich betreuen möchte. Auf dem letzten bundesweiten Redaktionsplenum vom 10.-12. Juni zeichneten wir eines dieser Streitgespräche auf; zudem wurde dort deutlich, daß CONTRASTE aufgrund ihres Selbstverständnisses lediglich Beobachter der ICGA sein kann, um auch zukünftig Unabhängigkeit zu gewährleisten. Hier also jetzt ein Beispiel unserer allseits beliebten, internen Streitkultur...

Almuth: So, wie ich das verstanden habe, geht es Euch um die Vertretung der Interessen der Selbstverwaltungswirtschaft und deren Repräsentation. 1979 hat sich auf internationaler Ebene die CECOP gegründet und sucht nationale Ansprechpartner. Das ist wohl auch der Streitpunkt unserer Diskussion, weil die ICGA sich als solcher versteht. Vielleicht kann Jochen kurz darstellen, wie die ICGA ihre Position, bzw. generell die Interessen der Selbstverwalteten Betriebe in der BRD innerhalb der CECOP vertreten will.

Jochen: Ich kann nicht stellvertretend für die ICGA reden. Ich halte es für sehr wichtig, daß die ICGA kein Verband oder dergleichen ist; bisher ist sie lediglich ein Treffen von Leuten, ein Rahmen, der jetzt im Laufe des Jahres 1988 mit Inhalten gefüllt werden soll. Ich selbst bin ja Mitarbeiter des Instituts für Selbstverwaltung und Selbstorganisation in Darmstadt, wo wir uns im Rahmen vom Ressort Bildung bemühen werden, alle Selbstverwalteten Bildungs-Projekte an einen Tisch zu bringen und da läuft dann die eigentliche Arbeit. Die ICGA selbst ist zunächst eine inhaltlose Hülle, die so 'ne Arbeit ermöglichen soll. Deshalb kann es bisher auch keine inhaltliche Arbeit gegeben haben, die fängt jetzt erst in den Ressorts an.

Almuth: Inhaltlose Hülle? Von der anderen Seite wird Euch ja vorgeworfen, daß ihr euch ohne jede Rücksprache legitimiert habt, als Vertreter der Selbstverwaltung gegenüber der CECOP aufzutreten. Vielleicht kann Kurt diese Vorwürfe nochmal konkretisieren.

Kurt: Was soll ein Baugerüst ohne den eigentlichen Bau?! Unsere Initiative geht ja eigentlich auch dahin, die Prozesse, die notwendig sind, um einen Dachverband zu gründen, der dann wirklich Selbstverwaltungs-Interessen vertreten kann, zu forcieren. Der Weg, auf diese Weise eine ICGA zu bilden, ist unserer Meinung nach ein Weg, das Pferd mit dem Schwanz aufzuzäumen. Denn nach meinem Überblick sind die Strukturen und Drehpunktprojekte aus dem Selbstverwaltungsbereich in der ICGA gar nicht vertreten. Im Gegenteil: die Projekte und Verbände – auch die BAG Netzwerke – wollen erreichen, daß hier erstmal politische Prozesse in Gang gesetzt werden. Weil sonst sieht es wirklich so aus, als ob wir nur eine Vergenossenschaftlichung der Gesellschaft brauchen und schon ist alles o.k. Dabei brauchen wir eine Vergesellschaftung der Genossenschaften.

Jochen: Diese Prozesse finden aber doch überall statt. Z.B. haben wir in Hessen regelmäßige Diskussionen mit Leuten aus Selbstverwalteten Betrieben, aus Projekten und Verbänden. Im Verband der Selbstverwalteten Betriebe in Hessen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß so ein nationaler Zusammenschluß sehr wichtig ist. Zudem kann man nicht von einem Gerüst erwarten, daß das jetzt nach Nürnberg oder Bremen, wo das Netzwerk so gut wie tot ist, geht und den Selbstverwaltungsgedanken dort hinträgt. Mit so 'ner inhaltlichen Arbeit, wie z.B. die Mobilisierung der Betriebe hat die ICGA überhaupt nichts zu tun. Das müssen schon die Leute vor Ort machen.

Kurt: Ich denke, das Nürnberger und Bremer Netzwerk ist immer noch 10.000-mal lebendiger als das Frankfurter. Und die Prozesse, die woanders stattfinden, sind Prozesse an der Basis und nicht nur Prozesse des Organisierens um des Organisierens Willen. Ich denke, man sollte die Diskussionen, was denn wirklich die Zukunft der Selbstverwaltung ist, in dieser veränderten sozialpolitischen Landschaft und in der ökologischen Krise da, wo sie stattfinden, auch ernstnehmen. Das sind doch alles neue Gesichtspunkte, die, 10 Jahre nach dieser Selbstverwaltungsidee, ganz neu diskutiert werden müssen. So etwas findet aber weder in Frankfurt noch in den Kreisen, die die ICGA bilden, statt.

Nach der Logik, „wir vertreten nur die Interessen unserer Mitglieder und brauchen deshalb keine politische Diskussion, die findet arbeitsbezogen in den Ressorts statt", kann sich alles Mögliche zusammenschließen. Und das ist überhaupt kein Unterschied zu traditionellem genossenschaftlichem Denken. Wir müssen uns doch vielmehr fragen, wie wird Selbstverwaltung auch von großen Parteien in der Politik einkalkuliert und instrumentalisiert und welche politischen Interessen von daher aus der Selbstverwaltungswirtschaft kommen müssen.

Bine: Ich habe den Eindruck, die Leute, die in der ICGA hokken, haben alle Geld und Zeit und eine Organisationsstruktur, wie sie die CECOP fordert, wodurch Ihr Euch auch unter Druck habt setzen lassen. Ich seh' da die Gefahr, daß z.B. regionale Netzwerke oder Frauenprojekte aus der Geschichte rausfallen, weil die sich diese Arbeit nicht leisten können. Für mich stellt sich auch die Frage, ob man sich einer Organisation wie der CECOP so schnell anpassen will, in so kurzer Zeit. Es ist ja richtig zu sagen, da muß eine ordentliche Struktur her. Trotzdem finde ich, seid Ihr den übernächsten Schritt gegangen. Warum und wie hat sich die ICGA eigentlich gegründet? War das über persönliche Absprachen?

Jochen: Die BRD als wirtschaftlich und machtpolitisch bedeutendes EG-Land ist auf der Genossenschaftsebene nur durch die traditionellen Genossenschafts-Verbände vertreten. Die CECOP als Verband für fortschrittliche Genossenschaften und Selbstverwaltete Betriebe wollte ein bundesrepublikanisches Gegenüber haben, mit dem sie kooperieren kann. Das war der Grund, warum der Kontakt entstand.

Anfangs bestand ein Hauptinteresse darin, die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes zu beschleunigen, also eine vernünftige Rechtsform für kleine und selbstverwaltete Betriebe zu finden. Andere wurden dann miteinbezogen, z.B. der Verband der Selbstverwalteten Betriebe in Hessen. Gleichzeitig mit der Europadiskussion kam die Diskussion, daß es eigentlich überfällig ist, einen nationalen Selbstverwaltungs-Verband ins Leben zu rufen.

Bine: Aber CONTRASTE hat doch auch Kontakt zur CECOP aufgenommen ...

Kurt: Allerdings. Zudem haben wir uns am Gesprächskreis der ICGA deshalb beteiligt, weil wir hier etwas zusammenwachsen lassen müssen durch Diskussionen; und das ist auch Aufgabe dieser Zeitung, als Forum dafür zur Verfügung zu stehen. Zusammenwachsen heißt nicht, daß etwas zusammengewurschtelt wird, daß ohne jedes Profil unter der Flagge der Offenheit - offen für wen, frage ich mich da - einfach behauptet, hier ist jetzt ein Gebilde, was zwar nicht als Verein eingetragen ist, was aber für sich reklamiert, Verband derjenigen zu sein, die beteiligt sind und es nennt sich dann Dachverband der Selbstverwaltungswirtschaft. Zudem ist es falsch, ein Bild zu zeichnen, als würden 1992 – wenn es den EG Binnenmarkt geben soll - die Hunnen in Deutschland einfallen, um mit dieser Panikmeldung zu sagen, organisiert euch gefälligst – wir finden dann schon Interessen, die wir vertreten werden.

Es geht doch vielmehr darum, ein positives Bild abzugeben: Was Selbstverwaltung eigentlich ist, welche Fragen durch sie gelöst werden können, welche Gesellschaftsrelevanz sie überhaupt hat. Mir liegen Informationen vor, nach denen das in anderen Europäischen Ländern ganz anders begriffen wird. Ich denke mir, es gibt bundesweit Selbstverständlichkeiten in der Selbstverwaltungs-Szene, die dann auch festgeschrieben werden können. Gerade wenn man eine Alternative zu traditionellen Genossenschaftsverbänden entwickeln will, ist es doch ein Kardinalfehler, zu sagen, wir sind offen für jeden, ohne diese Offenheit auf irgendetwas zu beziehen. Ich bin nur für eine Offenheit, wenn sie den geringst-möglichen Konsens der Selbstverwaltungs-Szene vertreten kann, der auch weiter entwickelt werden sollte.

Auch fehlendes Eingrenzen kann ausgrenzen. Ich glaube nicht, daß die Branchenverbände, die Netzwerke oder auch die Projekte auf einen Zug aufsteigen werden, der nicht klare Konturen aufweisen kann.

Jochen: Was mich immer wieder an dieser Art von Kritik stört: sie ist eine Verhinderungstaktik. Da kam bisher von Euch überhaupt nichts Positives, wie Ihr Euch die Mitarbeit in dem oder in einem anderen Rahmen vorstellt. Was wir in der ICGA diskutiert haben, war ein sehr basisdemokratisches Konzept: Wir können natürlich nicht sagen, daß wir ein Verband der Selbstverwalteten Betriebe sind; das tut auch keiner, wird uns aber in die Schuhe geschoben. Der Rahmen erlaubt Mitwirkungsmöglichkeiten für alle und dabei wird hoffentlich wenn es gelingt, mehr Leute daran zu beteiligen und wenn mehr Leute auch den Arsch hochkriegen und nicht nur rummaulen - so ein Verband entstehen. Heute ist es erstmal nur eine Interessengemeinschaft.

Bine: Jochen, eines verstehe ich nicht. Es gibt seit vier Jahren die CONTRASTE, die eine Öffentlichkeitsarbeit macht, die es sonst in der BRD so nicht gibt auf der Bundesebene. Es gibt in der CONTRASTE verschiedene Seiten, d.h. es gibt verschiedene Ressorts? Die Bunten Seiten sind Beispiel dafür, daß es einen Aufbau von Kontakten gibt. Warum muß es plötzlich einen neuen Verein geben, wenn man die Diskussion auch über CONTRASTE hätte laufen lassen können.

Peter: CONTRASTE ist gegründet worden als logische Konsequenz einer Zusammenarbeit, die es damals gab; wie z.B. die Projektmesse in der Krebsmühle. Das war überhaupt der erste Ansatz, irgendetwas zusammenlaufen zu lassen. CONTRASTE sollte ursprünglich der Szene die Möglichkeit geben, bundesweit zusammenzuarbeiten. Das ist total vergessen worden. Aber von daher wäre es logisch, daß die Diskussion CECOP/ICGA über CONTRASTE läuft und nicht über einen Verein, den man sich aus dem Leib rausquält, um eine Vertretung zu haben, die sich anders nennt, aber das gleiche will.

Kurt: Wir denken, daß es auch eine Schwierigkeit ist für viele Projekte, alle sechs Wochen nach Bonn zu fahren, um hier mitzureden. Und wir kennen zahlreiche Treffen, die besser frequentiert sind mit einem weitaus größeren Verbreitungsgrad in der Selbstverwaltungsszene, wo die Leute auch die weite Fahrt auf sich nehmen. Mich würde es schon sehr nachdenklich stimmen, wenn ich dann einer von den letzten „Elf" bin, die über die ICGA diskutieren und im Grunde sind das nur 'n paar Hessen, das Sozialwirtschaftliche Institut der EKD, eine staatliche Beratungsgesellschaft und die Genossen aus Bonn. Hier stellt sich doch die Frage, ob dieser Vertretungsanspruch, der sehr wohl geäußert wurde, nicht endlich öffentlich zurückgenommen werden muß. Und auch etwas anderes angestrebt wird, als daß da eine Lobby gebildet wird, die explizit von sich sagt, wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder, aber durch ihre Funktion sich anmaßt, Kontaktstelle für Selbstverwaltung zu sein.

Es läuft darauf hinaus, das, was zusammenwächst, das ist ein organischer Prozeß. Es wird große bundesweite Versammlungen geben, die nicht nur von 11 Leuten besucht werden, auf denen auch Diskussionen darüber stattfinden werden, was die Selbstverwaltungswirtschaft unter den neuen Bedingungen eines europäischen Binnenmarktes bewirken kann.

Jochen: Also da bin ich ganz einer Meinung mit Dir. Diese Sachen müssen diskutiert werden, um möglichst viele Leute miteinzubeziehen, das kann auch über die CONTRASTE laufen. Allerdings kann das nicht umgesetzt werden, ohne eine Stelle, wo das ganze zusammenfließt. Das könnten wir zusammen mit der ICGA machen. Klar ist auch, daß die ICGA nur die Projekte vertreten wird, die da drin sind; und zwar möglichst gut, um Vorteile ökonomischer, rechtlicher und politischer Art für ihre Mitglieder auf Europa-, Bundes- und Landesebene herauszuholen. Und da können CONTRASTE und die BAG-Netzwerke mitmachen oder sie können es lassen. Da kannst Du, Kurt, als Mensch oder als CONTRASTE überhaupt nichts fordern, sondern phantasievoll mitmachen oder es bleiben lassen. Wie gesagt, das Konzept ist ein organisatorischer Rahnmen, der von möglichst vielen Leuten, die Ideen haben, mit Inhalten gefüllt werden soll. Und für mich spricht auch überhaupt nichts dagegen, wenn da andere mitmachen, die nicht aus dem Selbstverwaltungsbereich kommen.

Kurt: Die Frage ist doch die, ob eine Vereinigung, welche Rechtsform sie auch immer hat, die den Anspruch erhebt, Kontaktstelle auf Europa- Ebene zu sein, überhaupt in der Lage ist, zu garantieren, daß ein Forum für Selbstverwaltung und Ökologie, so wie es CONTRASTE ist, existieren kann. Und da kann ich das Angebot der ICGA, mich an Diskussionen zu beteiligen, doch eigentlich nur zurückgeben; solche Diskussionen finden nämlich nicht in der ICGA statt, sondern da, wo sich Projekte zusammengeschlossen haben. Was da bei der ICGA unter'm Strich rauskommt, das ist doch dünne. Allein eine genossenschaftliche Rechtsform ist doch nicht **das** Interesse der Selbstverwaltung. Da finden doch wesentlich mehr und politischere Diskussionen auf Veranstaltungen oder in CONTRASTE statt, und da sollten die entsprechenden Körperschaften, die in der ICGA vertreten sind, sich stellen und keinem Organisationswahn verfallen.

Die bisherigen Diskussionen haben schon gezeigt, daß ein Bedarf besteht, bundesweit eine Vertretung zu schaffen; da wird sich auch was rühren. Das soll jetzt keine Konkurrenz sein, sondern eine wirkliche Vertretung des Selbstverwaltungs- Bereichs. Und für mich stellt sich die Frage, wie die ICGA sich daran beteiligen will. Das als ihr Anliegen zu begreifen, ist aber auch ihre Aufgabe.

Jochen: Mir wird immer klarer, daß da inhaltlich keine unüberbrückbaren Gegensätze vorhanden sind. Vielmehr gibt es 'ne Schranke in bestimmten Schädeln, da geh'n bestimmte Dinge einfach nicht rein.

CECOP und ICGA

Die CECOP (übersetzt: Europäisches Komitee der Produktivgenossenschaften) gibt es seit 1979. Da die seit eh und je bestehende „Genossenschaftskonferenz" eher Konsumgenossenschaften vertritt, wurde damals die Notwendigkeit gesehen, eine europäische Genossenschaftsvertretung zu bilden, die Kriterien wie Kapitalneutralisierung und Selbstverwaltung verfolgt. Mitglied können Verbände und Projektzusammenschlüsse werden, in denen Produktivgenossenschaften und Kleinst-Kooperativen auf nationaler Ebene organisiert sind. Auf diese Weise bewegen sich nach eigenen Angaben unter dem großen Dach CECOP ca. 25.000 Produktivgenossenschaften, insgesamt ca. 40.000 Betriebe mit etwa 800.000 bis 900.000 Beschäftigten.

Arbeitsschwerpunkt der CECOP, die seit 1984 in Brüssel ein Büro mit derzeit sechs MitarbeiterInnen unterhält, sind nach innen Erfahrungsaustausch und Projektentwicklung und nach außen Lobbyarbeit. Dies wird verfolgt durch die Bildung eines Zusammenschlusses von fünf verschiedenen Finanzinstituten zur besonderen Unterstützung von Genossenschaften, durch Vernetzung von Ausbildungsinstituten mit dem Ziel, eine spezielle Ausbildungsmöglichkeit für Selbstverwaltungswirtschaft zu entwickeln, durch Vorschläge zur demokratischen Arbeitsumverteilung in besonderen Regionalentwicklungsmodellen und durch Bildung lokaler und regionaler Haftungs- und Garantiefonds zur Absicherung von Fremdkapital.

In der Bundesrepublik pflegen bislang lediglich der Ökobank-Verein und seit neuestem auch der Verein zur Genossenschaftsförderung Kontakte zur CECOP, der Ökobank-Verein gar als „assoziiertes Mitglied". Da eine bundesweite Vertretung der Selbstverwaltungswirtschaft nicht existiert, gibt es bisher kein Vollmitglied der CECOP aus der BRD und West-Berlin. Das soll demnächst anders werden.

Die ICGA (Interessengemeinschaft cooperativ-genossenschaftlich arbeitender Betriebe und Projekte) bildete sich am 1.3. dieses Jahres aus je einem Vertreter des Instituts für Selbstorganisation, Darmstadt; des Verbandes selbstverwalteter Betriebe Südhessen; der blätterwald-Genossenschaft, Frankfurt; der Ökobank und ihres Vereins, und mehreren VertreterInnen des sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, der NRW-Beratungsgesellschaft GIB und des Vereins zur Genossenschaftsförderung.

Im Gründungsprotokoll wird die Bildung eines Dachverbandes der Selbstverwaltungswirtschaft bekannt gemacht. Nach heftiger Intervention von VertreterInnen von CONTRASTE und der BAG Netzwerke wurde dieser Anspruch darauf reduziert, „Schnittstelle" für Kontakte der verschiedenen Ebenen zu werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zum aktuellen Thema IWF und Weltbank:

Was soll das?

Wenn man Leute mobilisieren will, ist der Aufbau von „Buhmännern" immer einfacher und wirkungsvoller, als der Versuch, sich selbst und andere sachkundig zu machen. Allerdings zeigt die Erfahrung, daß wir uns in der Vergangenheit dabei allzuoft und allzuleicht auf „falsche Fährten" eingelassen haben.

Helmut Creutz

Der erste „falsche Buhmann" (für manche auch heute noch ein Dauerbrenner) war „der Unternehmer". bzw. „der Produktionsmittelbesitzer". Erst nach Jahrzehnten haben wir begriffen, daß die Ablösung des Unternehmers durch Manager und/oder Funktionäre genau so wenig brachte, wie die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wo und wie auch immer praktiziert: Nirgendwo hat man mit diesen Maßnahmen das Los der Arbeitleistenden nachhaltig verbessern können. Häufig war sogar das Gegenteil der Fall, wie eine Vielzahl gescheiterter Experimente im Großen wie im Kleinen bewiesen haben.

Außerdem ergab eine präzisere Sicht der Dinge (manchmal auch erst nach persönlichen Erfahrungen in Alternativbetrieben!), daß letztlich auch der Unternehmer ein Arbeitleistender ist, der in der Mehrzahl aller Fälle selber gebeutelt und ausgebeutet wird, nämlich vom Geldkapital, das er mit Zinsen zu bedienen hat. Das hat sogar schon Karl Marx in seinem dritten Kapitalband erkannt (oder war es der praxisnähere Engels, der den Band herausgegeben haben soll?), aber wer quält sich schon durch dieses Werk hindurch.

Doch trotz mancher eigenen Erfahrungen und trotz zehntausender von Firmenpleiten als Folge angestiegener Zinsen, sind uns die tatsächlichen Zusammenhänge meist nur unzulänglich bewußt. Dies gilt zum Beispiel auch für den Tatbestand, daß der geldbezogene Zins nicht nur die Ausbeutungsquote aller Kapitalien bestimmt, sondern auch die Hürde ist für alle Investitionen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Denn ein Unternehmen arbeitet bereits wirtschaftlich, wenn es - bezogen auf die eingesetzten Mittel - einen Überschuß von einem oder zwei Prozent herausholt. Rentabel aber ist es nur, wenn es darüber hinaus einen Zins von sechs bis acht Prozent erwirtschaftet.

Die Problematik des Geldzinses und der Unternehmensabhängigkeiten langsam erkennend, haben wir uns dann einen Schritt weiter vorgetastet. Und da die Unternehmer die Zinsen ihrer Schulden meist an Banken zahlen müssen, waren diese nun für viele die neuen „bösen Buben". Manche hofften nun erneut – diesmal auf die Banken bezogen – auf das Wundermittel der Verstaatlichung. Doch abgesehen davon, daß bei uns zwei Drittel aller Banken bereits gemeinnützig, genossenschaftlich oder staatlich sind, bewies auch hier die Praxis, daß die Problemursachen an anderen Stellen liegen müssen. Außerdem begriff man langsam, daß die Banken ja eigentlich nur Geldvermittler sind und ihre viel beklagte Macht weitgehend nur eine geliehene ist.

Doch anstatt dieser „heißen Spur" intensiver nachzugehen und unsere Geldordnungsmechanismen einmal genau zu überprüfen, ging man wieder den bequemen Weg: Da die Notenbank in unserem Lande nicht viel an Angriffsflächen bot, präsentierte man als nächste „Pappkameraden" die Dachorganisationen des weltweiten Geldgeschäftes, wobei man sich mit Vehemenz auf den „Internationalen Währungsfonds" einschoß, der sich aufgrund seiner Nothelferaufgaben bei den überschuldeten Entwicklungsländern dafür geradezu anbot, und das sicher nicht ganz ohne Grund.

Daß jedoch weder der IWF noch die Weltbank die Verursacher oder die Hauptübeltäter bei den Überschuldungs- und Ausbeutungsentwicklungen waren, wurde allzugern verdrängt. Dabei braucht man sich nur einmal vorzustellen, daß es diese beiden internationalen Institutionen gar nicht geben würde. Weder auf die Verschuldungsmisere noch auf die dramatisch zunehmenden Diskrepanzen zwischen Arm und Reich in aller Welt hätte dies einen Einfluß gehabt! Auch der Tatbestand, daß dutzende von Ländern vor der IWF-Tür Schlange stehen, bis hin zu manchen hochverschuldeten Ostblockländern, sollte eigentlich Beweis genug sein, daß in diesen Organisationen nicht die Wurzel des Übels liegen kann, sondern die Mitgliedschaft darin sogar offensichtlich von Vorteil ist.

Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Nun, der IWF ist im Grunde für die maßlos Überschuldeten nichts anderes als eine Art „Notarzt", der den schuldensüchtig Gemachten noch einmal eine Spritze gibt, wenn die professionellen „Dealer" dies aus Gründen des Zahlungsrisikos verweigern.

Daß der „Notarzt IWF" an die Gewährung dieser „Zusatzspritze" Bedingungen knüpft, vielleicht sogar hoffend auf eine „Gesundung" des Patienten oder die Überwindung der „Drogenabhängigkeit", ist gewiß nicht angenehm. Noch unangenehmer ist, daß eine solche „Roßkur" mit „Entzugserscheinungen" verbunden ist, die man auch als Gürtel-enger-Schnallen bezeichnen kann. Doch die Frage bleibt, ob das ausreicht, sich auf dieses letzte Glied in der Schuldenkette einzuschießen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Gewiß haben wir genügend Grund, die IWF- und Weltbankpraktiken zu durchleuchten und zu kritisieren. Wenn es uns aber tatsächlich und nicht nur vordergründig um Gerechtigkeit in der Welt geht, haben wir jedoch noch mehr Grund, uns um die eigentlichen Wirkungsmechanismen der weltweiten Problementwicklungen zu kümmern, die vielen Betroffenen am Ende nur die Wahl lassen, entweder aufzugeben oder den IWF als „letzten Retter in der Not" anzurufen.

Es wäre schade, wenn wir wieder einmal kostbare Zeit verschwenden und uns auf einem Nebenschauplatz „festbeißen" würden, statt uns den Ursachen zuzuwenden. Dazu wiederum ist es wichtig, daß wir uns - über die Auslandsverschuldung hinaus - den vielmals größeren **Inlands**verschuldungen und ihren Wirkungsmechanismen zuwenden, mit denen Weltbank und IWF kaum etwas zu tun haben dürften. Dies gilt auch für die Bundesrepublik, in der die gesamtwirtschaftlichen Verschuldung seit 1950 rund dreimal rascher zunimmt als Sozialprodukt und Volkseinkommen. Das heißt nichts anderes, als daß sich die Entwicklungen in Lateinamerika oder Polen „morgen" auch bei uns abspielen müssen, wenn wir diesem Überwachstum der monetären Schlüsselgrößen nicht Einhalt gebieten können.

Der Versuch, dieser Entwicklung durch Protestaktionen gegen IWF und Weltbank beizukommen, ist ähnlich zum Scheitern verurteilt wie der Versuch, das Baumsterben durch Demonstrationen gegen Wald- und Sägewerksbesitzer zu kämpfen, oder durch Angriffe auf die Forstverwaltung, die von Hubschraubern aus Kalk versprüht.

Abhilfe schaffen können wir in beiden Fällen nur, wenn wir den Ursachenketten bis zu eigentlichen, auslösenden Ebenen nachgehen und dort entsprechende Korrekturen ansetzen. Alles andere ist vertane Zeit und nützt alleine jenen im Dunkeln, die aus unserem vordergründigen Aktionismus weiter ihre Vorteile ziehen, obwohl auch sie sich am Ende den negativen Folgen der ausufernden Entwicklungen kaum entziehen können.

Foto: Spiegel

Auf der Suche nach neuen Buhmännern?

Über Sinn und Zweck der IWF-WB-Kampagne

Ulli Dufner
Christiane Schulte

Das Kreuz mit Herrn Creutz

Red. Berlin **Wie hoffentlich bundesweit bekannt, findet dieses Jahr vom 27.-29. September eine Tagung von IWF und Weltbank in West-Berlin statt.**

Es hat sich eine breite Kampagne von Friedens-, Kirchengruppen bis zu den einzelnen Parteien herausgebildet, die sich in zahlreichen Aktionen (von Gegenkongreß bis Tribunal) kritisch mit der Politik dieser Institutionen auseinandersetzen.

Bei seinem Versuch, die IWF- und Weltbank-Kampagne zu diffamieren, ist Herr Creutz auf die falsche Fährte geraten, hat von weltweiten Problementwicklungen und Ursachen gesprochen, dabei aber mit keinem Wort gesagt, worin denn diese begründet sind.

Seinen Vorwurf, mal wieder das Unwesentliche zum Schwerpunkt der Kampagne zu machen, wollen wir hiermit aus den Angeln heben.

Ziel der Kampagne ist es gerade nicht, IWF und Weltbank als neue Buhmänner darzustellen. Im Gegenteil: die im Herbst statttfindende IWF- und WB-Tagung ist Anlaß, uns mit Funktion und Politik dieser Institutionen im Weltwirtschaftssystem auseinanderzusetzen. Wir beschäftigen uns darüberhinaus mit den weltwirtschaftlichen Strukturen selbst, sowie mit Ursachen und Verlauf der Verschuldungskrise.

Verschuldung – eine Sucht?

Anfang der 70er Jahre begannen internationale Banken ihre Geschäfte neu zu organisieren. Der wirtschaftlichen Abschwung in den Industrieländern führte dazu, daß Investitionen unrentabel wurden. Die Banken, denen das Kapital zu niedrigen Zinsen zufloß, saßen auf ihrem Geld und hielten Ausschau, wo sie es gewinnbringend einsetzen konnten. Schließlich pumpten sie es dahin, wo noch Bedarf an Krediten bestand: in die „Dritte Welt".

Zu niedrigen Zinsen wurden vielen Entwicklungsländern Kredite aufgedrängt, oft bevor sie darum baten. In einigen Ländern wurden mit dem Geld unsinnige Großprojekte finanziert, die nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprachen. Dies störte die Überschichten der „Dritten Welt Länder" jedoch wenig, schöpften sie doch ebenfalls ihre Gewinne aus diesem Geschäft ab. Die sich immer schneller verschuldenden Staaten mußten Zinsen und Tilgungen leisten. Ende der 70er Jahre stiegen die Zinssätze rapide an – auch als Folge der US-Hochzinspolitik. Kredite wurden nicht mehr aufgenommen, um die Ökonomie zu investieren, sondern dienten allein den Zinszahlungen. Aus dem Teufelskreis der Verschuldung gab und gibt es kein entrinnen.

Seit Anfang der 80er Jahre haben IWF und Weltbank stark an Bedeutung gewonnen und in der gegenwärtigen Schuldenkrise eine für das Banken- und Finanzsystem wichtige politische Funktion.

IWF – der Notarzt?

Gerät ein Land in Zahlungsschwierigkeiten, so verweigern die Banken jeden weiteren Kredit, bis der „Schuldner" sich dem vom IWF diktierten Sparprogramm beugt. Einmal in den Kreislauf der Verschuldung geraten, kann kein Land am IWF vorbei. Die Mitgliedschaft ist also keinesfalls freiwillig.

Die Weltbank setzt der IWF-Politik in den 80er Jahren noch eins drauf und versucht mittels langfristiger Strukturanpassungsdarlehen die „Dritte-Welt-Ökonomien" den Profitinteressen des internationalen Kapitals dienlich zu machen.

Banken als bloße Geldvermittler und IWF/WB als „Retter in der Not" darzustellen, hieße den Bock zum Gärtner zu machen.

Zins – die heiße Spur!

Der Geldzins erscheint zunächst als die Achillesverse in der Verschuldung. Um die notwendigen Devisen für Zinszahlungen zu erwirtschaften, müssen die Schuldnerstaaten ihre ganze ökonomische Kraft auf die Exportförderung verlagern. Diese von Herrn Creutz als „Roßkur mit Entzugserscheinungen" beschriebene Wirtschaftspolitik bedeutet für die Bevölkerung Massenelend und Hunger. Verharmlosend von „Gürtel-enger- schnallen" zu sprechen, ist eine makabre Fehldarstellung der Realität.

Was verbirgt sich tatsächlich hinter dem Zins?

Wie Herr Creutz richtig schreibt, analysieren Marx und Engels im Kapital Bd.3 diese „äußerlichste und fetischartigste" Form des Kapitalverhältnisses. Sie stellen heraus, daß der Geldzins der Teil des Profits ist, den der Unternehmer an den Geldverleiher abgeben muß, also „Zins" als Preis dafür, daß die Bank die Ware Kapital für eine Zeit verleiht. Da Geld sich nicht selbst vermehren kann, muß der Zins ebenso wie der gesamte Profit erarbeitet werden. Er ist ein Teil des durch unbezahlte Arbeitskraft angeeigneten Mehrwerts. Die Zinszahlungen in der internationalen Verschuldung bedeuten also nichts anderes als die Aneignung von gesellschaftlich erarbeiteten Werten in den ökonomisch schwachen Staaten durch die führenden Industrie-Nationen.

Bei der Suche nach Ursachen geht kein Weg an der Analyse der Widersprüchlichkeiten des kapitalistischen Systems vorbei. IWF und Weltbank sind eben nicht Buhmänner, sondern Regulierungsinstanzen zur Aufrechterhaltung von weltwirtschaftlichen Ausbeutungsmechanismen.

KEIN ABO AUF
EWIGE WAHRHEITEN

die tageszeitung
FÜR SELBSTDENKER

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 796

Datum, Unterschrift: .....

Blick nach vorn, ohne Zorn

Hat München noch eine kulturelle Hoffnung?

Red. Heidelberg Die „heimliche Hauptstadt im Süden der Republik" hat seit dem 1. Juni einen neuen Kulturreferenten für die nächsten sechs Jahre: Siegfried Hummel, ein Mann mit Plänen ... . Hat München damit auch eine Chance auf eine neue „Kultur"?

Spätestens seit den Olympischen Spielen 1972 hat sich München als Landeshauptstadt zu einer Zitadelle konservativer Politik entwickelt, lange bevor in Bonn die Wende eingeläutet wurde. Die Bemühungen Sozialdemokratischer Stadtregierungen konnten entweder wenig daran ändern, oder (siehe die Amtszeit Kronawitter) unterstützten auch noch diese Entwicklung. Aus der höfisch orientierten Residenz des ausgehenden letzten Jahrhunderts wurde so eine städtische Ellbogengesellschaft, deren Prägung auf die kulturelle Entwicklung starken Einfluß nahm. Siegfried Hummel als ein Mann, der sich aufgrund seiner bisherigen Laufbahn (s. Kasten) den sozialen Bewegungen verpflichtet fühlt, kann in dieser städtischen Kulturwelt nur eine Hoffnung sein und muß mit Konflikten rechnen.

Matthias Lahmann

Kultur in München

Im Gegensatz zu anderen deutschen Großstädten, die sich mühsam das Image einer kulturell attraktiven Stadt unter enormen finanziellen Anstrengungen erwerben mußten (Frankfurt ist da ein gutes Beispiel: Vom „Klein-Chicago" zum „Museumsufer" ...), hatte München seit langem den Ruf, bürgerlich-kultureller Mittelpunkt zu sein: So wurden denn auch in großer Menge von staatlicher wie städtischer Seite Mittel zur Verfügung gestellt, die das Konzert-, Ausstellungs- und Opernleben sprießen lassen. Die immensen Mittel in der letzten Zeit für Filmfeste und Biennalen der neuen Musik gehören auch dazu. Kultur war **Repräsentation,** schick, teuer und **nicht** überflüssig: Seit langem wird so eine sogenannte **Standortpolitik** betrieben, die München als kommendes „Silicon Valley" für die Yuppies und Dinks der Republik trotz aller Widrigkeiten (z.B. für unbezahlbaren Wohnungsraum) interessant macht. Die Rechnung *High- tech braucht Intelligenz; Intelligenz braucht zerstreuenden Anreiz* ging in München allemal auf (Als man davon zum Beispiel in Hamburg die Stadtpolitiker endlich überzeugt hatte, war dort der Zug längst abgefahren...).

Zu dieser Rechnung gehört auch die klare Trennung von **Bildung** und **Kultur** in der bayrischen Hauptstadt, die dann bundesweit immer stärker griff. Kunst ist eben keine Kultur ..."). Soziokulturelle Kräfte hatten diese „Zugeständnisse" eher mühsam abgekämpft. Er selbst wurde von vielen Münchner Stadträten als brillianter „Repräsentant" gefeiert. So macht man sich im Rathaus auch keine Sorgen um eine „kulturelle Entwicklung", als es darum ging, in diesem Frühjahr die allgemeine Stadtreferenten-Wahl „politisch zu schaukeln". Man schrieb zwar alle Stellen offiziell aus, war aber davon überzeugt, daß „Repräsentant Kolbe" in gewohnter Weise die nächsten sechs Münchner Kulturjahre verwalten würde. Dieser aber nahm nun eher das typische Münchner Rathaus-Chaos zum Anlaß (der städtische CSU-Chef tat gerade so, als ob er im Verbund mit den GRÜNEN einen noch „besseren" Kolbe finden könne), (mit einem Zornesauge) seine Kandidatur zurückzuziehen und (mit einem lachenden Auge) den führenden Posten bei Bertelsmanns literarischen Verlagen anzunehmen.

Keine dumme Tat: Sicher ahnte er trotz seiner konstanten Optimismus-Verbreiterei, daß erstens die drückenden Soziallasten auch den Kulturetat in den nächsten Jahren schmälern werden, und daß zweitens seine Phantasie ein gestresstes Ende finden würde, was die Produktion glitzernder Highlights anging.

So nahm er denn keck, strahlemännisch und silberzungig Abschied von den sicher anstrengenden Münchner Kulturquerelen und hinterließ im Rathaus eine ratlos dreinblickende Franktionsgemeinde, in der sich fast niemand Gedanken um die Anforderungen an einen Nicht-Kolbe- Kandidaten gemacht hatte. Wer stand denn überhaupt zur Verfügung, was sollte der/die machen? Keine Kriterien- Kataloge waren in Sicht, nach denen die Stadt von sich aus einen Kandidaten suchen könnte. Schließlich waren ja alle Energien darauf verwendet worden, in ungeahnten Koalitionsgelüsten (die CSU mit den GRÜNEN, die SPD mit der CSU, die FDP und die USD (SPD-Abspaltung) als jeweilige Liberos ...) den Postenpoker um die weiteren Referentensessel immer weiter zu verwirren (eine Freude für die skandal-lüsternen LokaljournalistInnen). Parteistrategisch richtiges Pöstchen-Besetzen war den meisten Beteiligten allemal wichtiger als die Frage nach der Struktur einer mittel- oder langfristigen kulturellen Entwicklung in München.

Casting für Cats

„Haben Sie auch manchmal Lust, Ihren Job hinzuschmeissen? Würden auch Sie lieber repräsentieren, statt immer Ihren Vorgesetzten nach dem Mund zu reden? Noch ist es nicht zu spät! Auch **Sie** *können in München Kulturreferent werden! Ein schöner Aufzug bringt Sie jeden Tag in Ihr Büro. Wenn Sie den Mut haben, sich zu bewerben, haben Sie die erste Hürde schon geschafft ..."*

Diese Zeilen, zitiert aus einem beißenden Flugblatt anläßlich einer öffentlichen Anhörung der Kulturreferenten- KandidatInnen, spiegelt in etwa die Stimmung wider, die sich vor der Referenten-Wahl in München breitmachte. Was hatte sich da nicht alles vor (und hinter) den Kulissen ins Gespräch gebracht. Feuilleton-ChefInnen traten ebenso an wie Filmkritiker, Volkshochschulverwalter wie Theaterintendanten ... . Fein garniert dazu Dementis in der Tagespresse: ... es war ein schauriges Treiben. Wenige konnten entsprechende fachliche Qualifikationen nachweisen, noch weniger waren in der Lage, visionär eine Münchner Kultur-Zukunft in Ansätzen zu skizzieren.

Die Peinlichkeit der Wahl

Siegfried Hummel, mittendrin im Gerangel, gehörte sicherlich zu der Kategorie von Kandidaten, denen es weder an Qualifikationen noch an Visionen für ein solches Amt mangelte. Notgedrungen mußte er auch über ein unerhörtes Quantum an Motivation verfügen, um nach seiner Wahl überhaupt noch sein Amt anzutreten.

Ohne im Einzelnen auf die Details einer maroden Rathauspolitik einzugehen (ein Hintergrundbericht als Pflichtlektüre für jede/n angehende/n Stadtrat/-rätin im Land, wie man/frau eine Stadt besser nicht regiert, steht leider noch aus ...), bleibt festzuhalten: SPD- Oberbürgermeister Kronawitter hoffte, mit seinem Minderheitenkabinett durch Gegeneinander-Ausspielen der Fraktionen, Wunschkandidaten durchzusetzen. Als es während des quälenden Wahlverlaufs zunehmend offensichtlich wurde, daß dies nicht gelang, wurde der knappe Sieg Hummels (wer hatte ihn eigentlich gewählt?) als die Besetzung eines „eher unwichtigen" Referates von der SPD- Fraktion fast als Niederlage gewertet (unglücklicher Kommentar aus den SPD- Reihen: „Eine Hummel macht noch keinen Sommer...")

(An)Forderungen an den „Generalisten"

Nun, das war im März. Seit dem 1. Juni ist Siegfried Hummel im Amt und hetzt vielbeschäftigt von Konferenz zu Sitzung, von Anhörung zu Planungstreffen. Trotz aller Vorinformationen über die Stadt wird erst der direkte Kontakt zu MitarbeiterInnen und Menschen in München seinen konkreten Arbeitsplan für die nächsten sechs Jahre prägen.

Wieviel Überzeugungsarbeit wird notwendig sein, das Bild von Kulturpolitik in den Köpfen der Geldgeber und Politiker zu verändern? Der unter Hummel in Osnabrück erstellte „Kulturentwicklungsplan" geht beispielgebend davon aus, daß Kulturpolitik in den neunziger Jahren als einziges Wirkungspotential in der Lage sein wird, die Verständniszusammenhänge aller anderen Fachpolitiken überhaupt noch zu erklären.

In München liegen die Problematiken haufenweise herum:

- Auch dort haben sich im Schatten kultureller „Repräsentation" Initiativen entwickelt, die Kultur nicht auf Kunst reduzieren können und davon ausgehen, daß Kulturetats in einer Demokratie für alle da sein müssen. Diese Initiativen, die sich mit Frauenkultur, Bildungsarbeit und nicht- kommerziellem Kino beschäftigen, wurden bisher offiziell kaum integriert. Gerade in diesen Arbeitsbereichen wird Kultur im Sinne einer Gestaltung von Lebensform und Lebensumwelt lebendig erhalten.
- Die Aufforstung einer unter Kolbes Amtszeit fast vergessenen Referatsabteilung „Stadtteilkultur", die zunehmend zu einem Organisationsmotor folkloristischer Wanderzirken durch die Stadtteile verkam, gehört ebenso dazu wie die Wiederaufnahme der sogenannten Bürgerhaus-Politik: Vor vielen Jahren als Einrichtung stadtteilorientierter Kommunikation in die politische Debatte getragen, entwickelte sich daraus ein Projekt in Zig-Millionen-Höhe (vom alternativen Kommunikationszentrum zum repräsentativen Schmuck-Neubau), das guten Gewissens von keiner Fraktion mehr unterstützt werden konnte. Etatkürzungen machten dem Projekt vor kurzem endgültig den Garaus; notwendige Alternativen sind zu suchen.
- Die mediale Entwicklung gerade auch im kommunalen Bereich, trägt zunehmend dazu bei, klassenspezifische Rezeption zu unterstützen, Realitätsempfinden zu verändern und Bewußtseinsformung zu betreiben. Anstelle der konsumorientierten „Abfütterung" muß eine Förderung der aktiven/teilnehmenden Mediennutzung treten, die breite Artikulationsfähigkeit bildet.
- Die „Szene", also „Der künstlerische Bodensatz - das Salz in der Kultursuppe" (Tänzer, Theaterleute, Musiker, Filmer, Literaten etc.) erhielt bislang nach dem Gießkannenprinzip in unterschiedlicher Höhe Zuwendungen, mit deren Hilfe weder gearbeitet noch „gestorben" werden konnte. Eine Förderung mit strukturierten Zielsetzungen war nicht erkennbar.

Hier wartet also ein breites Feld mit unterschiedlichsten Forderungen. Siegfried Hummel wird, wenn es ihm mit einer ganzheitlichen Kulturentwicklung in München ernst ist, hart um die nötigen Ressourcen kämpfen müssen; aber auch die Suche nach geeigneten MitarbeiterInnen innerhalb und außerhalb seines Referates wird nicht einfach sein:

Der Traum vom Schulterschluß der Kulturtreibenden zur Unterstützung einer Kulturmetropolenbildung ist selbst vom französischen Kulturminister Jacques Lang ausgeträumt worden (wenngleich das Bild vom Kaffee-trinkenden Philamoniker Celébidache im Stadtteilzentrum seinen Reiz hätte, wie er sich mit Hummel, dem Generalintendanten Everding und einigen Initiativlern auf ein Konzept für eine neue Freizeitwerkstatt einigt ...).

Kultur als Callgirl oder als Stewardess?

Natürlich wird sich die sogenannte große „Standortpolitik" (Kultur als Image- pflegende Kommunen- Aufwertung) nicht umgehen lassen: Im Gegenteil, Siegfried Hummel hatte in der öffentlichen Anhörung seinen Willen kundgetan, München in die Reihe der Weltkulturmetropolen einzuordnen; der Gegensatz zwischen einer auf den höfischen Residenzstaat zurückgehenden Staatskultur und der eher von unten nach oben gewachsenen Stadtkultur mache München aus und müsse erhalten bleiben. Seine Hoffnungen aber, Etats für eine gesamtkulturelle Entwicklung in notwendiger Höhe zu sichern, benötigen weitsichtige Argumentationszusammenhänge: Vielfältige Gefahren lauern.

Das mittelfristige Investitionsprogramm (MIP) für München zeigt deutlich auf, daß die Kommune aufgrund des bisherigen Verschuldungsstandes und aufgrund der zu erwartenden Mehrbelastungen (zunehmende Soziallasten) gerade die sogenannten „freiwilligen" Etats mit dem Rotstift traktiert. Hier die Kultur als Wirtschaftsfaktor der Stadtkämmerei zu verdeutlichen, wird nicht einfach sein; die Rathaus-ansässigen Wirtschaftsfachleute wissen zwar um die Bedeutung der Kulturindustrie für München (Verlage, Film, Musik), fühlen sich aber doch leider eher dem kurzfristigen politischen Tagesgeschehen verbunden.

Der Weg, Sponsoren und Mäzenaten für Kulturprojekte zu finden, birgt andere Gefahren: In der Vergangenheit hat sich gerade in München gezeigt, daß Konzerne sehr wohl ein Interesse daran haben, durch ihre Werbe- und Kulturabteilungen bestimmte Projekte zu unterstützen und zu fördern; diese Gesten sind aber absolut nicht uneigennützig zu verstehen. Neben dem Steuerdruck gewinnt die Wirtschaft so zusätzliche Einflußmöglichkeiten auf die kommunale Politik, die sie ihren Interessen gemäß einsetzen wird.

Unterschiedliche Hoffnungen sind in Siegfried Hummel gesetzt; er hat sich schon in Osnabrück als ein zäher Verhandlungspartner und als ein Überzeugungs„täter" erwiesen (Osnabrück hat einen „schwarzen" Stadtrat). Wie formulierte er noch zu seinem Abschied in Osnabrück: „Ich suche Arbeit, wo ich voll gefordert werde ..." München wird sich alle Mühe geben.

Siegfried Hummel

Münchens neuer Kulturreferent

53 Jahre alt, verheiratet und Familienvater, Studium der Fächer Musik, Geschichte, Sport und Politik. 13 Jahre als Lehrer tätig. 13 Jahre Kulturdezernent der Stadt Osnabrück. Nach der Wende von der FDP in die SPD gewechselt. In Osnabrück Entwicklung eines Kulturentwicklungsplans, der Osnabrück bundesweit den Ruf einer kulturpolitisch zukunftsweisenden Stadt einbrachte: Ein Gesamtkonzept kommunaler Entwicklung unter Einbeziehung von Lebensumwelt und Arbeitszeitverkürzung, in der ganzheitlich verstandene Kulturpolitik der Mittler zwischen wirtschaftlichen Interessen und Lebensqualität übernimmt. 1987 Leiter der Abteilung Kultur und Erwachsenenbildung im Kultusministerium des Saarlandes.

Das Nachfolger-Syndrom

Die letzten zwölf Jahre Münchner Kulturpolitik hatten mit Jürgen Kolbe einen „würdigen" Vertreter, was **Repräsentation** anging. Sicher wurden unter seiner Amtszeit auch andere Dinge vom Kulturreferat unterstützt und gefördert, aber was er letztendlich von diesen anderen Dingen hielt, einer alternativen, politischen oder „zweiten" Kultur, daraus machte er nie einen Hehl (ein eher mildes Zitat am Rande: „Kultur ohne

INTERVIEW

mit Siegfried Hummel, Kulturreferent in München

CONTRASTE: Herr Hummel, was erwarten Sie von einer kulturellen Entwicklung in München?

Siegfried Hummel: München schaut auf zahllose republikanische Kulturtraditionen zurück: Der Bauernkrieg hat hier eine große Rolle gespielt, der kirchliche Widerstand der niederen Geistlichkeit; München ist nicht nur die Stadt der Bewegung, sondern auch die der „Weißen Rose". München ist nicht nur die Stadt von Thomas Mann sondern auch die seines Bruders Heinrich, die von Gustav Landauer und von Oskar Maria Graf, sie ist auch die Stadt der einzigen deutschen Räterepublik. Wenn nun Stadt- und (natürlich präsente bayerische) Staatskultur dieser Stadt gemeinsam in Form eines kooperativen Dualismus weiterentwickelten, dann würde München bald den Status bekommen, für ganz Bayern neue Denkanstöße auszustrahlen. Der genannte kooperative Dualismus definiert sich nicht als reine Repräsentationskultur, sondern es handelt sich dabei um einen pyramidalen Aufbau der gesamten Kulturszene, bestehend aus professionellen Spitzenangeboten, semiprofessionelle, kulturell aktive, selbsttätige Menschen und einer breiten Szene der kulturellen Amateurarbeit. Nur die Zusammenarbeit einer solchen „Kulturszene" wird dauerhaft das leisten können, was ein Kulturzentrum meiner Vorstellung ausmacht.

Woher kommt das Geld für eine solch aufwendige Kulturarbeit?

Also, am liebsten wäre es mir, wenn diejenigen, die sehr viel Geld verdienen, viel mehr Steuern bezahlen könnten, damit die öffentliche Hand so ausgestattet wird, daß sie eine öffentlich verantwortbare Kulturarbeit für alle Menschen gleichermaßen betreiben könnte. Das scheint allerdings spätestens nach der Steuerreform der Bundesregierung nicht mehr möglich. Ein Kulturreferent hat in einer solchen konkreten politischen Situation keine andere Möglichkeit, als die zahlreichen Angebote der privaten Sponsoren und Mäzene anzunehmen. Er muß aber andererseits Bedingungen für die Annahme eines solchen Geldes formulieren.

Die öffentliche Hand muß dafür sorgen, daß die Sponsoren von ihrem Pathos ablassen, gnädige Geldgeber zu sein: Natürlich gibt kein privater Geldgeber ohne direktes „Umweg"-Interesse. Hier ist eine faire Partnerschaft zu formulieren. Die Sponsoren müssen eine Möglichkeit haben, einen Bereich zu nennen, für den sie Geld zur Verfügung stellen möchten. Sie dürfen aber innerhalb des Bereiches nicht bestimmen, wo/wie das Geld verwendet wird: Mit anderen Worten: das private Geld muß bei den Bürgern so ankommen, als wäre es öffentliches Geld. Zusätzlich muß die öffentliche Hand darauf bestehen, daß dann, wenn Geld gegeben wird, ein solcher Geldfluß mittelfristig verstetigt wird. Sonst ist er mit den Kontinuitätsbestimmungen der öffentlichen Kulturarbeit nicht in Übereinstimmung zu bringen.

Wie reagiert die Wirtschaft auf solche Bedingungen?

In vielen Gesprächen der letzten Monate hat sich gezeigt, daß sehr großzügig und weltläufig denkende Firmen nur darauf gewartet haben, daß die öffentliche Hand auch wirklich Bedingungen stellt, die der Würde einer Landeshauptstadt auch wirklich entsprechen.

Wie sieht für Sie der ideale Kulturreferent für München aus?

Hier in München wird er sicher nicht so derjenige sein, der durch kreative Selbstentfaltung eine Öffentlichkeit herstellt, die alle anderen zwingt, das zu tun, was er möchte. Ein Kulturreferent ist ein **Kommunikationskünstler:** Er sollte die Fähigkeit beherrschen, durch geduldige Überzeugungsarbeit alle anderen wichtigen kommunalen Kräfte von dem zu faszinieren, was alle gemeinsam tun müßten für die Entwicklung der Stadt; er muß sich dieser säkularen Rolle bewußt sein. Er versammelt die kulturellen Vereinigungen und alle anderen, die mit Kultur ihr Anliegen vermitteln und die Kollegen der Fachreferate auf seine urbane Zentralidee, die nur kulturpolitisch definiert werden kann. Nicht einfach: Die Postmoderne hat es ja wirklich fertiggebracht, daß jeder nur noch sich selbst darstellt und unablässig Verdienste in der Öffentlichkeit artikuliert, die er von woanders her adoptiert hat.

Das Interview führte Matthias Lahmann

Auf Jubiläen jubeln?

„Did you walk cool in the sixties daddy? Did you fight in the war?" (Mick Jagger)

Kurt Regenauer

Als M. Horx unlängst den Verlust des guten, alten Generationskonflikts beklagte (in seinem Essay „My Generation", ZEIT-Magazin), bedauerte er auch, daß man mit 17 eben heute keine Träume mehr hat. Ein „Utopie-Diebstahl" habe stattgefunden, in dessen Verlauf nurmehr Mode die Moderne ersetzt und Simulation anstelle realen Lebensgefühls tritt.

Aber wenn's schon so ist, sollen „Spät-68'er" und „Post- Alternative" wohl nicht nachstehen. Auch hierfür ist Horx Zeuge und Apologet zugleich. Denn Gegenmodelle sind in seiner schönen, neuen Welt einfach nicht mehr möglich, Relikte der siebziger Jahre, eine Art „gesellschaftlicher Zoo" ... wo doch die Alltagskultur so offen verAPOt worden sei und, ja, in weiten Teilen der Gesellschaft die Emanzipation längst Wirklichkeit werde.

Ein Prozeß der Affwerdung von Menschen, die nur noch vor'm Bildschirm hängen und weder arbeiten noch denken, scheint angesagt. Dann darf die Freiheit, die wir meinten, sich durchaus in reiner Machtpolitik erschöpfen – dann ist Blindheit gegenüber der sozialen Wirklichkeit Trumpf.

Begrabt unsere Herzen an der Biegung des Flusses

Derweilen sind es die letzten Mohikaner der Alternativen längst leid, als VorturnerInnen einer besseren Gesellschaft belächelt zu werden. Zu hart waren verlustreiche Lektionen, was es denn heißt, sich auf dem Markt zu behaupten, – zu mühsam der selbstzerfleischende Prozeß, Hierarchien zu überwinden, um weiter im Brustton der Überzeugung das Gute, Edle und Reine verkörpern zu können.

Das Sendungsbewußtsein der frühen Jahre ist einer breiten Ernüchterung gewichen. Zu ungleich war nämlich auch die Entwicklung der verschiedenen Projekte. Wurden die einen zu veritablen Betrieben oder Institutionen mit dem Typus wohlbetuchter Geschäftsleute oder anderer Schicki-Mickis als Vorzeige- Alternativos, blieben die anderen, das Gros der Projekte, trutzige Wagenburgen und Notgemeinschaften in der Provinz oder im Kiez, verkrachte Existenzen mit wenig Geld und Hoffnung, aber viel Arbeit. Viel geschafft - aber nix gerafft?

Nix gerafft hat dabei aber wohl in erster Linie die gesamte organisierte und unorganisierte Linke, innerhalb und außerhalb von Projekten und Parteien. Der Konsens darüber, welche gesellschaftlichen Veränderungen zu wünschen sind, ist ins Schwimmen geraten. Ebenso die Vorstellung, was denn nun eigentlich wirklich selbstverwaltet ist.

Und ein Horx kommt selten allein. Kaum propagiert er das Ende der Alternativen, hat ein Dany auch schon den Zylinder auf dem immer noch roten Schopf, um bei Gruner + Jahr vorzusprechen und bei der Fuldaer Verlagsanstalt abzuschließen. Der in den 70er Jahren immer wieder beschworene Klassenbezug wurde nach Jahren der Ratlosigkeit neu beantwortet, im Schoß des „liberalen Kapitals".

Ferner denn je davon ab, „demnächst den Ökosozialismus ausrufen zu wollen" (wie es CONTRASTE noch 1986 von G.Behrens in seinem Buch zur anderen Ökonomie unterstellt wurde), bleibt lediglich zu konstatieren: Noch nie war es so schwer, zu unterscheiden, wo ein modernes Management mit „kooperativem Führungsstil" aufhört und „echte Selbstverwaltung" mit wirklicher Teilhabe eigentlich anfängt. Aber auch, ob die Projektarbeit in ihrer gesellschaftlichen Wirkung denn nun tatsächlich was bewegt oder lediglich Pazifizierungscharakter hat.

Perspektive 2000: Reinfall oder Rauswurf

Die Brüche in der Entwicklung der Alternativen werden den Brüchen in der Entwicklung der Gesellschaft entsprechen, zahlreiche Kurven werden bis ins Jahr 2000 zu kratzen sein. Hinter der Biegung des Flusses lauert der Reinfall in die 2/3 Gesellschaft ... selbstverwaltete Projekte, die sich dann nicht dazu hergeben, vorzuexerzieren, wie man/frau sich in Armut und Anstand selbstbeschäftigen kann, werden einfach hinausgeworfen, ab ins letzte Drittel.

Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit wirklicher Gegenmodelle. Die Zuspitzung sozialer und ökologischer Krisen und die zu befürchtende kulturelle Eindimensionalität und von Gleichschaltung durch neue Medien bewirkte demokratische Einödung werden Situationen hervorrufen, die nach Alternativen schreien.

In diesem Spannungsfeld zwischen verringertem Handlungsspielraum, aber größerem faktischen Bedarf wird die Selbstverwaltung sich behaupten müssen. Der Wert alternativer Arbeit bleibt neu zu bestimmen, inhaltlich wie materiell. Neue gesellschaftliche Entwicklungen erbringen auch neue gesellschaftliche Verantwortung ...

Vor diesem Hintergrund stimmen die Jubiläen dieses Jahres auch hoffnungsfroh: die JubilarInnen diskutieren wieder – bundesweit.

Neun Jahre UFA-Fabrik

Sigi Niemer

Redaktion Heidelberg
So langsam werden die Geburtstage zur Gewohnheit. Während die ersten, zweiten und fünften Jahrestage der friedlichen Inbetriebnahme von 1979 groß gefeiert wurden und mancher Politiker sich wunderte, ist die UFA-Fabrik inzwischen zum festen Bestandteil des Berliner Stadtbildes geworden.

Friedliche Inbetriebnahme

Eine Menge hat sich getan von dem Zustand der totalen Ungewißheit und Improvisation. Viele, die heute das Gelände betreten, kennen die Geschichte nicht und können sich die ersten Monate kaum vorstellen. In den wenigen bewohnbaren Räumen richteten wir Schlafräume ein, gekocht wurde auf offenem Holzfeuer im Hof, und alle Beteiligten arbeiteten fieberhaft daran, Freunden, Politikern und der Öffentlichkeit zu zeigen, wie wir uns die Verbindung Leben- Wohnen-Arbeiten-Freizeit vorstellten. Schutt und Müll wurden abgefahren, im großen Saal spielten Musik- und Theatergruppen, die ersten Workshops liefen an. Zahllose Briefe wurden geschrieben, Unterschriften gesammelt, wir zogen tingelnd durch die Kneipen, verteilten ca 25.000 Flugblätter und luden jeden zur Besichtigung ein.

Mit großer Unterstützung von Presse und Öffentlichkeit und nicht zuletzt aufgrund unserer bisherigen Arbeit in der Fabrik Kurfürstenstraße mußte der Senat unserem Vorhaben zustimmen, und nach 129 Tagen Besetzung schlossen wir einen dreijährigen Mietvertrag ab.

Dies war der erste wichtige Schritt. Nun begannen die Diskussionen über das Leben in der Kommune, wer wollte hier leben, wie wollten wir zusammenwohnen, die mögliche Nutzung der Räume und natürlich über den finanziellen Druck, denn niemand hatte größere Summen zur Verfügung. Wir organisierten pausenlos Veranstaltungen, richteten ein provisorisches Café ein und freuten uns über Geld- und Sachspenden, Farbe, Möbel, Baumaterial, Fahrräder. Der Kampf mit der riesigen defekten Heizungsanlage begann, die für unser Überwintern lebendsnotwendig war, und wir organisierten „Aktionstage", an denen Freunde uns halfen, die notwendigen Isolations- und Aufräumarbeiten zu bewältigen.

Zum Jahresende war alles klar: Der Schnee fiel, die Heizung heizte, und die Kommune hielt einen ersten Festschmaus in der frisch renovierten Küche. Der Alltag konnte beginnen.

Entwicklungen

Die Renovierung der Gebäude ist immer noch nicht abgeschlossen, doch viele Eimer Farbe sind geflossen, und inzwischen ist jeder Winkel des 18.000qm großen Geländes genutzt oder verplant. Viele Ideen haben wir verwirklicht, andere zurückgesteckt, manche verworfen und einige haben sich in unvorhersehbare Richtungen entwickelt. Doch eins ist klar, die Entwicklung innerhalb der UFA-Fabrik steht in engem Zusammenhang mit den allgemeinen Veränderungen um uns herum. Uns beeinflußten viele Ereignisse, die Diskussionen ums Netzwerk, die Gründung der taz, die Projektemessen in Frankfurt, die Hausbesetzungen in Berlin und die regelmäßigen Treffen und der Erfahrungsaustausch mit befreundeten Kommunen im Laien's Club.

Das Bestreben nach gesunder, vollwertiger Ernährung und den Aufbau einer Vollkornbäckerei mit Bioladen war 1981 viel weniger selbstverständlich als heute. Mittlerweile gibt es in Berlin fast in jedem Stadtteil solche Bäckereien und eine ständig steigende Nachfrage nach Bio-Brot.

Einige Handwerksbetriebe, wie z.B. Tischlerei, die wir einrichteten, arbeiten heute nur für unseren Eigenbedarf. Es gibt inzwischen viele qualifizierte Kollektive, die z.B. schlossern oder schreinern, und wir wollten nur einen Teil des grünen Fleckens zu einem Gewerbehof machen. Der UFA-Circus, anfangs von der Kommune als Freizeitspaß verstanden, entwickelte sich im Lauf der Jahre zu einem zentralen Bestandteil unseres Lebens, einerseits machte er durch seine Auftritte die UFA-Fabrik bekannter, andererseits trug er zum Lebensunterhalt bei und verschaffte den Akteuren gemeinsamen Spaß und Abenteuer.

Die Freizeitangebote in der Fabrik Kurfürstenstraße und in der UFA-Fabrik liefen jahrelang ehrenamtlich und kostenlos. Mittlerweile gibt es eine ganze „Workshop- Kultur" mit beruflichen Trainern. So sind auch wir dazu übergegangen, Honorare zu zahlen und Kursgebühren zu verlangen. Genügten vor einigen Jahren 500 kopierte Handzettel, um den Veranstaltungssaal zu füllen, gibt es mittlerweile ein so großes Kulturangebot in Berlin, daß heute schon Vierfarbplakate in der U-Bahn hängen müssen, um die Aufmerksamkeit des Publikums zu erregen.

Und schließlich - wer würde heute noch gern seinen Milchcafé auf einem klapprigen Gartenstuhl von 1979 schlürfen wollen, oder ein Musickonzert auf einer veralteten, übersteuerten PA? Die Ansprüche steigen, bei unseren Besuchern und natürlich auch bei uns.

Investition in die Zukunft

Der Abschluß eines Pachtvertrags über 35 Jahre - nach zähen Verhandlungen - hat unser Selbstbewußtsein für die zukünftige Entwicklung gestärkt. Denn niemand plant gern langfristig, wenn er befürchten muß, innerhalb eines halben Jahres gekündigt zu werden. Zwei wichtige Entscheidungen haben wir getroffen:

- Nach etlichen Jahren der absoluten Selbstausbeutung und des ständigen Gefühls, immer noch nicht genug zu arbeiten, wurde uns klar, daß die anfallende Arbeit von den Mitgliedern der Kommune nicht bewältigt werden konnte. Teilweise fehlten bestimmte Qualifikationen, die nötige Zeit oder die Motivation. Mittlerweile arbeiten regelmäßig ca 40 Leute in den verschiedenen Bereichen mit uns zusammen. Darüber erweitert sich ständig der Kreis derjenigen, die täglich in der UFA-Fabrik anzutreffen sind, und es entstehen viele neue Ideen und Impulse.
- Wir verzichteten nicht mehr grundsätzlich auf öffentliche Unterstützung. Das Bewußtsein, aus eigener Kraft aufzubauen, hat uns lange Zeit viel Selbstvertrauen, aber auch viele Schulden eingebracht. Daß wir es geschafft haben, ist bewiesen, wir arbeiten heute viel effektiver und umfassender als staatliche Kommunikationszentren - sofern sich da überhaupt Vergleiche anstellen lassen.

Die Stadt Berlin, auf den Wirtschaftsfaktor Tourismus ausgelegt, unterstützt ein breites Spektrum kultureller und sozialer Einrichtungen, so daß wir es nicht länger einsehen konnten, durch unsere Arbeit und private Schulden den Berliner Senat zu subventionieren.

Mittlerweile erhalten wir projektweise - keineswegs generelle - finanzielle Unterstützung für verschiedene Bereiche, z.B. Materialaufwand für Gründächer, Bewirtschaftungskosten für das Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum, einen Zuschuß für das Trans Europe Festival 88. Den Preis, den wir dafür zahlen, sind vor allem bürokratische Arbeiten, Anträge schreiben, zähe Verhandlungen führen, Abrehnungen bearbeiten. Einfluß auf die praktische Arbeit und Entscheidungen gibt es nicht, wir machen nach wie vor, was wir für richtig halten.

Leben in der Kommune

Heute zählt die Kommune 60 Mitglieder, 10 davon sind Kinder. Während die ersten Jahre vor allem durch die gemeinsamen Aktionen und den Aufbau bestimmt waren, ist dieses starke „Wir-Gefühl" heute mehr dem „Recht auf Privatleben" gewichen. Nach wie vor wird alles geteilt, gemeinsam gekocht und gegessen, gemeinsam gefeiert, trainiert oder Musik gemacht, aber jeder legt darüberhinaus Wert auf ein eigenes Zimmer, eigene Unternehmungen, private Athmosphäre, Abgrenzung gegenüber anderen. Das wöchentliche Plenum ist immer noch wichtigstes Entscheidungsgremium für übergreifende Fragen, mittlerweile haben wir uns daran gewöhnt, daß niemand in einem so vielfältigen Unternehmen den totalen Überblick haben kann. Viele Entscheidungen werden in kleinerem Rahmen, in den verschiedenen Arbeitsbereichen gefällt.

Ein wichtiger Aspekt unseres Zusammenlebens ist sicher, daß wir möglichst wenig feste Regeln (Es würde sich sowieso keiner daran halten) aufstellen und jedem die individuelle Art, die persönliche Entwicklung zugestehen, sein Leben, Beziehungen und Arbeit zu meistern. Gleichzeitig bietet das Zusammenleben ein hohes Maß an sozialer, finanzieller und menschlicher Sicherheit. Vor allem in schwierigen Zeiten, - Krisen, Krankheit, Beziehungsstreß - hält die Kommune dem einzelnen den Rücken frei, auch wenn er durch seine Probleme letztlich allein hindurchgehen muß.

Für die Kinder ist das Leben in einer Großfamilie anregend und freundlich. Spielgefährten in allen Altersstufen, ein riesiges Gelände zum Erforschen, Tiere, jede Menge Aktion und Aufregung bestimmen den Alltag. Schon von klein an haben sie direkten Zugang zu anderen Erwachsenen, die teilweise Pflichten und Freuden der Eltern mit übernehmen.

Und auch für die Älteren von 14 - 83 gibt es zahllose Möglichkeiten, sich weiterzuentwikkeln. Doch natürlich gibt es neben der ganzen Freude viel Streit, Stress, Probleme. Eifersucht, Neid, Konkurrenz, Habgier, Alltagssorgen, enttäuschte Freundschaften und Tratschereien gibt es bei uns wie überall sonst auch. Die ständigen finanziellen Sorgen lösen viele Spannungen aus, manchem wächst die Fülle der Ereignisse zeitweise über den Kopf. Aus den unterschiedlichsten Gründen sind einige in den letzten Jahren fortgegangen, andere sind dazugekommen. Das Netz von Freundschaften, familiären Beziehungen und Verbindungen wächst auf diese Weise und spannt sich größer und größer.

Uns interessiert es nicht, ob Alternativen modern und Kommune angesagt ist, wir haben gewählt. Neben allen Plänen gilt: Erwarte das Unerwartete, denn das wird uns weiterbringen.

In diesem Sinne grüßt die UFA-Kommune

Sigi Niemer

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Was soll der ganze Zirkus?

Interview mit Juppi von der UFA

CONTRASTE: Ja, 9 Jahre UFA, das ist ja auch irgendwie was Besonderes gewesen. Zusammen leben und zusammen arbeiten; das ist ja so die größte Kommune, die wir in unserem Lande haben.

Juppi: hm, hm.

Andere Projekte machen so anders arbeiten, anders leben, aber insgesamt ist auch – glaub ich – was gestorben in den 15 Jahren. Oder wie siehst Du das? Wie siehst Du die 15 Jahre im Rückblick?

Ich weiß nicht, ob was gestorben ist. Als wir 1972 anfingen, die Kommune zu gründen, war klar, was für 'ne Arbeit da auf uns zukommt. Andere Leute, die einen von außen so als diejenigen sehen, die sich jetzt in der Welt ihr Paradies aufbauen, daran habe ich nie geglaubt, weil wir ja auch alles Menschen sind, die ihre Umwelt gut betrachten. Wir wissen ja, daß wir hier in der UFA-Fabrik die gleiche Luft atmen wie z.B. auf der anderen Seite von der Viktoriastraße, also hier gegenüber. Deshalb gehen wir nicht blauäugig an sowas 'ran. Wenn Paradies, dann für alle.

Früher haben wir demonstriert, sind über die Straße gelaufen; heute kann ich bei uns im Café sitzen und mit Leuten über diese Probleme diskutieren und ganz gemütlich noch 'ne Tasse Kaffee dabei trinken.

Ihr wart schon immer 'ne Kommune mit vielen Betrieben, die auch ein Kulturprogramm geboten haben. Früher haben diese Betriebe die Kultur finanziert, ist das heute andersrum?

Das ist auch heute noch so. Warum sonst hat hier in Berlin der Kultursenator einen Etat von 450 Mio.; Kultur ist immer ein Zuschußprojekt, das kannst Du nicht in Geld umrechnen.

Es ist schlimm genug, daß, wenn man hier in der Stadt über Kultur redet, nur über Etats gesprochen wird und nicht darüber, was für einen Inhalt Kultur für die Gesellschaft überhaupt hat, was ja viel wichtiger ist. Die Kultur ist inzwischen so marode wie die Bundesliga auf der Fußballebene.

Wir haben ja immer auf 'ne große Vielfalt Wert gelegt; wir sind ja hier in der UFA-Fabrik wie so'n kleiner Staat. So 'ne kleine Gemeinde, sag ich lieber, damit niemand erschrickt. Und wir haben auch die gleichen Probleme wie die Stadt Berlin, die Verquickung zwischen Wirtschaft, Kultur, Unterwelt und was da so in der Stadt zusammenkommt.

So haben wir z.B. 1978 einen größeren Schwerpunkt auf die Umwelt gelegt. 1978 war hier in Berlin ein großes Umweltfest, was hauptsächlich von Selbstverwalteten Gruppen organisiert worden war.

Seither ist einiges passiert, leider nicht genug; aber der wichtigste Faktor sind die Erkenntnisse aus dieser Arbeit. Das alles ist nur möglich, die ganze Kaputtheit, diese achtlose Umgehen miteinander, weil wir keine aktive Kultur mehr untereinander haben, wo man eben lernen kann, wie man seinen Nächsten noch anständig behandelt. Wenn Du kulturell aktiv bist, mußt Du erstmal eine gute Athmosphäre schaffen, damit überhaupt neue Ideen entstehen. Wenn man sieht, wie heute Kultur verstanden wird in der Welt, ist es ganz schön nötig, massiv auf ihre gesellschaftliche Bedeutung hinzuweisen, nicht auf die Massenveranstaltungen.

Die Stadt Berlin macht ja inzwischen sehr viel für Kultur; speziell seid ihr ja auch in dem Programm „Kulturstadt Europas" mit aufgenommen...

Da machen wir eine unabhängige Arbeit...

...ihr macht 'ne unabhängige Arbeit. In der Szene geht das Gerücht um, die UFA sei praktisch vom Senat gekauft. Wir haben das von verschiedenen Leuten in Berlin auch gehört. Ich komm aus Nürnberg, wo auch viel für die Kultur gemacht wird, was ich ja gut finde. Vielleicht solltest Du einfach mal schildern, wie das mit dem Senat zusammenhängt, weil doch der Eindruck entstanden ist, daß ihr ganz kräftig vom Berliner Bären umarmt werdet.

Wir sind käuflich, aber nicht bestechlich: bei einer Eröffnungsfeier, wo Berlin repräsentiert wurde, haben wir teilgenommen, weil wir die Repräsentation nicht allein dem Senat überlassen wollen; sollen die denn mit dem Polizeiorchester auftreten? Also haben wir dort unseren Beitrag gebracht.

Wir haben schon 1985 einen Antrag gestellt, weil wir hier in der UFA ein Europäisches Künstlertreffen machen wollten. Der Antrag wurde bis 1988 'rausgeschoben. Wenn man so 'ne große Veranstaltung organisiert, das können wir nicht aus eigenen Mitteln machen, und da waren wir letztlich davon abhängig. Diese Mal ist es möglich, aber wir haben genau wie alle anderen freien Kulturträger hier in der Stadt 'ne ganz große Kritik, daß es dieses Riesenspektakel nur gibt, um „Berlin attraktiv zu halten".

Auch dieser Werkstattgedanke, daß mit Europäischen Künstlern zusammengearbeitet wird, ist für uns eine kontinuierliche Arbeit, die wir im Grunde vor 15 Jahren begonnen haben. Für uns fängt hier keine Arbeit neu an, z.B. sind wir seit 3 Jahren Mitglied im Verband „ Trans Europe Halles", das ist ein europäisches Netzwerk; wenn 1992 in Europa die Grenzen fallen sollen – wie es ja heißt – dann geht das nur, wenn vorher überhaupt ein Kulturaustausch stattgefunden hat, wenn Menschen sich geistig auseinandergesetzt und was zusammen gemacht haben. Nur dann kann sowas erfolgreich passieren, ansonsten ist das nachher nur ein Stück Papier.

Wir arbeiten nunmal auch so, daß Grenzen keine Bedeutung mehr haben sollen, und stellen uns darunter vor, daß alle, die da mitmachen – 13 europäische Länder sind beteiligt – wieder ein Stückchen mehr in Europa zu Hause sind. Das Geld vom Kultursenator ist nur ein Drittel von dem ganzen Etat für das Festival. Kannst Du mir mal sagen, wer ein 88 Tage-Festival für 400.000 DM macht? Wir müssen für alles das Risiko tragen. Das ist uns auch nunmal wichtig genug, weil das der Geist ist, wie es weitergeht, wenn sich kulturell aktive Menschen treffen.

Unser Theaterfest ist für uns kein Spektakel, nur damit ein paar mehr Touristen nach Berlin kommen, sondern kontinuierliche Arbeit. Wir legen Wert auf den Austausch mit unseren Freunden in Amsterdam, Barcelona, Bologna, Brüssel, Wien und Zürich. Auch aus dem Ostblock sind Gruppen dabei. Also dafür nutzen wir das und wir sind in der Lage, unabhängig unsere Sache zu organisieren...

Keine Beeinflussung?

...keine Bedingungen. Teilweise haben wir mit Mitgliedern, die vom Senat verantwortlich an E'88 arbeiten, gut kooperieren können. Trotzdem gilt natürlich unsere Kritik weiter, daß so einmalige Spektakel uns nicht weiterbringen.

Vielleicht nochmal inhaltlich zur Rolle der guten Kultur in der schlechten Welt. Bei den GRÜNEN fangen einige ja schon an, vom ökologischen Kapitalismus zu reden. Fangen jetzt die Alternativen an, einen alternativen Kulturimperialismus zu praktizieren? Gibt es eine Entwicklung zu alternativen Kulturpalästen?

Das sind so althergebrachte Kulturverständnisse, die aus einer Kultur resultieren, die praktisch nur mit Geld gemacht werden kann. Also für uns bedeutet das nicht – gerade was auch Europäische Kultur angeht – daß wir Paläste bauen, sondern daß wir uns von anderen Gruppen Anregungen holen und weitergeben.

Wir erschrecken nicht bei dem Wort „Freiraum", sondern wissen, daß Freiräume unbedingt notwendig sind, um eine Gesellschaft am Leben zu halten. Gerade bei einer Gesellschaft, die immer mehr Freizeit produziert, aber immer weniger Freiraum. Sowas gibt doch 'ne Explosion. Solche Freiräume halte ich für ungemein wichtig. Politiker in unserer Gesellschaft machen Abitur, gehen zur Uni, in eine Jugendorganisation, werden Abgeordnete, Minister. Die hören das Wort „Freiraum", kriegen fürchterlich das Zittern und schlagen drauflos, daß nichts mehr übrig bleibt. So etwas darf in der Gesellschaft einfach nicht passieren. Das ist zum Teil auch unsere Arbeit, aufzuklären...

Auch ein rechtsfreier Raum...

...Was heißt rechtsfreier Raum? Man braucht nicht zittern vor Freiräumen. Wir sehen den Begriff ganz anders. Das sind Räume, wo etwas Neues entsteht. Es gibt leider keine Kommunikation zwischen den Leuten, die in der Künstlerszene arbeiten und Politikern, die eben von all den Dingen keine Ahnung haben. Und diese Kommunikationslosigkeit beheben wir, indem wir frei heraus darüber reden, und das soll man uns bitte nicht vorwerfen. Letztlich hat dadurch die ganze Szene eine Vergünstigung, wenn man dann nachher nicht mit so Sturköppen zu tun hat, die alle keine Ahnung haben.

In dem Freiraum geht es dann auch um Alternativen, die gelebt werden sollen. Wie schaut das jetzt aus im wirklichen Zusammenleben? Nehmt ihr dann – cogito ergo sum – Jute statt Plastik? Auch vor dem Hintergrund der Krise der Alternativen: siehst Du die Krise auch bei Euch im Zusammenleben?

Ich sehe da im Zusammenleben, daß einem manchmal der öffentliche Rummel zuviel ist, durch den Mangel, daß man leider immer noch so einmalig ist. Aber Gott sei Dank hat man hier immer noch die Möglichkeit, sich zurückzuziehen. Und Jute statt Plastik war nie das, was wir uns vorgestellt haben. Wir haben einfach all die Jahre das gemacht, was für uns richtig war, und wovon wir geträumt haben. Schwierigkeiten gab's immer, Fehler haben wir immer gemacht, aber letztenendes geht es uns gut dabei.

Aber es ist doch irgendwie ein Rückzug in den Freiraum. Auch vor dem Hintergrund der ökologischen Krise und dem Sozialabbau. Stichwort Risikogesellschaft, wo auch die Wissenschaftler sagen, man kann das ja alles gar nicht mehr richtig steuern. Sind die Alternativen nicht praktisch das Eingeständnis, daß die Gesellschaft nicht geändert werden kann; dadurch, daß sie sich in den Freiraum zurückziehen und die Nachteile dieser Gesellschaft erdulden. Anders arbeiten, anders leben, heißt das z.B. auch: weniger arbeiten, mehr leben? Wie sind da Deine Erfahrungen?

Es ist auf jeden Fall ein Unterschied, ob ich für eine Sache arbeite, wo ich die Chance habe, über das Produkt zu bestimmen, mich und meine Träume zu verwirklichen.

Auf der anderen Seite verstehe ich Punks oder Leute, die hier nicht arbeiten wollen, unheimlich gut.

Ich brauch mir doch nur mal anzugucken, wie die Gesellschaft mit Alten umgeht. Wenn ich das als junger Mensch sehe, wie mein Ziel irgendwann ist, wo ich mein Leben lang geakkert habe, damit es anderen besser geht – und dann dermaßen in die Ecke gestellt werde, da habe ich volles Verständnis für die Leute, die hier keinen Bock haben, sich kaputt zu schaffen; für eine Gesellschaft, die weder mit der Geburt noch mit dem Tod umgehen kann.

Wie reagiert sie denn, die Gesellschaft, wenn einer 80 wird und nur Tschüss sagen will? Bei uns verabschiedet sich einer schon mit Umarmung, wenn er nur drei Tage nach Westdeutschland fährt. Und jetzt liegt einer da und sagt ein für allemal Tschüss. Dann denkt man doch, daß seine Freunde vorbeikommen, daß einer dann z.B. sagt: „Mensch, Willi, tschüss, mach's gut. Was wäre ich ohne Dich, ohne Deine Impulse."

Wie reagiert aber die Gesellschaft? Der kommt gleich ins Krankenhaus (wofür haben wir denn all die Jahre die Versicherung bezahlt), liegt da, kriegt 'ne Kanüle gelegt bis ins Herz; will nur tschüss sagen; und kriegt Speed gespritzt, ob er will oder nicht.

Da muß man sich doch überlegen, wie tief diese Gesellschaft gesunken ist, wenn unsere Alten beim Sterben schon Überstunden machen müssen, nur damit Bayer Leverkusen keine Arbeitsplätze verliert. – Und genau da muß man ansetzen, auch mit dem Bewußtsein, was Kultur ist. Ich fühle mich auf diesem Gebiet eigentlich erst am Anfang, auch wenn manch einer denkt, daß wir da schon einen großen Schwerpunkt haben.

Das Interview führten Ilona Volz, Kurt Regenauer und Dieter Poschen

9 JAHRE UFA- FABRIK

Januar 1976	Das Handwerkskollektiv (und Kommune) „Wir sind überall auf der Erde " und Freunde gründen die „Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk e.V." und mieten zwei Fabriketagen in Schöneberg. Damit ist ein Treffpunkt geschaffen, wo in den nächsten drei Jahren viele neue Ideen entstehen und umgesetzt werden. Ein vielfältiges Angebot an Gruppen in den Bereichen Kultur, Sport und Handwerk, Gesundheitsgruppen und die erste Lebensmittelkoop entstanden „Alternative Technik usw.
1./2.April 1978	großes Fest im Künstlerhaus Bethanien organisiert
4.Juni - 16. Juli 1978	erster Auftritt des Fabrikcircus 6 Wochen Umweltfestival Gelände Jafféstr. 6 Wochen gemeinsames Leben und Arbeiten in Zusammenarbeit mit vielen anderen, Musik, Theatergruppen, Ausstellung, Umdenken - Umschwenken, Alternative Technik, Gesundheitsschnecke...
9. Juni 1979	die Idee des Ökodorfs entsteht die Fabrik platzt aus allen Nähten - die Suche nach geeigneteren Räumen beginnt Friedliche Inbetriebnahme der ehemaligen UFA- Filmkopierwerke in Berlin- Tempelhof (Fabrik, Privatschulinitiative für eine Freie Schule ,Sozialhilfebund, IG Rock)
September 1979	Eröffnung Freie Schule Berlin
15.Oktober 1979	Abschluß eines 3-Jährigen Mietvertrages, halbjährl. Verlängerung mit dem Senat
12.November 1979	Aktionswochen mit vielen Freunden und Helfern Einrichtung Räume Freizeitbereich, Treffpunkt Cafe', Küche und Gemeinschaftsraum.Die Kommune richtet sich mit 45 Leuten ein. Fabriketagen der alten Fabrik an Ökodorf e.V. weitergegeben.
1980	erste Tournee des Fabrikcircus nach Westdeutschland Ausbau Haus 3 beginnt,Aufbau der Werkstätten für Platzarbeiten
7. März 1980	14 Jahre APO - Austellungen, Diskussionen,Musik, Theater
April 1981	der erste Meisterbetrieb - die Vollkornbäckerei legt los Laden wird eröffnet
5.Dezember 1981	Inbetriebnahme des Kinos Tradition des Geländes als historische Filmstätte wieder aufgenommen.
1982	Neujahrstreffen mit befreundeten Kommunen und Projekten, Beschluß, gemeinsame Zeitung herauszugeben und Zusammenarbeit zu verstärken
1.April 1982	erstes Erscheinen der Betriebszeitung, 14-tägig in der taz erstes Circuszelt gebaut (heutzutage bekannt als „Arena",Frankfurt) Anleiheaktion zur Unterstützung beim Aufbau und in standsetzung des Geländes, Aufbau der Werkstätten Wärmekraftkopplung Verhandlungen um neuen Mietvertrag beginnen
September 1983	Sattlerei und Täschnerei fängt als Lehrwerkstatt an
11.Juni 1983	das erste Freilichtkino in Berlin startet die Saison
1983	Internationale Bildungsstätte und Jugendgästehaus. Wiederentdekkung und -aufführung der Neuss-Filme Ufa-Circus und Veranstaltungen im Zelt am Mariannenplatz in Kreuzberg
1984	5 Jahre UFA großes Festivalprogramm
Dezember 1984	Start der 4 1/2-monatigen Circussaison „Das zweite Leben der UFA "
1985	Jahrelange Kontakte und Freundschaften der Kommunen führen zur Gründung des Verbandes „Laien's Club"
Juni 1985	Gastspiel des Circus in Bonn im Rahmen der Berliner Theaterwochen, im Herbst Saison im Zelt, Nationalgalerie Bau der ersten Gründächer auf dem Gelände Verhandlungen um Mietvertrag dauern immer noch an
Januar 1986	Umbau und Erweiterung der Internationalen Bildungsstätte und Jugendgästehaus
9.Juni 1986	Abschluß eines 35-jährigen Erbbaurechtsvertrages: Miete 12000 DM , 5 Mill. Grundschulden, Grunderwerbssteuer ca. 60 000 DM Abriß Haus 6
April 1986	regelmäßige Ausgabe UFAZ
Mai 86	Circussaison in Hamburg Eintritt in Trans Europe Halles, Netzwerk europäischer Kulturzentren
24.September 1986	neues Kinderprogramm Circus „Schwein gehabt" Kinderkinotage 2. Filmstudio (UFO 2) wird eröffnet. Gründach Gästehaus und Schule Ausbau; Kinderbauernhof
3.Dezember '86	nach 7 1/2 jähriger nicht subventionierter
Pressekonferenz 1987	Kulturarbeit Forderungen an den Kultursenat Circustournee Mannheim Ausbau neuer Räume für den Freizeitbereich
September 1987	Einweihung Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum Ausbau neuer Übungsräume im ehemaligen Filmbunker Aufbau Sambaschule „Terra Brasilis"
November 1987	erstes deutsches Sambafestival
Dezember 1987	erstes Kindercircus-Festival
Januar 1988	Rechtsstreit mit Ufa-Kino-Ketten-König
1988	Aufbau Kindercircusschule
9.Juni 1988	9 Jahre UFA- Fabrik „Trans Europe Festival" Eröffnung des 3 monatigen europäischen Theaterfestivals Ausstellung und Kongreß Trans Europe Halles
15.Juni 1988	zweites Kindercircus-Festival

DAS GELÄNDE DER UFA-FABRIK

1 Telefonzentrale
2 UFO I und UFO II
3 NUSZ - Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum
4 UFA-Werkstätten
5 Kunstwerkstatt
6 Kostümschneiderei
7 Studio für Tanz und Bewegung
8 Laden
9 Vollkornbäckerei
10 Dojo
11 Café Olé
12 Täschnerei
13 Freie Schule
14 Gästehaus
15 Circuszelt
16 Kinderbauernhof
17 Seminarraum
18 Saal
19 Freiluftkino
20 Freilufttheater
21 Sommerbar „Europa"
22 Proberäume
23 Pantomimeraum
24 Planung und Bau

Alles klar, Herr Kommissar?

Interview mit Karl Bergmann

CONTRASTE: 10 Jahre Krebsmühle - das Projekt heißt aber auch Arbeiterselbsthilfe. Vielleicht kannst Du mal vom damaligen Standpunkt aus beschreiben, was es war und was es heute mehr ist, als ein Gebäude für viele Betriebe.

Karl: Das, was damals war, war anders als jetzt. Wir waren eine Arbeitslosenselbsthilfe. Es gab die Idee, daß man in den einzelnen Stadtteilen Zentren macht, um unmittelbar bezogene Politik machen zu können.

Kulturelle Zentren?

Nee, das war 'ne Arbeit für die sozialen Ghettos, Sachen für Ausländer, Lohnsteuerberatung und sowas.

Und wie ist da die Krebsmühle draus geworden?

Da gab's halt 'ne Reihe arbeitsloser Jugendlicher, die mal kleine Brüche gemacht haben, dann im Knast gelandet sind, dann mal wieder kurz auf 'ner Arbeitsstelle, was aber auch nichts war, weil die ja auch nichts vernünftiges gelernt haben. Dann sind sie rausgeflogen, oft auch deswegen, weil sie den Leuten, die was von ihnen wollten 'n paar auf's Maul gehauen haben. Also ein ewiger Kreislauf. Daraus ergab sich eigentlich die Idee, wie ist das, wenn es diese Hierarchien nicht mehr gibt, d.h. wenn diese Bedingungen auch nicht einbezogen werden in die Arbeit. Das war der Begründungspunkt für die ASH. Von diesem Punkt aus bis heute gibt es eine ganze Menge von Einschnitten in den Entwicklungsprozeß. Der erste war schon ein halbes Jahr später als wir gemerkt haben, daß der Anspruch, einen eigenen Betrieb zu machen ohne eigenes Kapital und den Notwendigkeiten, die da drinstecken, sich nicht damit vertragen, in dieser Form Sozialarbeit zu machen.

D.h. es waren komplexere Vorstellungen einer anderen Kultur oder des Anderen Arbeitens notwendig als dieser Helfergedanke?

Wir haben uns dann nicht mehr Arbeitslosenselbsthilfe sondern Arbeiterselbsthilfe genannt und uns auf einen anderen Punkt der politischen Geschichte bezogen, weg vom Stadtteilansatz zur Betriebspolitik. Aus den Erfahrungen, die Du im normalen Betrieb machst, wenn Du versuchst, Politik zu machen, haben wir uns gesagt: okay, man macht das jetzt mal vor, daß das keine Spinnereien sind.

„1975/76 war das gerade so Mode"

Das waren aber dann keine arbeitslose Jugendliche, sondern eine Gruppe von Menschen, die versucht haben, ein Gegenmodell zu machen?

Wieviel Leute sich damals dazu entschlossen haben, das so mit dem Hintergrund zu machen, will ich jetzt nicht beschwören. 1975/76 war das gerade so Mode. Alternativ war inn und hieß für die meisten Leute erstmal, dann und das zu arbeiten, wann und zu was man Lust hat; sich rauszubewegen aus den normalen Zwängen der Gesellschaft. Also das Motiv, da mitzumachen, war nicht einheitlich.

Hat sich dann im Laufe der Zeit aber wohl mehr vereinheitlicht? Ihr seid ja dan irgendwann in die Krebsmühle gegangen.

Wir haben uns dann darauf konzentriert, einen betrieblichen Aufbau zu machen. Das hieß also, ein bestimmtes anderes Element ist schwächer geworden oder teilweise ganz auf der Strecke geblieben. Es war eigentlich eine stringente Entwicklung dahin, professionell mit dem Leben umzugehen, wobei andere Aspekte hinten runter gekippt sind.

Wo stehen die Betriebe? Stehen sie gut da?

Es ist nach wie vor die Situation, daß es nicht gesichert ist, daß es weitergeht. Obwohl ich meine, daß es sich gut entwickelt hat und das es ein gut geführtes Unternehmen ist.

Seit wann arbeitet ihr mit dem professionellen Anspruch?

Schon immer arbeiten wir mit dem professionellen Anspruch; die Frage ist, wann Du den realisierst. Eigentlich mußt du die Situation herstellen, wo jemand, der jetzt noch irgendwo schafft und unter irgendwelchen Bedingungen lebt, sagt, so isses ja besser zu leben. Der Anspruch ist eigentlich erst dann erfüllt, wenn das jemand nicht aus der Notlage heraus tut, sondern sich sagt: ich habe hier zwar einen gutbezahlten Job, aber die Art und Weise, wie ich gezwungen bin, zu arbeiten, macht mir überhaupt keinen Bock mehr, ich möchte mein Know-How in diesen Zusammenhang 'reinbringen.

Das erfordert natürlich mehr als eine ökonomische Vernetzung; auch politische und kulturelle. Sowohl unter den einzelnen Betrieben hier auf dem Gelände, als auch mit anderen Betrieben.

Ein bestimmtes anderes Element ist schwächer geworden

Die Tatsache, daß wir unseren Betrieb in einzelne Bereiche aufgeteilt haben, hat ja eigentlich nur damit zu tun, wie man Selbstverwaltung im größeren Zusammenhang umsetzt, ohne zu neuen Herrschaftsformen zu kommen. Es bleibt ja ein Betrieb. Geländebezogen ist die Zusammenarbeit von daher keine Frage. Bei anderen Betrieben ist es manchmal leichter, mit bürgerlichen auf einer bestimmten, intensiven Ebene zusammenzuarbeiten als mit einem anderen Alternativbetrieb. Wegen der nötigen Verbindlichkeit. Eigentlich keine sehr schöne Erfahrung.

Andere Betriebe werden Dir auf dem Markt als Konkurrenz begegnen. Führt das nicht dazu, daß man sich doch ganz schön in das System einrichtet? Hubert Kleinert sagt ja z.B. auch, die bürgerlichen Betriebe müssen lernen, ökologische und soziale Bilanz zu führen. Glaubst Du, das kann in die Richtung gehen, daß sich - vielleicht kein ökologischer - aber ein alternativer Kapitalismus zusammenwachsen läßt?

Ich will das nicht ausschließen, aber erstmal wüßte ich nicht, warum das eine zwangsläufige Folgerung wäre. In einem Entwicklungsprozeß von mehr als zehn Jahren hast Du einfach auch eine bestimmte Entwicklung in der Gesellschaft um dich herum, die das, was im Betrieb möglich ist durch äußere Bedingungen bestimmt. Es sind ja Trends, Wellen von Aufnahmefähigkeit für solche Ideen und im Moment hat das äußere Umfeld mit dem Gedanken Selbstverwaltung nicht besonders viel zu tun.

Die Frage ist aber nicht eine situationsbezogene, sondern eine prinzipielle. Ist es unmöglich Markt und Alternativen so zusammenzubringen, daß sich das rechnet, was besondere ökologische und soziale Anstrengungen erfordert? Konkurrenz heißt ja doch, daß Dinge unterbleiben, die sich in einer ganz anderen Art und Weise auszahlen als in einem Ertrag, die aber zunächst einmal was kosten.

Jetzt kommst Du auf ein Gleis, wo wir uns schwertun. Ich sage auch nicht, daß es gut ist, so wie es bei uns ist. Tatsache ist aber, daß bei uns ökologische und andere Fragen nicht die große Rolle spielen. Im Zentrum der Diskussionen, wenn's denn welche gibt, steht die Arbeitsorganisation.

Ihr versucht, hier einen Kulturbetrieb zu unterhalten. In Oberursel gibt's dafür keine Zuschüsse. Das zahlt ihr doch letztlich mit eurer Armut. Muß man da unter dem Strich nicht doch sagen, daß eine soziale Ausrichtung mit der bestehenden marktwirtschaftlichen Verfaßtheit schlecht zusammengeht?

Da das Geld weder von der Stadt, nocht aus dem Bereich kommt, tun wir das eben über die Betriebe. D.h. gedacht ist das so: wo gehn die Gewinne hin? Und das ist eigentlich eine Antizipation dessen, was wir machen wollen, weil: wir haben nocht keine Gewinne. Da häufen sich dann irgendwann Schulden auf.

„Kollektives" oder „kooperatives" Management?

Mit anderen Ansprüchen - Selbstverwaltung, kollektives Betriebsmanagement - ist es doch ähnlich. Daß es eben auch zunächst mal Aufwand und Zeit kostet, was eine mindere Konkurrenzfähigkeit bedingt, wenn man sich auf dem Markt durchsetzen muß.

Das halte ich für eine falsche These. In einem Betrieb, in dem so gearbeitet werden kann, daß der einzelne sich wohlfühlt und das kann er nur, wenn er 1. seine Arbeit überblickt, 2. einen weitgehenden Freiraum dafür hat, wie er seine Arbeit gestaltet und 3. kreativ werden kann - also in dem Maße wie das passiert, arbeitet man produktiver.

Aber das machen traditionell verfasste Betriebe ja inzwischen auch, daß sie sagen, sie brauchen ein kooperatives Management. Wo ist da 'ne scharfe Trennungslinie zu ziehen?

Moment, wenn Betriebe kapitalistischer Herkunft auch mit ganz klaren Interessen diesen Weg gehen, weil sie merken, daß das produktiver ist, ist das erstmal nicht zu verurteilen. Die haben sich was abgeguckt, was in Ordnung ist und den Leuten ihr Los leichter macht. Nur wenn das hier passiert, dann ist das nicht der Zweck der Geschichte, d.h. der Effekt steht ja hier nicht im Vordergrund. Man macht hier nicht möglichst viel Selbstverwaltung wegen dem Profit. Nur ich entgegne Dir, wenn Du sagst, Selbstverwaltung bedeutet auf jeden Fall unproduktiver.

Inwieweit führt ihr hier in der Krebsmühle auf euren Plena noch Diskussionen, wie sich z.B. die Rahmenbedingungen, System und Gesellschaft verändert haben? Und wie wird euer Wunsch, die Gesellschaft zu verändern, verfolgt?

Ja, ja, ich weiß; is schon verrückt. Dieser Betrieb ist anders als andere. Das, was wir gemacht haben - wir sind kein Übernahmebetrieb - aber gehn praktisch anders rum den Weg dahin. Der Großteil der Belegschaft hier sind Leute, die normalerweise in einem normalen Betrieb am Fließband stehen würden. In diesem Zusammenhang führst Du nicht, wie das ja früher der Fall war, solange das noch mehrheitlich Intellektuelle waren - diese Art Diskussionen. Du beschäftigst Dich mit den direkt unmittelbar praktischen Notwendigkeiten, um Konflikte, die anstehen, Rechnungswesen, Ausbau, Gelände, all das sind Themen, die auf den Plena vorherrschen.

Und Du als Person? Ich muß schon sagen ... ich kenn Dich von früher, z.B. von der Projektmesse oder anderen Veranstaltungen. Jetzt hockst Du am Computer und hackst rum; bist Du mehr so ein Einzelgänger geworden?

Ich habe mich aus dem Showgeschäft erstmal zurückgezogen, wie ich schon oft genug gesagt habe. Ich finde, es ist zuviel Show, zuviel Vorführen dabei, wenn Du Dich - mein letztes Schlüsselerlebnis - auf einem Podium, in diesem Fall bei der SPD, wiederfindest und zu irgendeinem Thema was sagen sollst, und Du eigentlich weißt, die Leute interessiert das eigentlich gar nicht. Die wollen eben nur diese Show und das ist eben viel zu oft passiert. Ich sehe viel zu oft immer dieselben Leute immer dieselben Sprüche kloppen, als daß mir das noch irgendwie interessant erschiene. So in dieser Art bestimmt nicht mehr.

Danke, is im Kasten.

Das Interview führte Kurt Regenauer

13 Jahre ASH – 10 Jahre Krebsmühle

Chris Schröter

Um die Arbeiterselbsthilfe Krebsmühle ist es in der Öffentlichkeit leise geworden, aber es gibt sie noch. Wir sind älter und jünger, ruhiger und unruhiger, fort- und rückschrittlicher, mehr und weniger geworden - alles nebeneinander: wir bewegen uns noch, nur nicht mehr so laut. Spätestens seit dem Jahr 1984 (Projektemesse in der Krebsmühle) hat sich auch bei uns die Hoffnung auf den Beginn einer vitalen, entwicklungsfähigen Selbstverwaltungsbewegung gelegt; die Beziehungen der Kollektive hier, im hessischen Raum, wurden immer weniger heftig, und die - langerkämpfte - Gründung des südhessischen Verbandes der selbstverwalteten Betriebe zeigte endgültig, daß es - wenn überhaupt - nur einen gemeinsamen Nenner gab: die Staatsknete.

Zudem konnten wir nur sehr schwer damit umgehen, nun endlich gesellschaftlich akzeptiert zu sein, auch wenn diese Tatsache das Erreichen eines gesetzten Etappenzieles bedeutete. Wir konnten und können nichts damit anfangen, weil wir keine gemeinsame gesellschaftliche Utopie haben.

Vom „kleinen Selbstverwalter" zu den „neuen Unternehmern", so die Unkenrufe unserer Kritiker; und tatsächlich haben unsere Betriebe in manchen Bundesländern (einschließlich West-Berlin) eine bessere Lobby als kleine bis mittlere Handwerksbetriebe.

Dennoch haben wir in unseren Betrieben eine historische Erfahrung einsetzen können, die uns grundsätzlich von anderen Betrieben unterscheidet: eine wichtige Grundlage aller gesellschaftlichen Konflikte ist die Möglichkeit des Privateigentums an Grundbesitz und Produktionsmitteln, und die Möglichkeit der persönlichen Bereicherung an der Arbeit anderer. Daß diese Möglichkeiten in unseren Betrieben tatsächlich nicht bestehen - und sich auch nicht werden entwickeln können - ist Grund genug, unsere Betriebe weiterzuentwickeln. Es hat sich auch gezeigt, daß es auf der Grundlage dieser Moral der kollektiven Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und alle anderen kollektiv geschaffenen Werte tausende von unterschiedlichen Formen gibt, betriebliche und gesellschaftliche Verhältnisse zu organisieren. Und heute scheint auch das Konsens zu sein: Selbstverwaltung ist keine betriebliche oder gesellschaftliche Organisationsform, sondern eine Grundlage (Moral, Ethik) auf der sich undogmatische und vitale Organisationsformen entwickeln können. Diese Erkenntnisse für sich genommen machen aber auf Dauer nicht glücklich, wenn sich mit ihnen nichts bewegen läßt. Und in der Linken gibt es schon länger keine Ansätze mehr, etwas nach vorne zu bewegen, und in der Krebsmühle sieht es auch nur da anders aus, wo es unmittelbar den Betrieb betrifft, und da vorrangig das, was den Betrieb in wirtschaftlicher Hinsicht betrifft. Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der letzten drei, vier Jahre ist an uns nicht spurlos vorbeigezogen; wir leben in/mit einer Art Dauerkrise, wirtschaftlich und somit auch sozial, und wir sind auf halbem Weg, uns darin einzurichten. Die Mühen unserer Täler haben uns aber auch in die Lage versetzt, diese Täler recht genau kennenzulernen - Grundlage dafür, aus ihnen auch wieder herauszukommen.

Eines ist jedenfalls klar: auf längere Zeit wird sich von uns kaum Eine/r in der Krise einrichten, denn Stillstand kann tödlich sein und ein Betrieb als Selbstzweck läßt nun doch zu viele Wünsche offen ...

Zum Stand der Krebsmühle heute (Stand: Juni 1988)

Die Krebsmühle wird heute von 6 Betrieben bewirtschaftet, davon zwei Betriebe, die nicht unter den Oberbegriff „Arbeiterselbsthilfe" zählen: zum einen „Publik Forum" ein Verlag mit katholischer Vergangenheit und ökumenischer Zukunft, konfessionell und institutionell unabhängig und mit fortschrittlichem In- und Outfit. Hier erscheint unter anderem auch die gleichnamige Monatszeitschrift mit ihrem breiten Leserforum, um die sich 15 Mitarbeiter kümmern. Zum anderen ist da die „ARGUK", Arbeitsgemeinschaft für Umweltkontrolle, ein Verein mit zahlreichen Mitgliedern, der in der Krebsmühle ein Umweltlabor zur Analyse von Umweltgiften betreibt (u.a. monatliche Meßreihen zur radioaktiven Belastung von Lebensmitteln), flankiert von einem Umweltbüro, über das sich Privatpersonen und Institutionen zum Thema Umweltgifte informieren und beraten lassen können. Hier arbeiten - auf die Woche verteilt - 6 Personen. Bleibt noch die ASH, heute vier eigenständige Betriebe, deren Eigenständigkeit durch die verschiedenen Sujets und der damit verbundenen unterschiedlichen Arbeits- und Wirtschaftsstrukturen begründet ist.

Der eine Teil ist der noch junge EDV-Bereich mit den Schwerpunkten Satz und Textverarbeitung und der Entwicklung von Software. Hier sind 10 Personen beschäftigt mit leicht steigender Tendenz. Der andere Teil ist der bekanntere, alte Teil der ASH, bestehend aus dem Ristorante (seit Februar '88 in der Hand des italienischen Teils der Belegschaft); der Laugerei (ebenso schon länger); der LKW- Besatzung (ebenso); dem Großhandel mit alten Möbeln und Accessoires; dem Einzelhandel auf gleichem Gebiet, eingeschlossen dem Handel mit Produkten aus anderen selbstverwalteten Betrieben und ökologisch unbedenklichen Materialien zur Bearbeitung und Pflege von Holz(-Möbeln etc:); dem Bereich (Möbel-)Restauration mit einem Schwerpunkt Innenausbau und Baurestauration, in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich „Ausbau", zuständig in erster Linie für die Erhaltung, Erneuerung und Verbesserung der Bausubstanz der Krebsmühle; dem Bereich Büro, Buchhaltung, Verwaltung, Geschäftsführung, in dem alle betrieblichen Daten zusammenlaufen, verwertet und aufgearbeitet werden zur Information und Steigerung der Entscheidungsfähigkeit des wöchentlichen Gesamtbetriebsplenums. Als einziger Nicht-Wirtschaftsbereich gilt unser „Theater in der Krebsmühle", die ArenA, mit wöchentlichen, wechselnden Theatervorstellungen und sonntäglichem Kindertheater. ArenA wird getragen (subventioniert) nur von den Betrieben der ASH und ist eigentlich unser „liebstes Kind", auf Grund des Verlustes eines guten Teils unserer eigenen Kultur aber heute fast zum Stiefkind geworden, zwar immer noch geliebt, aber halt nur noch mit Geld. Traurig, aber wahr und auf Dauer kein tragbarer Zustand, wenn wir unseren Kulturbegriff (welchen eigentlich?) noch halbwegs ernst nehmen können wollen.

Kleine Statistik

9 Bereiche mit 40 Vollzeitmitarbeitern und ca. 5 Teilzeitjobs;
Frauenanteil: ca. 25%
Ausländeranteil: über 40%
kinderlose Mitarbeiter: 40%
Altersdurchschnitt: über 33 J.
Betriebszugehörigkeit:
länger als 5 Jahre: 25%
länger als 10 Jahre: 15%
Löhne: sehr unterschiedlich, nach wie vor faktische Trennung von Lohn und Leistung, d.h. Bedarfslohn
Anteil am Betriebsvolumen:
Handel: ca. 25%
Dienstleistungen: ca. 80%
Davon im EDV-Ber.: ca. 25%
Rechtsform: GmbH mit 7 Gesellschaftern

Wir sind heute, nach 13 Jahren, von der Kommune übers Lebens- und Arbeitskollektiv zu einem multi-nationalen Arbeitnehmerbetrieb geworden, was ich für eine große Stärke und (für mich) Attraktivität dieses Betriebes halte.

Wir haben uns selbst in den vergangenen Jahren sehr weitgehend reglementiert und viele unserer sozialen Räume (und Räumlichkeiten) den vermeintlich (?) ökonomischen Notwendigkeiten geopfert. Jetzt müssen wir zusehen, daß unsere Phantasien wieder Platz bekommen, sonst wird's tödlich langweilig.

Unsere liebsten Kritiker sagen schon seit Jahren: „was? Ich denk, ihr seid alternatiieff!!?" - Ob wir manches hätten anders machen können? Aber sicher! Wir sind doch schließlich alternativ!

Der Theorie die Fragen

Der Praxis die Antworten

Mit Volldampf zurück ins Jammertal des alternativen Idealismus? Eine Antwort auf Harald Deerbergs Beitrag „Anders Wirtschaften oder Mut zur Theorie der Selbstorganisation"

Auf den letzten BUNTEN SEITEN der CONTRASTE (Frühjahr/Sommer '88) mißriet der „Muntermacher" Harald Deerberg zu einer Unmutsalve in Sachen Alternative und Selbstverwaltung. Unklar bleibt, ob dieser Artikel eher als eine Provokation gedacht ist oder ob im Wettern gegen die alternative „Theoriefeindlichkeit" und „verlogene Alternativmoral" sich eher eine gewisse Unfähigkeit zeigt, die selbst gestellten Fragen zu beantworten. Mindestens wird nicht ganz deutlich, wer denn der Adressat dieses Artikels sein soll.

Der aufmerksame Leser erfährt, daß es nun mit „Volldampf eine neue Richtung" anzugeben gilt und man/frau wartet gespannt auf Haralds neue, inhaltsvolle Einsichten. Doch außer einer schüchternen Andeutung, daß es mit der sozialistischen Revolution nun auch nicht mehr so weit her sei und daß das Ziel vielleicht in der Verknüpfung kommunaler Selbstverwaltung und Selbstversorgung mit verstaatlichten Produktionszweige liegt (auch nicht gerade eine neue und originelle Zielvorstellung), erfährt man/frau leider nur das, was der Autor alles beklagenswert findet.

Erstaunlich, denn Harald ist doch ein Praktiker, und ich hätte mir gewünscht, daß er in seinem Beitrag zur Theoriebildung der Selbstverwaltung auf seine eigenen Erfahrungen, Widersprüche und Erfolge der Mitarbeit in einem selbstverwalteten Betrieb eingeht.

Für mich stellt sich die Entwicklung der Selbstverwaltung keineswegs als eine „Aufweichung" hehrer Alternativideale dar, deren Träger der politische Anspruch verloren gegangen ist. Wenn die selbstverwalteten Projekte nicht so sind, wie das Ideal von ihnen und die Ansprüche an sie, dann heißt das für mich, daß vielleicht etwas an den Idealen und Ansprüchen mangelt. Es heißt weder, daß die Ansprüche noch die Haltung der Mitarbeiter prinzipiell falsch sein müssen. Die von Harald geforderte „realistische und ehrliche Analyse", die nicht auf einer moralisch-politischen Selbstdarstellung (Selbstüberschätzung?), fernab der Realität beruht, müßte meines Erachtens doch erstmal präziser benennen, welche Motive die Selbstverwalter bewegen, an welche Widersprüche sie dabei geraten und wie destruktiv und/oder konstruktiv sie damit umgehen.

Woher soll denn der „Mut zur Theorie der Selbstorganisation" kommen, wenn den Praktikern lediglich ihre Unzulänglichkeiten vorgeworfen und sie der kollektiven Verdrängung verdächtigt werden?

In welcher Weise die Mitarbeiter in den von Harald so ungeliebten lokalen Beschäftigungsinitiativen ganz „unverschämt" neue Wege in der Praxis der Selbstverwaltung gehen, zeigt der folgende Vorabdruck aus der Untersuchung des Forschungsprojektes „Arbeit und Leistung in lokalen Beschäftigungsinitiativen in der Region Bremen". Diese Studie wurde auf Initiative des Netzwerk Bremen in Kooperation mit Projekten und Unterstützung der örtlichen Arbeitsverwaltung an der Hochschule für öffentliche Verwaltung durchgeführt.

Herbert Effinger

Neue Formen der Selbstverwaltung

Zur Entwicklung und Problematik kollektiver Organisationsstrukturen in lokalen Beschäftigungsinitiativen

Red. Bremen Die Untersuchungsergebnisse der Bremen Studie über die Entwicklung und Problematik der Organisationsstrukturen in lokalen Beschäftigungsinitiativen zeigen ein Bild der Differenzierung der inneren Verwaltung von Projekten, die ihre Arbeit nach kollektiven und demokratischen Gesichtspunkten organisieren. Die konkreten Formen der Selbstverwaltung sind abhängig von dem jeweiligen Angebot des Projektes, seinem Tätigkeitsfeld, der Abhängigkeit von Markt und Staat, von der Anzahl der Mitarbeiter und dem Qualifikationsgefüge der Mitarbeiterschaft.

Projekte, in denen alle Mitarbeiter alles machen und entscheiden sind die Ausnahme. Neben den klassischen Strukturen freigemeinnütziger Vereine und von Kleinstbetrieben finden wir bei jenen Projekten, die ausdrücklich kollektive Ansprüche an die Arbeitsorganisation und die Bestimmung der Arbeitsinhalte stellen neue Typen der Selbstverwaltung:

Partnerschaftlich-homogene Selbstverwaltung
(Selbstverwaltung durch alle Mitarbeiter)

Die Mitarbeiter sind etwa gleich alt, haben eine vergleichbare, meist akademische Qualifikation und eine gemeinsame politische Sozialisation in den späten sechziger und siebziger Jahren erfahren. Das Projekt ist überschaubar und umfasst selten mehr als 8 Mitarbeiter. Sie bieten ein Produkt oder eine Dienstleistung auf dem Markt an, sind also überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert. Innerhalb des Projekts wird arbeitsteilig, aber mit einem geringen Grad der Spezialisierung vorgegangen. Ein Großteil der Arbeit wird im Rotationsverfahren verteilt. Wesentliche Entscheidungen werden nach dem Konsensprinzip getroffen. Die Mitarbeiter sind oft Unternehmer (Eigner) und Arbeitnehmer in einem und damit existenziell über das Beschäftigungsverhältnis hinaus in das Projekt eingebunden.

Partnerschaftlich-zentrierte Selbstverwaltung
(Selbstverwaltung nur durch den Mitarbeiterkern)

Es gibt einen Kern von relativ gleichaltrigen und gleich hoch qualifizierten Mitarbeitern. Ähnlich wie bei der partnerschaftlich-homogenen Selbstverwaltung verbinden sie mit der Projektarbeit politische und inhaltliche Überlegungen, die über den reinen Arbeitsprozeß hinausgehen. Die Basis dafür liefert eine politische Sozialisation in den späten sechziger und siebziger Jahren. Neben der Kerngruppe gibt es eine weniger verbindlich in das Projekt eingebundene Randbelegschaft. Dabei kann es sich um Mitarbeiter handeln, die auf Teilzeitbasis für besonders hoch qualifizierte oder eher minderqualifizierte Tätigkeiten eingestellt sind oder um Mitarbeiter, die zu saisonalen Spitzenbedarfszeiten tätig werden. Dazu gehören auch Projekte im Bereich Beschäftigung und Soziale Dienste mit einem hohen Anteil von Mitarbeitern/Klienten. Diese Randbelegschaften sind meist nicht in den Prozeß der Entscheidungsfindung integriert. In der Arbeitsverteilung gibt es einen höheren Grad der Spezialisierung, und das Rotationsverfahren wird im wesentlichen nur im Arbeitsbereich der Instandhaltung praktiziert. In den wesentlichen Arbeitsbereichen wird die Arbeit überwiegend nach dem Qualifikations- und Interessenprinzip verteilt. Die Projekte sind überwiegend oder bedingt erwerbswirtschaftlich orientiert.

Partnerschaftlich-duale Selbstverwaltung
(Selbstverwaltung durch bezahlte und unbezahlt/ehrenamtliche Mitarbeiter)

Es gibt zwei relativ gleichberechtigte Kerngruppen. Die eine besteht aus unbezahlt/ehrenamtlichen (meist nebenberuflichen), die andere aus bezahlten Mitarbeitern, meist auf der Basis von Drittmittelabhängigen und befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Die Gründung dieser Projekte geht vielfach auf die Aktivitäten und Entstehung einer Bürgerinitiative oder Selbsthilfegruppe zurück. Diese hat im Laufe ihrer Entwicklung das Angebot von Dienstleistungen entwickelt und teilweise professionalisiert. Es handelt sich bezüglich des Alters, der Qualifikation und der politischen Sozialisation um eine relativ homogene Gruppe. Wesentliche Entscheidungen werden auf Basis des Konsens- und Mehrheitsprinzip von allen Mitarbeitern gleichberechtigt getroffen. Das Rotationsverfahren wird wenig praktiziert und die Arbeit wird überwiegend nach dem Qualifikations- und Interessensprinzip auf dafür speziell beschäftigte und kompetente Mitarbeiter verteilt. Die Projekte sind überwiegend nicht erwerbswirtschaftlich orientiert und die Abhängigkeit der Mitarbeiter bleibt entweder auf ein bestehendes Beschäftigungsverhältnis oder auf die Haftung im Rahmen von Vorstandsfunktionen beschränkt.

Die Projekte haben im Laufe ihrer Entwicklung und Konsolidierung immer mehr den Charakter einer Initiative verloren und sind bei einem nachlassenden Einfluß bzw. eines nachlasenden Engagements der Gruppe der unbezahlt/ehrenamtlichen Mitarbeiter immer mehr auf dem Wege zur vollprofessionalisierten Dienstleistung (z.B. Beratungsprojekte, Arbeitslosenzentren, Spielplatzinitiativen u.ä.)

Partnerschaftlich-hierarchische Selbstverwaltung
(Selbstverwaltung nur durch die unbezahlt/ehrenamtlichen Mitarbeiter)

Unbezahlt/ehrenamtliche Mitarbeiter des Projektes bilden die eigentliche Kerngruppe - auch wenn sie nur wenige Wochenstunden mitarbeiten - bestimmen die Politik des Projektes. Gegenüber „ihren" bezahlten Mitarbeitern (Angestellten) erfüllen sie weitgehend Arbeitgeberfunktionen mit Weisungsbefugnis. Den bezahlten Mitarbeitern wird die Umsetzung bzw. Ausfüllung der Entscheidungen übertragen, sie sollen diese im Rahmen ihrer Qualifikation und Kompetenz realisieren. In diesem Rahmen steht ihnen mehr ein Mitsprache- denn ein Entscheidungsrecht zu. Kollektiven Strukturen der Entscheidungsfindung und Arbeitsteilung, auf der Basis der gleichberechtigten unbezahlten/ehrenamtlichen Kerngruppe, werden mit der eher traditionell-hierarchischen Organisation des Dienstleistungsangebots verbunden. Diese im eigentlichen Sinne nicht erwerbswirtschaftlichen Projekte sind an einem hohen Eigenbedarf oder speziellen politisch-sozialen Interessen unbezahlter? Mitarbeiter ausgerichtet. Man findet diese Form der Selbstverwaltung insbesondere im Bereich Kindererziehung, (Eltern-Kind-Gruppen), Soziale Dienste und Ökologie/Politik (gering professionalisierte Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen). Die Mitarbeiterschaft ist relativ heterogen zusammengesetzt und die Unterschiede in Alter, Qualifikation und politischer Sozialisation sind meist größer als bei den vorher beschriebenen Typen der Selbstverwaltung.

Kooperativ-partielle Selbstverwaltung
(Selbstverwaltung zwischen und durch Einzelpersonen und/oder einzelnen Projekten)

Dies ist sozusagen die „Hausgemeinschaft" unter den Selbstverwaltern.

Selbständige und Freiberufler sowie kleine Projekte schließen sich partiell zur Nutzung gemeinsamer Räumlichkeiten (z.B.: als sogenannter Werk- oder Gewerbehof) und Produktionsmittel zusammen. Teilweise kooperieren sie auf dem Gebiet von Werbung und Marketing, organisieren also gemeinsam die Vermarktung ihrer Waren und Dienstleistungen. Einige nutzen gemeinsam Datenbanken und EDV. Alter und Qualifikation der an der Kooperation Beteiligten können gleich oder ähnlich sein, sind aber keine besonderen Wesensmerkmale. Obwohl viele Mitarbeiter aus soziokulturell unterschiedlichen Milieus kommen, ist allen jedoch der Wunsch gemeinsam, die Vorteile kooperativ-kollektiven Handels auf der Basis weitgehend individueller Haftung und Verantwortung zu nutzen. Die so kooperierenden Kleinstprojekte, Ärzte, Rechstanwälte, Psychotherapeuten, Pädagogen, Handwerker, Berater, Kunst- und Theaterschaffende behalten grundsätzlich ihre ökonomische Selbständigkeit und Autonomie. Nur das, was für die Nutzung des gemeinsamen Raumes oder Gegenstände und Vorhaben erforderlich ist, wird auf der Basis eines kollektiven Entscheidungsverfahrens im Konsensverfahren abgestimmt. Die für die Verwaltung der Kooperation notwendigen Arbeiten werden im Rotationsverfahren reihum verteilt, während in den Teilprojekten das Qualifikations- und Interessenprinzip dominiert.

In die kooperativ-partielle Selbstverwaltung sind überwiegend erwerbswirtschaftlich orientierte Partner (Kleinstprojekte und Einzelpersonen), auf der Basis einer Beteiligung am Projekt oder Kooperationskapital, einbezogen.

Die kooperativ-partielle Selbstverwaltung könnte für viele Bereiche und Projekte eine zukunftsträchtige und entwicklungsfähige Alternative gegenüber einer allzu eng verfaßten und teilweise weniger flexiblen, partnerschaftlich-homogenen Selbstverwaltung darstellen. Diese Form scheint geeignet, auch „Einzelunternehmen" oder freischaffende Dienstleister an den Vorteilen der Kooperation und kollektiver Verantwortung und Interessenvertretung teilhaben zu lassen. Dabei kann ein höheres Maß an individuellem Gestaltungsspielraum ermöglicht werden.

Insgesamt muß man jedoch feststellen, daß es kein für alle Projekte in allen Arbeitsbereichen und Projektgrößen gleich geeignetes und ideales Organisationsmodell gibt. In allen Projekten und in allen Bereichen werden mehr oder weniger starke und effektive Bemühungen unternommen, einen möglichst optimalen Kompromiß zwischen individueller und kollektiver Verantwortung, zwischen Vor- und Nachteilen horizontaler und vertikaler Arbeitsteilung und Entscheidungsfindung zu erreichen. Obwohl viele Dienstleistungseinrichtungen und Betriebe mit dem Anspruch nach Demokratisierung des Arbeitsprozesses und Beseitigung entfremdeter Arbeitsbedingungen entstanden sind, rücken einige anscheinend immer mehr von sehr starren Prinzipien in der Arbeitsorganisation und Entscheidungsfindung ab. Zwar bleiben die egalitären, auf gleiche Arbeitsverteilung und Beteiligung am Projekt gerichteten Prinzipien (Rotation und Konsens) in ihrer demokratischen Wirkung als positive Momente grundsätzlich unbestritten, jedoch entstehen bei einem unflexiblen Umgang mit solchen Prinzipien Nachteile und Behinderungen, insbesondere wenn die Unterschiede der einzelnen Mitarbeiter in ihrer jeweiligen materiellen Einbindung, ihren speziellen Interessen und Kompetenzen sowie den sonstigen und zeitlichen Lebensumständen nicht oder kaum berücksichtigt werden. *)

Schaffen es die selbstverwalteten Projekte nicht, einen Kompromiß zwischen ihren internen Ansprüchen auf demokratische Arbeitsorganisation und externen Ansprüchen bezogen auf Arbeitseffizienz und -qualität sowie eine weitgehende Kundenorientierung herzustellen, kann sich die Selbstverwaltung als eine vergleichsweise zeitaufwendige Form der Projekt- und Arbeitsorganisation kontraproduktiv zu den eigenen Zielen zeigen. Es geht für die Projekte also darum, ein Gleichgewicht herzustellen, das geeignet ist, negative Auswirkungen, die durch selbstverwaltete Strukturen entstehen können, möglichst zu begrenzen oder auszuschließen. Gefahren durch miteinander konkurrierende Zielsetzungen und im Ergebnis kontraproduktive Auswirkungen im Rahmen selbstverwalteter Projekte sehen wir insbesondere auf folgenden Ebenen:

Selbstbezogenheit und Abschottung nach außen

Das Rotations- und Konsensverfahren setzt eine überschaubare Gruppe von gleich eingebundenen Mitarbeitern voraus. Diese Gleichheit nach innen kann tendenziell mit einer Ungleichheit nach außen einhergehen und damit zu einer Art Abschottung gegenüber den „Ungleichen" von außen führen. Diese Gefahr besteht stärker in den nicht erwerbswirtschaftlichen Projekten, da es hier eher als in den erwerbswirtschaftlichen zu einer typischen Verknüpfung von Erwerbs- und Eigenarbeit, von bezahlter und unbezahlter Beschäftigung kommt. Die vielfach aus Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen hervorgegangenen nichterwerbswirtschaftlichen Dienstleistungsprojekte sind zu Beginn ausschließlich durch unbezahltes Engagement getragen worden. Im Laufe ihrer Entwicklung haben sie sich professionalisiert und einen Großteil der Arbeit auf bezahlte Mitarbeiter herausgebildet. Mitarbeitern und Interessenten, die nicht zum Kern des Projektes gehören, wurde es immer schwerer, sich in die Arbeit zu integrieren. Neue und Außenstehende können oft nur sehr schwer Zugang zu der 'eingeschworenen Gemeinschaft' des Mitarbeiterkerns finden. Außerdem fehlt oft eine klare Kompetenzverteilung mit entsprechenden Anleitungs- und Führungsrollen sowie durchschaubare Kommunikationsstrukturen und -wege. Wenn auch die Selbstverwaltung im Innenverhältnis des Projektkerns funktioniert, so kann sich doch ungewollt ein professionalisierter Expertenkern herausbilden, der die Verbindung zum Umfeld, zu den Kunden, den „Neuen" oder den unbezahlt/ehrenamtlichen Mitarbeitern immer mehr verliert. Eine solche Tendenz widerspricht dann dem für diese Projekte an sich typischen Charakter (Ziel) der Aufhebung bzw. Begrenzung von Expertenmacht und Öffnung gegenüber den Nutznießern des jeweiligen Angebots.

Harmonisierungsdruck und Abschottung nach innen

Selbstverwaltung auf der Basis einer relativ starren Anwendung des Rotations- und Konsensprinzips kann leicht zu einem indirekten bzw. informellen Harmonisierungsdruck führen. Dieser Harmonisierungsdruck trägt dann eher zur Ausprägung weniger offener oder ausgeprägt doppelschichtiger Projektstrukturen nach innen bei, in deren Verlauf die Dynamik und die Motivation der einzelnen Mitarbeiter verloren gehen können und ihr innerer Rückzug die Folge sein kann.

Die Effektivität und Qualität der Projektarbeit kann darunter Schaden nehmen.

Da man grundsätzlich die Vor- und Nachteile der Arbeit gleich verteilen und zu einvernehmlichen Entscheidungen kommen will, kann es für die einzelnen Mitarbeiter schwierig sein, extreme Meinungen einzubringen oder gewagte Lösungsstrategien vorzuschlagen, von denen man mit Sicherheit annehmen kann, daß sie nicht konsensfähig sein werden und den ein oder anderen zeitweilig benach- oder bevorteilen. Eine für die Existenzfähigkeit des Projektes teilweise durchaus sinnvolle Risikobereitschaft kann so gedämpft und das Experimentieren mit unkonventionellen Verfahren verhindert werden.

Ein vor dem Hintergrund sehr divergierender Vorstellungen erzielter Konsens birgt die Gefahr der Konservierung und des Festhaltens an einmal gefaßten Beschlüssen, weil sonst der mühsam hergestellte Kompromiß und die damit verbundene „Harmonie" gefährdet wären. Die Abkehr von diesem Konsens kann zu neuen, unkalkulierbaren Auseinandersetzungen in dem Kollektiv führen und das zerbrechliche Macht- und Gruppengefüge durcheinanderbringen.

Verdeckte Konkurrenz und informelle Hierarchie

Der Harmonisierungsdruck kann deshalb auf der anderen Seite Formen der verdeckten Konkurrenz und informellen Hierarchie begünstigen. Die unterschiedlichen Vorstellungen über die angemessensten Lösungswege bleiben meist auch nach Herstellung des Konsenses fortbestehen. Wenn nun die durch den Konsens erzielte „Lösung" sich als wenig oder nicht rechtzeitig wirksam zeigt, dann kann es leicht zu unterschwelligen Machtkämpfen und Konkurrenzen führen. Da das offene Infragestellen des Konsenses leicht als störend empfunden wird, kann es passieren, daß sich die jeweiligen Kontrahenten in verdeckter Weise Verbündete suchen und damit die Konflikte um bereits bestehende informelle Hierarchien eher verstärken oder gar erst hervorrufen. Wer über den kollektiven Tellerrand hervorragt, riskiert es dann, negativ sanktioniert zu werden. Der so aufrechterhaltene Projektkonsens erweist sich oft als ein schlechter Kompromiß, der zwar keinem direkt wehtut, aber auch keinem so richtig nutzt - auch und gerade dem Projekt nicht. Probleme und Konflikt mit vorhandenen Unterschieden in Kompetenz und Motivation einzelner Mitarbeiter und darauf aufbauende informelle Hierarchien werden dann nicht wirklich gelöst, sondern als Dauerbrenner in den Projektalltag installiert und ausgesessen. Der mit der Entstehung von lokalen, selbstverwalteten Beschäftigungsinitiativen oft verbundene Anspruch nach Entwicklung neuer, menschlicher und offener Verkehrsformen kann so nicht realisiert werden.

Fortsetzung auf Seite 13

Von der Studentenbewegung zum Selbstverwalteten Betrieb

Red. Heidelberg Die nachfolgende Darstellung gibt einige Ergebnisse des Forschungsprojektes zur Strukturanalyse Selbstverwalteter Betriebe in Hessen wieder, das von den Verbänden und Projekträten der hessischen Selbstverwalteten Betriebe unterstützt und vom Hessischen Wirtschaftsministerium finanziert wurde. Befragt wurden Betriebe, die die Haupteinkommensquelle für mindestens drei Personen und dem eigenen Selbstverständnis nach selbstverwaltet sind. Zum Befragungszeitraum (2. Hälfte 1986) exstierten 260 solcher Betriebe in Hessen, von denen 244 an der Befragung teilnahmen. Insgesamt waren dort 1.873 Personen, davon 828 Frauen beschäftigt. Die durchschnittliche Kollektivgröße lag bei ca. 8 Personen. Der Gesamtbericht erschien im Juni 1988 mit dem Titel: „Fast wie im richtigen Leben - Strukturanalyse Selbstverwalteter Betriebe in Hessen", im Focus-Verlag, Gießen.

Frank Heider
Margreth Mevissen
Burkhard Bluem

Die ersten, noch heute existierenden Selbstverwalteten Betriebe in Hessen wurden in den Jahren 1965-68 gegründet. Es handelt sich um Verlage und Buchläden, in denen thematisch eng an den Diskussionen der Studentenbewegung orientierte Texte produziert, wiederaufgelegt und verkauft wurden. Daß sie selbstverwaltet waren, hing direkt mit den Ansprüchen ihrer damaligen Politik zusammen.

Die Studentenbewegung hatte mit der Thematisierung des gesellschaftlichen Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital eine zentrale Fragestellung der Arbeiterbewegung wiederaufgenommen. Anders als diese verknüpften die Studenten sozialistische Gesellschaftsentwürfe mit aktuelleren Vorstellungen kollektiver Emanzipation. Die gesellschaftlichen Gegensätze sollten jetzt und heute - und eben nicht erst nach der Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft - angegangen werden, woraus folgte, daß die Aufhebung dieser gesellschaftlichen Gegensätze auch zur Praxis der individuellen Lebensgestaltung werden sollte („das Private ist politisch"). Als ein Resultat des antiautoritären Protests jener Jahre entstand eine eigene Tradition demokratisch strukturierter, damals jedoch noch nicht als „selbstverwaltet" kategorisierter Betriebe. Mit der Abschaffung innerbetrieblicher Hierarchien wurde zwar der Versuch unternommen, den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital in diesem begrenzten Bereich aufzuheben, ohne daß jedoch dadurch dessen gesellschaftliche Ursachen beseitigt werden können.

Vom politischen Projekt zum Selbstverwalteten Betrieb

Richteten sich die Forderungen politischer Gruppen nach einer radikalen Veränderung des Wirtschaftssystems an die ganze Gesellschaft, so führt die Gründung von Betrieben zur Abhängigkeit von deren funktionstüchtigsten Integrationsmechanismus, dem Markt, dessen Existenz genau jene gesellschaftlichen Gegensätze aufrecht erhält, deren Abschaffung gefordert wurde.

Primat der Politik versus Primat der Ökonomie

Dem Primat der Politik folgend dominierte bei den anfänglich produzierten Waren der Gebrauchswert. Etwaige Überschüsse sollten nicht privatisiert, sondern zur Unterstützung anderer politischer Projekte verwendet werden. Insgesamt waren auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes bezogene Überlegungen von geringer Bedeutung. Die Betriebe sicherten nicht oder nur in geringem Umfang die Reproduktion ihrer Mitglieder, die sich zunächst auf verschiedene andere Arten finanzierten. Je mehr sich die Selbstverwalteten Betriebe zur ausschließlichen Einkommensquelle der Kollektivmitglieder wandelten, umso stärker mußte die Ökonomie an Bedeutung gewinnen. Die notwendigerweise steigenden Umsätze konnten nur durch den Verkauf von Gütern und Dienstleistungen für einen allgemeinen Markt erzielt werden, dessen Bedingungen den Rahmen für die Preisgestaltung setzen. Somit sind die Selbstverwalteten Betriebe in den tauschwertdominierten Güterkreislauf eingebunden. Da sie aufgrund mangelnder Marktmacht den Marktpreis nicht beeinflussen können, sind die Betriebe gezwungen, auch ihre Produktivität möglichst der der Konkurrenten anzupassen, da sonst die erzielbaren Preise nicht kostendeckend wären, d.h. daß Verluste entstünden. Etwaige Gewinne müssen deshalb vorrangig für produktivitätssteigernde Investitionen verwendet weden. Dieser Prozeß der Veränderung von einem politischen Projekt zu einem Selbstverwalteten Betrieb bezeichnen wir als Ökonomisierung. Die Selbstverwaltung ist vom nach wie vor geltenden Primat der Ökonomie wieder eingeholt worden.

Dieser Prozeß der Ökonomisierung unterliegt einer zeitlichen Modifikation. Der Betriebszweck der erst in den letzten Jahren gegründeten Betriebe war von vorneherein im wesentlichen tauschwert- orientiert, unmittelbarer auf den Markt bzw. auf die individuelle Reproduktion bezogen, d.h. schon bei ihrer Gründung spielte die Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle, während die Ökonomisierung bei den frühen Gründungen sich erst im Laufe der Zeit entwickelte bzw. entwickeln mußte.

Der durchschnittlich erzielte Nettolohn liegt bei 1.250 DM mit einer starken Streuung zwischen den Branchen. Im Schnitt werden 38 Stunden in der Woche gearbeitet. Die ständig zu hörende These von der permanenten Selbstausbeutung läßt sich in pauschaler Form nicht aufrechterhalten. Nimmt man die übrigen Daten zur Betriebsökonomie hinzu, so läßt sich daraus insgesamt schließen, daß eine gute ökonomische Situation weniger eine Frage der Betriebsorganisation, sondern in erster Linie eine Frage der Marktsituation ist. Daraus folgt, daß Selbstverwaltete Betriebe unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ökonomisch durchaus existenzfähig sind, und somit eine praktische Kritik an herkömmlichen Formen der Betriebsorganisation darstellen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ist Selbstverwaltung frauenfreundlich?

Wie selbstverständlich hat die Selbstverwaltungsszene auch versucht, in ihre emanzipatorischen Ansprüche auch Ziele der Neuen Frauenbewegung zu integrieren, deren Umsetzung aber nicht besonders nachdrücklich, sondern eher beiläufig verfolgt wird. Von der Realisierung einer mittlerweile scheinbar gängigen Forderung, nämlich nach angemessener Beteiligung von Frauen, sind auch die Selbstverwalteten Betriebe noch weit entfernt. Zwar liegt der Frauenanteil in den hessischen Selbstverwalteten Betrieben mit 44% deutlich über dem des konventionellen Bereichs, aber wie auch dort tummeln sich die Frauen überwiegend in den Dienstleistungsbetrieben; im Verarbeitenden Bereich und Baugewerbe ist ihr Anteil verschwindend gering. Nur ein Drittel der Selbstverwalteten Betriebe äußerte den Anspruch, Arbeitsplätze nach Geschlecht zu quotieren; tatsächlich umgesetzt wird er aber kaum. Auch bei den innerbetrieblichen Machtpositionen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert.

Selbstverwaltung vorwiegend aus ideologischen Gründen

Der Übertragbarkeit der Organisationsform „Selbstverwaltung" auf andere Bereiche sind enge Grenzen gesetzt. Es gibt so gut wie keinen Betrieb, der ausschließlich aus ökonomischen Gründen entstanden ist, meistens standen politisch- inhaltliche Motive Pate, wohingegen Arbeitslosigkeit als Gründungsmotiv von nachgeordneter Bedeutung ist. Rekrutierungsfeld ist überwiegend das jeweilige politische und soziale Umfeld des Betriebes.

Die Studentenbewegung wie auch die Neue Frauenbewegung hatten gesellschaftliche Gegensätze angesprochen, die zwischen gesellschaftlichen Klassen bzw. Gruppen bestehen. Die nachfolgenden sozialen Bewegungen verlagerten z.B. mit der Thematisierung der ökologischen Probleme die Schwerpunkte der Diskussion, die nicht mehr am Gegensatz von gesellschaftlichen Gruppierungen festmachbar waren, sondern einen universellen, nämlich die gesamte Menschheit umfassenden Inhalt hatten. Die Verschiebung der Auseinandersetzung vom Verhältnis Individuum-Gesellschaft auf das Verhältnis Gesellschaft-Natur hat zur Folge, daß die Organisationsform Selbstverwaltung, die für gesellschaftskritische Gruppen im ersten Bezugsrahmen zur Selbstverständlichkeit werden konnte, im Spannungsfeld Natur-Gesellschaft keinen natürlichen Anknüpfungspunkt mehr hatte.

Die heutigen politischen Aktivitäten der Betriebe bzw. der Beschäftigten zeigen eine deutliche Nähe zu den sozialen Bewegungen der letzten Jahre. Etwa die Hälfte der Betriebe in Hessen organisieren eigene politische Veranstaltungen, überwiegend zu Themen, die mit den Produkten bzw. den Dienstleistungen des Betriebes in engem Zusammenhang stehen.

Selbstverwaltung - ein Mittelstandsphänomen -

Die politischen Aspekte sind der eigentliche Schlüssel zum Verständnis der Selbstverwalteten Betriebe. Denn einerseits begründen politische Zielvorstellungen häufig den Betriebszweck und sind auch im späteren Betriebsverlauf eine wichtige, mehr oder minder bewußte Marketingstrategie, auf der anderen Seite sind sie für die Funktionstüchtigkeit der Kollektive von Relevanz, in denen die Gruppendynamik eine ungleich grössere Bedeutung hat als in einem normalen Betrieb. Für die Arbeit in Selbstverwalteten Betrieben sind Persönlichkeitsmerkmale wie Toleranz, Konfliktfähigkeit u.a. besonders wichtig. Ein zentral auf emanzipatorische Inhalte hin orientiertes politisches Umfeld ist für ihre Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung. Je homogener die Betriebskollektive sind, umso funktionsfähiger sind sie, was bei der entsprechenden Marktsituation auch zu ökonomischem Erfolg führt. Sowohl die politische Sozialisation als auch gemeinsame politische Aktivitäten erhöhen die Homogenität. Neben der politischen existiert auch eine starke soziale Homogenität. Von den Beschäftigten in den hessischen Selbstverwalteten Betrieben, deren Durchschnittsalter bei 35 Jahren liegt, haben 72 % das Abitur, 43 % einen Hochschulabschluß und nur 7 % den Hauptschulabschluß.

Damit wird deutlich, daß Selbstverwaltete Betriebe ein Mittelstandsphänomen im grün-alternativen politischen Spektrum sind und nicht als Formen oder Ansätze zur Arbeiterselbstverwaltung angesehen werden können.

Fortsetzung von Seite 12

Diffuse Rollen und Positionen

Eine allzu starre Anwendung des Rotations- und Konsensprinzips kann bei einer übermäßigen Betonung der kollektiven (abstrakten) Gesamtverantwortung und Abwertung der individuellen Selbständigkeit und Eigenverantwortung zur Desorientierung über die eigene Rolle und Position der einzelnen Mitarbeiter beitragen und letztlich zu einer Leistungsnivellierung auf unterster Stufe führen.

Das Kollektiv bleibt eine relativ abstrakte Hülse, wenn es nicht durch selbstbewußte und verantwortungsbereite Individuen getragen wird. Das Selbstbewußtsein und die Verantwortungsbereitschaft der Individuen beruhen jedoch im wesentlichen auf der Kenntnis ihrer persönlichen Schwächen und Stärken. Wird der einzelne permanent veranlaßt, seine starken Seiten zu vernachlässigen (Unterforderung) und seine schwachen Stellen - öfters als ihm lieb ist - zu zeigen (Überforderung) kann es passieren, daß ihm dabei das Gefühl für seinen besonderen, individuellen Wert im Kollektiv verloren geht. Seine Rolle und Position im Projekt wird dann als beliebig und austauschbar erlebt. Die Folge davon kann sein, daß sich insgesamt das Leistungsniveau und die individuelle Verantwortungsbereitschaft verringern. Ein Mitarbeiter, der spürt, daß die Anpassung an den kollektiven Konsens wichtiger ist, als seine individuelle Kompetenz, Lernbereitschaft und -fähigkeit, wird sich entweder immer mehr zurückziehen und auf das notwendigste beschränken (wo er am wenigsten angreifbar und verunsicherbar ist) oder er wird sich in unterschwellige Machtkämpfe begeben.

Kann sich der Einzelne jedoch nicht mehr genügend mit seinen ursprünglichen Absichten, mit seinen positiven Eigenschaften und Fähigkeiten einbringen, dann schlägt der Versuch von mehr Selbstverwirklichung in selbstverwalteten Projekten in Selbstentäußerung und Selbsttäuschung um.

Wenn es Projekten nicht gelingt, diese Gefahren der Selbstverwaltung zu begrenzen oder in einem produktiven Gruppenprozeß einzubringen, kann es immer wieder vorkommen, daß sie sich an diesem Punkt in traditionell- hierarchischer Weise (re)organisieren und die mit der Selbstverwaltung verbundenen Ansprüche zugunsten einer vordergründigen Arbeitseffektivität und stärkeren Erwerbsorientierung aufgeben.

Dies ist jedoch keine zwangsläufige Entwicklung. In den meisten Projekten zeigt sich eher eine zunehmende Bereitschaft, die jeweils unterschiedlichen individuellen Bedingungen, Kompetenzen und Interessen einzelner Mitarbeiter zu berücksichtigen. Dabei wird die kollektive Verantwortung und Kontrolle partiell begrenzt und die Position einzelner oder von Untergruppen in dem Projekt bestärkt.

Ein selbstverwaltetes Projekt sieht den Hauptansatzpunkt für die Neustrukturierung der Arbeitsorganisation nach langen Gruppenauseinandersetzungen darin, die

„Verantwortung quantitativ und qualitativ überschaubar zu machen und gleichmäßig zu verteilen. Damit mußten aber langgehegte Ansprüche aufgegeben werden, die zwar schon lange nicht mehr stimmten, schon lange nicht mehr - wenn überhaupt jemals - eingelöst wurden: daß nämlich alle alles machen sollen. Wenn alle alles machen sollen, dann sieht das meistens so aus, daß wenige Vieles machen und viele Weniges, aber niemand alles. So gibt es dann die Verantwortungsbewußten, die schon immer in Gefahr stehen, unter der Verantwortung zusammenzubrechen, und die Verantwortungslosen, die sich hinter den Verantwortungsbewußten verstecken oder es gibt die Machtgeilen, die sich um alles kümmern müssen und auch noch von den anderen gelassen werden, weil es so bequemer ist, aber wenn günstig, heftig kritisiert werden."
(Autonomes Bildungszentrum 1988, Rundbrief S. 4)

Gegenüber traditionell strukturierten Betrieben und Einrichtungen scheinen selbstverwaltete Projekte, wenn sie ihre ausdrückliche Experimentierfreudigkeit und Lernbereitschaft behalten, in Bezug auf die individuelle Arbeitszufriedenheit und damit letztlich auch auf die Arbeits- und Angebotsqualität überlegen zu sein. In ihnen wird noch immer - mehr oder minder erfolgreich - der Versuch unternommen, sich den konstruktiv-produktiven Gehalt menschlicher und gesellschaftlicher Arbeit für den Prozeß der individuellen Selbstverwirklichung im Rahmen kollektiver Zusammenhänge unter weniger fremdbestimmten Bedingungen und höherer individueller Souveränität (neu) anzueignen. In dem Versuch, überwiegend fremdbestimmte Erwerbsarbeit mit überwiegend selbstbestimmter Eigenarbeit zu verknüpfen, drückt sich eine überaus arbeitsorientierte Haltung aus, die weniger durch abstrakt-moralische Arbeitstugenden, sondern mehr duch konkrete Arbeitsinhalte geprägt ist. Die Mitarbeit in selbstverwalteten lokalen Beschäftigungsinitiativen stellt für bestimmte Berufsgruppen damit eine Alternative zu einer Berufstätigkeit mit einer eher instrumentellen Erwerbsorientierung dar.

Bei einer solchen Erwerbsarbeitsorientierung findet sich oft Gleichgültigkeit gegenüber den konkreten Arbeitsinhalten. Während des Strebens nach Identität und Selbstverwirklichung im wesentlichen auf außerbetriebliche Sphären (Freizeit, Privatheit) gelenkt wird, reduziert sich die Erwerbsarbeit auf ein Feld, in dem man möglichst viel Einkommen - oft gepaart mit an berufliche Karrierevorstellungen gebundene soziale Anerkennung - zur Befriedigung ausgewählter Konsumwünsche erzielt.

Selbstverwaltung ist ein permanenter und keineswegs konfliktfreier Prozeß, der gelernt werden muß. Dieser Lernprozeß scheint im Rahmen von z.B. Weiterbildungsprogrammen kaum gestaltbar. Selbstverwaltung als Lernprozeß benötigt die unmittelbare Praxis und dafür geeignete Rahmenbedingungen, die sowohl die materielle Existenzfähigkeit der Projekte als auch das politische Umfeld verbessern.

Eine Diskussion, die neuen Mut zur Theorie **und** Praxis der Selbstorganisation schaffen könnte, müßte meines Erachtens erstmal den stolperigen Weg der Projekte und ihrer Mitarbeiter auf der Suche nach einer lebensfähigen Alternative, die nicht im „Anderssein" verharrt und ein stückweit auch Alltag und Normalität beinhaltet akzeptieren.

*) vgl. auch Th. Hartmann: Gleichmacherei oder Kompetenz? die Alternativbetriebe brauchen neue Impulse in Freibeuter Nr. 38 S. 88-99 und KOMET: Aufstieg und Fall eines kollektiven Sterns in Netzwerk-Rundbrief Berlin Nr. 41, S. 8-12

Auszug aus Forschungsprojekt Allbi

Herbert Effinger/Jürgen Sosna/ Silvie Schlake

(Vollständiger Bericht ab 15.8.88 über Netzwerk Bremen zu beziehen.)

Die Selbstverwaltungswirtschaft wird sich wandeln!

– Einschätzungen und Prognosen von sechs KritikerInnen – zum TAK AÖ-Kongreß vom 15. bis 22.7.1988 in Arnoldshain

Red. Bonn/Köln Sie haben die Alternative Ökonomie lange Jahre praktisch und politisch begleitet. Sie haben am Aufbau von Unternehmen un Unterstützungseinrichtungen mitgearbeitet. Was denken eine Expertin und fünf Experten über Gegenwart und Zukunft der Alternativen Ökonomie? Der Kongreß „Perspektiven der Alternativen Ökonomie bis ans Ende des Jahrtausends" ist Anlaß, die Selbstverwaltungswirtschaft mit diesen Stellungnahmen zu konfrontieren. Die Interviews führte Wolfgang Beywl, CONTRASTE- Redaktion Bonn und Mitvorbereiter des Kongresses des „Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie".

Der Kongreß „Perspektiven Alternativer Ökonomie bis ans Ende des Jahrtausends" findet vom 15.-22. Juli '88 statt in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten/Arnoldshain, ca. 25 km nordöstlich von Frankfurt, Tel. (06084) 300. Dort ist auch das aktualisierte Tagungsprogramm erhältlich (s. auch CONTRASTE 5/88, S.2). Der ca. 160 S. starke Vorbereitungsreader ist zusammen mit dem Rundbrief Alternative Ökonomie Nr. 43/44 erhältlich bei Andrea Gerth, Kronenstraße 16, 6800 Mannheim. (Bei VR- Scheck 20,- DM).

Marlene Kück, Verfasserin zahlreicher Publikationen zu Fragen der alternativen Ökonomie, insbesondere zu Finanzierungsfragen und Problemen innerbetrieblicher Demokratie; heute u.a. Vorstandsmitglied der Bürgschaftsbank.

„Die Selbstverwaltungswirtschaft hat zwei Funktionen für die Gesamtwirtschaft:
- *makroökonomisch hat sie sensibilisiert für ökologische Produkte, ein Stück ökologischer Produktionsweise,*
- *mikroökonomisch hat sie sensibilisiert für neue Managementformen und -konzepte: Auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen lassen sich Leute, die ja immer qualifizierter werden (gehobene Dienstleistungsbranchen...) nicht mehr mit den traditionellen Konzepten führen. Moderne Technik funktioniert nur im Team.*

Natürlich hat die Selbstverwaltungswirtschaft ihre Schuldigkeit getan, das ist einfach so. Sie hat wichtige Innovationen für die Gesellschaft, die Wirtschaft geleistet. Heute gibt es doch praktisch keine Existenzgründer mehr, die ihre Betriebe hierarchisch führen.

Foto: Holger Schnaars

Das Kollektiv ist Vergangenheit ... ... die Zukunft heißt Kooperation!

1. *Der klassische Selbstverwaltungsbetrieb ist tot. Es werden keine 'reinrassigen' Kollektive mehr gegründet. Natürlich gibt es noch genug davon, die sich künftig z.T. jedoch 'reformieren' werden.*
2. *Der Kollektivgedanke wird überführt in den Kooperationsgedanken:*
   a) *Ökologische Unternehmensführung, d.h. Minimierung der Externalisierung von Kosten*
   b) *Partizipative Unternehmensführung; dabei gibt es eine ganze Bandbreite von Möglichkeiten. Insbesondere werden Impulse einer materiellen Partizipation in den traditionellen Bereich weitergegeben, wo es mehr direkte Beteiligung der Beschäftigten an Unternehmensentscheidungen geben wird.*

Die 'linken jungen Typen', die zu uns in die Bürgschaftsbank zwecks Beratung kommen, haben mit den alten Sachen der Selbstverwaltungsbetriebe (Kollektivgedanke, Abneigung gegen Profite...) nichts am Hut. Die 90er Jahre werden etwas anderes bringen, ich weiß nicht, was. Die Selbstverwaltungsbetriebe sind an die Grenzen ihrer Experimentierfreudigkeit gekommen, was an Innovation in ihrem Töpfchen war, haben sie ausgeschöpft."

***

Joseph Huber, Mitbegründer des Netzwerkes Selbsthilfe, Berlin, Verfasser von „Wer soll das alles Ändern - Die Alternativen der Alternativbewegung" (1980), seit drei Jahren hat er nach eigenen Worten kaum noch Kontakt zur Szene selbstverwalteter Betriebe...

„'Alternative Ökonomie' ist auf die Gegenwart, die neuen sozialen Bewegungen bezogen. Sie enthält Elemente wie Lebensreform, Ökologie, 'Anders Leben', Geschlechter- und Generationsfragen, Reintegration der Produktion in den Naturkontext... 'Selbstverwaltungswirtschaft' kommt mehr aus dem Kontext der Diskussion über Partizipation und Demokratie, auch aus der sozialistischen Tradition. Im Kern geht es um kollektives Eigentum und kollektive Verfügung ... Schon Anfang/Mitte der 70er Jahre haben wir in der Schweiz und Berlin von 'Selbstverwaltungsökonomie' gesprochen. So nannte sich das Schweizerische Netzwerk Selbsthilfe 'Netzwerk Selbstverwaltung'"

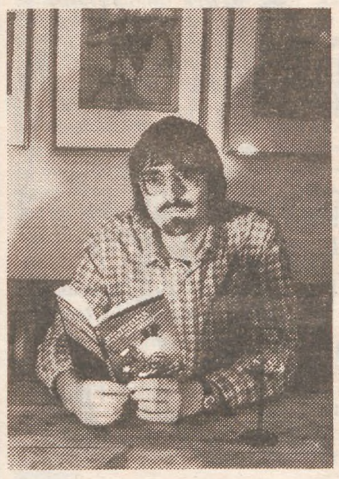
Der Sauerteig hat Ruh'!

„Selbstverwaltete Projekte hat es immer gegeben, seit 200 Jahren, seit der Industrialisierung, und es wird sie weiter geben. Das Kommen und Gehen solcher Initiativen hat einen Konjunkturcharakter. Der Zyklus schwingt gerade aus ...
Diese Ansätze sind notwendig, sie sind atypische Modelle, soziale Experimente, die die Vorstellungskraft wachhalten, daß es auch anders geht. Sie sind im Prinzip sehr konstruktive Beispiele, weniger Stolperstein: Sie sind so eine Art Sauerteig, eine Substanz, die unter geeigneten Bedingungen aufgeht."

***

Hans Emge. Verfasser des Erfolgstaschenbuches „Wie werde ich Unternehmer", heute Dozent für Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Frankfurt

„Ich glaube die Selbstverwaltungswirtschaft ist am Ende.
1. Kommt an alternativen Ansätzen nichts Neues nach, weder von Seiten der Jugend noch von Seiten neuer Gründer.
2. Die bestehenden Betriebe, die erfolgreich sind (Herr Oppenheimer wird sich im Nachhinein bestätigt sehen) transformieren zu relativ normalen jungdynamischen Unternehmen ... Diejenigen, die schon ewig dabei sind, haben das Hauptsagen, die anderen gehn 'raus und werden ersetzt durch Angetellte. Der typische Selbstverwaltungsbetrieb existiert meiner Meinung nach nur noch in ganz wenigen Fällen. Pervers ist, daß je beliebter die Alternative Ökonomie in den Medien wurde, desto weniger sie real existierte."



Das Kollektiv ist tot. Es lebe das progressive Kleinunternehmen!

„Der Selbstverwaltungswirtschaft könnte helfen, wenn sie von ihren hehren Zielen wegginge. Eine ideologische Diskussion ist in den Betrieben eh' nicht gefragt: „Wenig Kohle und viel Nervereien, darauf hab' ich keinen Bock" ist heute der typische Satz."
„Es müßte andere, progressive Formen des Kleinunternehmertums geben, die nicht vor dem eigenen Kirchturm haltmachen, und so borniert sind, wie das übliche Kleinunternehmertum, die erkannt haben, daß es **gegen** *die Großindustrie geht und daß ihre Chance eh' nur in Verbundbildung besteht. - 10 Mrd. Staatsknete Geschenk an Selbstverwaltete Betriebe würde ihren Untergang beschleunigen."*

***

Martin Stankowski, lange Jahre Drucker im Kölner „Betrieb am Niehl", Mitarbeiter im Kölner Volksblatt, heute „Stadtführer", freier Journalist und Autor.

„Auf der Erscheinungsebene sieht es nach einem Ausgleichungsprozeß aus. Partnerschaftsbetriebe, Neue Selbständige, Alternativbetriebe ... wer blickt noch durch, wie z.B. die inneren Verhältnisse sind in einem schicken Friseurladen, den drei Leute gemeinsam machen? Früher hätte ich danach gefragt: Wer ist der juristische Inhaber? Gibt es kollektive Entscheidungsstrukturen? Wohin geht der Mehrwert? Aber auch in (noch gerade) selbstverwalteten Betrieben werden solche Fragen wohl kaum noch gestellt. Tue ich es aber, der ich seit einiger Zeit draußen bin, komme ich mir dabei schon irgendwie ältlich vor.
Was die Entwicklung der Selbstverwaltungswirtschaft betrifft, so glaube ich, daß sich auf der Ebene der Produkte und Dienstleistungen, die schließlich 50% vom Erfolg bzw. Mißerfolg ausmachen, schon länger nichts Entscheidendes getan hat. Nach wie vor gibt es das Biobrot, den Fahrradladen oder den Flugblatthersteller, und es gibt die Bürgerlichen mit denselben Angeboten. Um herauszubekommen, wo das Problem bzw. der Unterschied liegt, sollte man einmal die Selbstverwalter zusammenstecken mit diesen ganz modernen Unternehmern, die die gleichen Produkte verkaufen wie in der Selbstverwaltungsszene und die eine offensive Werbung machen, auf Markteroberung aus sind: warum expandieren die mit denselben Produkten, mit denen die Alternativbetriebe stagnieren?"

Richard Herding, langjähriger Mitarbeiter des ID Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten, Frankfurt - Heute dito: Projekt Gedächtnis:

„Die Selbstverwaltungswirtschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil hoffentlich nicht unserer Gesellschaft, sondern derjenigen, die danach kommt. Sie muß sich aber hüten,einen bestimmten Stallgeruch anzunehmen, sich also festzumachen an bestimmten Generationen, bestimmten Formalitäten und Ritualen. Positiv formuliert: Es gibt mehr Selbstverwaltung, als man denkt, es kann einen selbstverwalteten Tante- Emma-Laden geben, auch wenn er sich nicht so nennt (was sicher ein Manko ist), aber man muß ihn auch erkennen können."

Vom Stallgeruch befreien!

„Was ich sehr vermißt habe, ist eine Auseinandersetzung mit den Lafontaine-Thesen: Wenn durch andere Lohnstrukturen Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, dann läuft das praktisch auf Selbstverwaltung hinaus, denn dann müßten ja die Gewerkschaften in weiteren Bereichen des Unternehmens was zu sagen haben ... und da liegt eine Verbindung zur Selbstverwaltungsdiskussion ..."
„Wir sollten auf den Sieg der Selbstverwaltungswirtschaft vertrauen und nicht denken, daß Selbstverwaltung an bestimmte, uns vertraute Formen gebunden ist."

***

Theo Pinkus, hat in den frühen 70er Jahren mit der Pinkus-Genossenschaft ein viele in der BRD inspirierendes Beispiel geschaffen, lebt auch heute noch in Zürich; mehr über ihn und seine Frau, deren Verhältnis zur Selbstverwaltung und den sozialen Bewegungen in: Lüscher/Schweizer: Amalie und Theo Pinkus. Leben im Widerspruch, Zürich (Limmat) 1987

„Die Selbstverwaltungswirtschaft hat ihren Platz gefunden und ist dabei gesamtwirtschaftlich marginal geblieben. Es gibt nur wenige ökonomisch bedeutsame Unternehmen, eines ist der Studentenreisedienst in der Schweiz. Viele kleineren Betriebe haben sich erfolgreich und über Jahre dem kapitalistischen Sog widersetzt. Obwohl sie sich um tarifmäßige Löhne bemühen, ist dies oft nicht gelungen. Dies ist sicher ein Mitgrund dafür, daß viele Kollektivmitglieder in der Alternativen Ökonomie keine Lebensperspektive sehen und die Fluktuation entsprechend groß ist.
Die Bedeutung der SVB ist nur im Rahmen einer **„Theorie der revolutionären Infrastruktur"** *richtig einschätzbar: Die Betriebe bilden einen Pol, einen* **„Ort"**, *einen Topos, der sichtbar ist und zeigt: „es geht auch anders, es ist möglich zu leben, wie man denkt, auch wenn die kapitalistische Umwelt immer Kompromisse aufnötigt." Dieser Ort hat gerade Bedeutung für diejenigen, die in der Privatwirtschaft oder beim Staat arbeiten* **müssen.**

Mit den Gewerkschaften in eine antikapitalistische Selbstverwaltungszukunft?

„Einen rosa Streifen am Horizont sehe ich durch die leicht gewachsene Unbefangenheit der Gewerkschaften gegenüber den Selbstverwaltungsbetrieben.
Theo Pinkus hat vor zehn Jahren schon gewünscht, daß die Alternativwirtschaft vielleicht Modell für die Gewerkschaften wird. Aber dafür muß die Selbstverwaltungswirtschaft ein **ökonomisches** *Beispiel sein, und nicht ein Modell des psychischen Wohlbefindens; Das ist erst die Folge, nicht die Ursache. Erst als ökonomisches Modell kann es für die Lohnabhängigen interessant sein. Auf der anderen Seite haben die Kapitalbesitzer offensichtlich ein größeres Interesse an allen möglichen partnerschaftlichen Modellen (s. AGP-Kongresse), einfach zur Produktivitäts- und Rentabilitätssteigerung. Hauptsache es nützt ihnen, die verkaufen doch Arsen oder Weihwasser, das ist ihnen egal.*
Interessieren würde mich, ob in den neuen Lohn- und Arbeitsplatzkämpfen Fragen der Produktkonversion oder der Selbstverwaltung irgend eine Rolle gespielt haben? Ob z.B. in Rheinhausen die Ohren größer geworden sind für diese Themen? Dann könnte vielleicht auch eine Steigerung der Selbstverwaltungswirtschaft von der Submarginalität zur Marginalität erfolgen.

***

Ohne Selbstverwaltungsbetriebe keine revolutionäre Infrastruktur

Diese Leute können sehen, „es gibt eine Insel der Zukunft, die alternative Ökonomie, die zum kapitalistisch-bürokratischen Festland durch Schiffe verbunden ist; sie können selbst Schiffe sein, Kenntnisse transportieren, evt. dort arbeiten ... (für die bewußten Leute in der Privatwirtschaft ist die gewerkschaftliche Interessenvertretung die erste und wichtigste Arbeit).
Die Beschäftigten **im** *System haben nur dann etwas von der kritischen und oppositionellen Selbstverwaltungswirtschaft, wenn sie sich einer gewissen* **Wohlstandsindifferenz** *befleissigen. Dann werden sie auch bereit sein, Geld in den selbstverwalteten Bereich und dessen Infrastruktur (CONTRASTE) zu geben.*
Die Zukunftsmöglichkeiten der SVB liegen weiter in der Befriedigung echter Bedürfnisse, bei der gerade wegen der ungesteuerten technischen Entwicklung immer mehr Lücken auftauchen. Eine herausragende Aufgabe bleibt der Aufbau **echter** *Recyclingfirmen.*
Die vielleicht verbreitete **Resignation** *über die Zukunft selbstverwalteter Betriebe ist oft Ausdruck eines eigenen ungenügenden Bewußtseins des gesellschaftlichen Gesamtprozesses. Dies zeigt sich in vielen Betrieben als Entpolitisierung. Eine undogmatische marxistische Analyse hingegen läßt die Tendenzen erkennen und die Hebel der Veränderung in der eigenen Umgebung finden. Zu diesen Hebeln gehört auch die Selbstverwaltungswirtschaft.* ■

Ein Reinfall

Rund 15 Mitglieder aus Hamburg und Schleswig Holstein versuchten dem Verein Freunde und Förderer der Ökobank e.V. am letzten Sonntag im Juni ein unverdientes Ende zu bereiten. Mit BGB und einschlägigen Kommentaren bewaffnet, untersagten sie der Mitgliederversammlung, den Vereinszweck zu ändern und die Satzung entsprechend umzugestalten. Formal waren sie damit im Recht, ob sie im Sinne der ca. 2.400 abwesenden Mitglieder gehandelt haben, ist sehr zu bezweifeln.

Neue Ziele

Zweck des Vereins war es bekanntlich, die Ökobank zu gründen. Nachdem dies unter riesigen Mühen nach vier Jahren Arbeit endlich gelungen ist, sollte der Verein seine Arbeit unter etwas veränderten Vorzeichen fortsetzen. Er sollte jetzt die Ökobank kritisch begleiten, eine praktische und wissenschaftliche Debatte über die Kriterien der Kreditvergabe, über Sinn und Möglichkeiten der Selbstverwaltungswirtschaft, über vorläufig notwendige Kompromisse bei der Förderung ökologischer Produktion und über die Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit kleiner Genossenschaften führen. Für diese Aufgabe sollte der Verein gemeinnützig werden, um auch Fördermittel und ABM- stellen beantragen zu können.

Die neue Satzung

Seit einem dreiviertel Jahr hat der Vorstand in vielen Artikeln und Delegiertenratssitzungen dieses Ziel bekannt gemacht und entsprechende Satzungsänderungen in CONTRASTE und *Kontrovers* publiziert. Es wurde dazu aufgefordert, Einwände vorzubringen und Änderungen vorzuschlagen. Aber es kam keine Reaktion. Insbesondere wurden keine Änderungsanträge zur Satzung formuliert.

Da dem Vorstand aus den letzten Jahren klar war, daß es starke Autonomiebestrebungen in einzelnen Regionen gibt, sah die geplante neue Satzung ausdrücklich rechtlich selbständige Regional- oder Landesverbände vor. Nach der neuen Satzung sollte der Delegiertenrat, der aus den Regionen beschickt wird, über die Verteilung der Haushaltsmittel beschließen. Nach der neuen Satzung sollte die berüchtigte Frankfurter Zentrale eine Koordinationsstelle sein. Sie sollte eine Bürogemeinschaft mit anderen Organisationen bilden, um allmählich einen umfassenden Informationspool für Ökologie und Selbstverwaltungswirtschaft aufzubauen.

Die letzte Mitgliederversammlung

Das Schauspiel, das die Hamburger Gruppe auf der Mitgliederversammlung veranstaltete, passte eher ins Ohnesorgtheater. Mit dem Gestus „videant consules" wurden die kleinlichsten Eigeninteressen vertreten. Sieben Stunden lang stellten die Hamburger Geschäftsordnungsanträge, um irgendeine inhaltliche Debatte zu verhindern. Mit äußerster Mühe konnten die übrigen Mitglieder erzwingen, sich wenigstens den Revisionsbericht des Rechnungsprüfers anhören und diskutieren zu dürfen. Eine Stunde lang verhinderte die „Nord-AG", daß überhaupt eine Tagesordnung beschlossen werden konnte. Bemerkenswert daran war die Denkungsart. In der gültigen Vereinssatzung steht die autoritäre Regelung, daß der Vorstand die Mitgliederversammlung leitet. Seit der Verein besteht, ließ der Vorstand immer eine Leitung von der Versammlung wählen. Die Hamburger sahen in diesem Brauch einen schweren Satzungsverstoß. Aber das war nicht bornierte Dummheit, sondern hatte Methode. Mit solchen Debatten sollte Zeit gewonnen werden, da sie gleichzeitig beantragten, die Versammlung dürfe nur bis 15 Uhr tagen. Sie waren gekommen, um den Verein zu sprengen. Aus diesem Grund hatten sie auch ihre Antragsstrategie, der Verein dürfe seine Satzung nicht ändern, verheimlicht und brachten diesen Gag als Überraschungsschlag. Das macht man so, wenn man nichts mehr aufbauen, sondern etwas zerstören will.

Neue Mitgliederversammlung am 24. September

Der Besonnenheit des Vorstandes und der Versammlungsleitung ist es zu danken, daß die Versammlung schließlich doch den Beschluß fasste, am 24. September erneut eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die entweder dem Hamburger Wunsch folgt, den Verein aufzulösen, oder einen anderen Ausweg aus diesem Dilemma findet.

Eine Möglichkeit wäre, die Satzung des Vereins so zu ändern, daß die Mitgliederversammlung anschließend auch den Vereinszweck ändern kann. Eine andere Lösung wäre die Neugründung eines Vereins mit der in CONTRASTE abgedruckten Satzung. Das Verlangen der Hamburger, den Verein in Landesvereine aufzulösen und den Bundesverband nur noch als Scheingeschäftsstelle fortbestehen zu lassen ist nicht verantwortbar. Die kritische Begleitung der Ökobank kann nicht aus den Landesverbänden erfolgen. Diese haben die Aufgabe, Arbeit vor Ort zu leisten, die Regionalfirmen zu beraten und lokal für die Ökobank zu werben. Die Aufsplittung des bisherigen Bundesverbandes in kleine Landesverbändchen läßt die Ökobank in Frankfurt allein und zerstört die jetzt schon erreichten Strukturen. Dann kann Frankfurt wirklich mächtig werden.

Mitgliedermeinung?

Was auf dieser Versammlung von einer kleinen Gruppe der Versammlung aufgezwungen wurde, war mit Sicherheit nicht im Sinne der 2.400 Mitglieder, die durch ihre jahrelangen Beitragszahlungen und zusätzlichen Darlehen den Aufbau der Ökobank ermöglicht haben. Der Vorstand glaubt zu wissen, daß sie auch weiterhin ein kritische und effektives Begleitinstrument der Ökobank wollen.

Es sieht so aus, daß vorläufig gegen die rechtlichen Tricks der „Nord AG" (so nennen sie sich selbst) nicht auszurichten ist. Die unmittelbarste Folge dieses Coups ist, daß der Vorstand seine Zahlungen an CONTRASTE ab Oktober vermutlich einstellen muß, da nicht sicher ist, ob der Verein rechtlich über den 24. September hinaus bestehen kann. Die Ohnesorgleute drohten mit der geltenden Rechtsprechung, daß im Falle einer Satzungsänderung ein neuer Verein gegründet sei, sie selbst den alten Verein bildeten und die Herausgabe des Vereinsvermögens fordern könnten. Bei so harten Bandagen muß der Vorstand, will er nicht für Unsummen haften, die Notbremse ziehen und alle Zahlungen auf das absolut Erforderliche beschränken. Der Widersinn, daß die Hamburger das Organ, das bisher oft ihr Sprachrohr war, kaputtmachen, ist rational nicht nachvollziehbar. Aber dem Wahn, sie seien die alleinige Basis des Vereins, ist argumentativ nicht mehr beizukommen.

Handlungszwang

Die Bank braucht einen Denkverein, der über Hamburgs Stadtgrenzen hinaus schauen kann. Schon der alte Verein hat durch seine Mitgliedschaft und Mitarbeit in Brüssel und Bonn die überregionale und europäische Diskussion mit geführt. Jeder Wirtschaftsteil der Zeitungen beschäftigt sich inzwischen mit der Angleichung des europäischen Rechts ab 1992. Die Umweltverschmutzung kennt keine Landesgrenzen, die ökologische Produktion muß überall Anregungen aufnehmen, die Erfahrungen mit Genossenschaften anderer Länder können auch in der BRD nützlich sein.

Der Vorstand will daher einen arbeitsfähigen Bundesverein erhalten und ihn nicht in Landesvereinchen auflösen. Innerhalb dieses Bundesvereins ist jede rechtliche und praktische Selbständigkeit möglich, wie man in der neuen Satzung nachlesen kann. Der Vorstand wird daher am 24. September versuchen, für diese Lösung eine Mehrheit der Mitglieder zu gewinnen. Nur gezwungenermaßen werden wir den bisherigen Verein auflösen.

Umfrage

Wir bitten alle Mitglieder, darüber nachzudenken, und uns ihre Meinung mitzuteilen. Wir wollen wissen, ob die Hamburger wirklich die schweigende Mehrheit der Mitglieder repräsentieren. In der Septembernummer von CONTRASTE sollen die Diskussionsbeiträge erscheinen.

Ein persönliches Wort zum Schluß. In vier Sitzungen hat bisher der Kreditausschuß des Aufsichtsrats der Ökobank Kredite beschlossen. Bei vielen Krediten zeigten sich schwierige Probleme, ob etwas als ökologische Produktion, und wenn ja, ob es als seriöses Vorhaben zu beurteilen war. Ohne eine theoretische Begleitung ist der Kreditausschuß ziemlich überfordert. Wir brauchen einen Verein, der uns hierbei unterstützt. Wenn es wegen der Hamburger nicht der alte Verein sein darf, dann eben ein neuer, obwohl wir uns diesen bürokratischen und teuren Unfug wirklich ersparen könnten.

Michael Berger

Ökobank-Vereinsnachrichten

Verein Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Anschrift:
c/o SOVA
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt/Main 90
Tel. (069) 43 95 34

Ökobank eG
Anschrift:
Bornheimer Landstr. 22
Luisenplatz
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. (069) 43 95 34

Mitgliederversammlung

- Ergebnisprotokoll -

Ergebnisprotokoll der Mitgliederversammlung des Vereins der Freunde und Förderer der Ökobank e.V. vom 25.6.1988 in Frankfurt, Mainzer Landstr. 147, Beginn 11 Uhr.
Das vollständige Protokoll mit allen Abstimmungsergebnissen, Anträgen und Berichten ist auf Anfrage beim Vorstand des Vereins zu erhalten.
Protokoll: Jürgen Kemmler (Ba.Wü.)

Höchststand der anwesenden Mitglieder: 51 (wurde aber schnell weniger)

Folgende Tagesordnung wurde vorgeschlagen:

TOP 1: Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführung
TOP 2: Aktuelle Berichte
TOP 3: Bericht des Rechnungsprüfers und Aussprache
TOP 4: Entlastung des Vorstands
TOP 5: Künftige Aufgaben und Ziele des Vereins
TOP 6: Satzungsänderungen
TOP 7: Vorstandswahlen
TOP 8: Wahl der Rechnungsprüfung
TOP 9: Verschiedenes

Zu Beginn schlug der Vorstand als Gesprächsleitung Norbert Ortlieb und als Protokollant Jürgen Kemmler vor. Jens Reuter und Dietmar (Hamburg) legen Wert darauf festzustellen, daß dies nicht satzungsgemäß ist, sondern der Vorstand die Versammlung zu leiten hat. Der amtierende Vorstand lehnt dieses autoritäre Verfahren, daß noch niemals praktiziert wurde, ab. Dadurch hätte der Vorstand unbeschränktes Rederecht außerhalb der Redeliste, was sicherlich nicht im Interesse der Mitglieder ist.

Bei dem Versuch die Tagesordnung zu verabschieden kam es zu einem weiteren Eklat. Die Hamburger Gruppe erklärt überraschend, daß der Satzungszweck nicht von der Mitgliederversammlung geändert werden kann, weil ein entsprechender Passus in der Satzung fehlt und daher jedes Mitglied sein Einverständnis geben muß.

Auf die Frage, wieso sie diese Erkenntnis nicht schon innerhalb der Antragsfrist zur Mitgliederversammlung eingebracht haben, gab es keine befriedigende Antwort.

Während die Frage von den Rechtsgelehrten seperat diskutiert wurde, gab Oliver Förster einen ersten Bericht über die Entwicklung der Bankgeschäfte.

TOP 2:

Die Mitarbeiter der Bank sind in ihrer Arbeit bis auf das äußerste belastet (10-12 Std/Tag, Samstags- Feiertagsarbeit). Es werden alle Kunden um Geduld gebeten. Die Entwicklung bei den einzelnen Bankprodukten verläuft weitestgehend innerhalb der Prognosen. Das Checkheft ist sehr gut angekommen, da es aber sehr teuer in der Herstellung ist, wird dazu aufgefordert, die darin enthaltenen Antragsformulare zu kopieren und diese an Interessenten weiterzugeben. Dabei soll vor allem das Checkheft 1 favorisiert werden, da hierin der Auftrag der Ökobank zum Ausdruck kommt.

Bis jetzt wurden ca. 50 Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Mio DM vergeben davon war ein Förderkredit (VCD). Mit dem VCD wurde auch der erste Projektsparbrief vereinbart, der sehr gut angenommen wurde, was im Zinsverzicht/minderung vieler Sparer zum Ausdruck kam.

Die Frage, ob Prüfungsverbände nicht Schwierigkeiten machen würden bei zinsverbilligten Krediten, wurde von O.F. verneint, weil dies dem Prüfungsverband durch das Konzept der Ökobank bekannt war.

Die Rechtsabklärung erbrachte, daß die Hamburger Gruppe um J. Reuter recht hatte, was die Änderung des Vereinzwecks betraf. Es folgte eine Reihe von Vorschlägen und Bekenntnissen, die durch einen GO Antrag des Rechnungsprüfers L. Rupprecht unterbrochen wurde, der die Tagesordnungspunkte 3 + 4 vorgezogen haben wollte. Dem Antrag wurde entsprochen.

TOP 3:

Der genaue Bericht des Rechnungsprüfers ist beim Vereinsvorstand zu erhalten.

Insgesamt wurde festgestellt, daß keine Mißwirtschaft oder Verschwendung betrieben wurde, sodaß der Rechnungsprüfer für seinen zu prüfenden Zeitraum (1.1.85-31.12.87) die Entlastung empfahl. Er griff lediglich einzelne Punkte heraus, wo z.B. seiner Ansicht nach zu hohe Honorare an beratende Rechtsanwälte gezahlt wurden. Der Vorstand gestand dies zu, bemerkte aber, daß sich sogenannte billige Rechtsanwälte im nachhinein als sehr teuer erwiesen haben, weil man quasi überhaupt keinen verwertbaren Gegenwert erhalten habe und man einen zweiten RA beauftragen mußte. Dies sei vor allem am Anfang der Gründungskampagne vorgekommen, da keiner wußte wie man eine Bank gründet.

TOP 4:

Sodann wurde der Vorstand für den Zeitraum seiner Wahl, bis einschließlich 31.12.1987 entlastet.

TOP 5:

Nun begann der Streit um die Zukunft des Vereins. Da die Satzung durch die Hamburger Überraschung nicht geändert werden konnte, wurden die unterschiedlichen Positionen dargelegt (diskutiert wurde eigentlich nicht mehr, da die menschliche Basis, auf der eine Diskussion möglich wäre, durch das Hamburger Vorgehen für viele anwesende Mitglieder vernichtet war). Es gab im wesentlichen vier Positionen

1. Auflösung des Vereins bzw. langsames Siechtum bis zum Ende bei gleichzeitigem Versuch, die Mitglieder des Bundesvereins in die einzelnen völlig selbstständigen Landesvereine aufzuspalten.
   Dabei wäre ein Dachverband aus „Landesfürsten" eine zusätzliche Option.
   (J.Reuter u. Andere aus der „Nord AG".)
2. Beibehaltung des gegenwärtigen Vereins mit geringer Satzungsmodifikation, die sich aus der Gründung der Ökobank in Frankfurt ergeben.
3. Umwandlung des Vereins im Sinne der in CONTRASTE vorgeschlagenen Weise, was uns ermöglicht unsere Mitglieder, die über lange Jahre hinaus die Stange gehalten haben, unbürokratisch in einen neuen, über die Instrumentgründung (Bank) hinausgehenden, Diskussionszusammenhang über alternative Wirtschaftsformen zu führen.
   Weiterhin wäre der Verein durch die immerhin 2.400 ansprechbaren Mitglieder, die ja auch Genossen sind, ein nicht zu unterschätzendes Korrektiv für evtl. Fehlent wicklungen der Bank. Da dem Verein nun die Einnahmen aus den Treugeldzinsen fehlen, sollte der Verein gemeinnützig werden um Fördermittel, Spenden (abzugsfähig), ABM Stellen und dergleichen mehr erhalten zu können.
   Durch die Beibehaltung der CONTRASTE als Mitgliederzeitung, würde man die Existenz von CONTRASTE sichern können.
4. Parallelgründung eines unter 3. genannten Vereins zum alten Verein.

Da es ja nicht mehr um eine Mehrheit gehen konnte wurde nun eine Antragsorgie zum weiteren Verfahren in Sachen Vereinszukunft veranstaltet.

Dabei setzte sich einer mit zwei Ergänzungen durch.
Antrag: Der Vorstand wird beauftragt eine weitere MV vorzubereiten, daß zumindest die beiden folgenden Alternativen beschlußfähig vorliegen:
- Auflösung des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." und
- Änderung der derzeit gültigen Satzung dahingehend, daß eine Änderung des Vereinszwecks durch die in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder beschlossen werden kann.

Dieser Antrag wurde mit 27 ja zu 8 nein verabschiedet.
Ergänzend wurde verabschiedet:
1. Die Mitgliederversammlung wurde auf den 24.9.1988 anberaumt
2. Ab 1.7.88 bis zur Mitgliederversammlung am 24.9.1988 erhalten die Landesverbände vom Bundesverein keine Gelder mehr, damit im Falle der Auflösung der Verein schuldenfrei sein kann.

Zuletzt wurde noch ein Antrag verabschiedet, indem die MV eindeutig feststellt, daß die anberaumte MV sich im Interesse des Vereins befindet (solche Beschlüsse sind inzwischen wohl notwendig).

TOP 6: entfiel

TOP 7: Wurde abgesetzt.

TOP 8:

L. Rupprecht wurde in Abwesenheit, vorbehaltlich seiner Zustimmung, zum Rechnungsprüfer gewählt.

TOP 9:

Der Antrag der kritischen Aktionäre ist auf die nächste MV vertagt worden.

Helmut Richter (Vorstand) wünscht die Feststellung im Protokoll, daß über das Problem der CONTRASTE Abonnements (Finanzprobleme CONTRASTE) nicht mehr geredet werden konnte.

Danach wurde die Versammlung beendet.

Einladung

Am **Samstag, den 24. September 1988** findet die nächste **Mitgliederversammlung** statt. Die Versammlung liegt im Interesse des Vereins. Hierzu laden wir alle Mitglieder ein.
Ort: Mainzer Landstr. 147, 4.OG
Beginn: 11 Uhr **pünktlich**
Tagesordnung:
- Satzungsänderung oder Auflösung des Vereins
- Ziele des Vereins
- Neuwahl des Vorstandes
- Verschiedenes

Für den Vorstand:
Helmut Richter,
Michael Berger

Weder Puppenstube noch Ruhekissen – Alltag im Frauenprojekt

Dem Thema „Frauenpolitisches Engagement in Frauenprojekten als Strategie der Frauenbewegung" widmete sich eine Arbeitsgruppe während der Tagung „Der Lockruf des Geldes". Gekommen waren Vertreterinnen aus fünfzehn verschiedenen Frauenprojekten und viele interessierte Einzelfrauen. Schwerpunkt der Diskussion sollte die Frage nach der Rolle der Frauenprojekte als „logistische Basis" der Frauenbewegung sein. (Programmankündigung). Was ist aus den Projekten und insbesondere aus dieser Projektstrategie der Frauenbewegung geworden?

Tatsächlich wurde diese Debatte jedoch durch **das** Ereignis der Woche aktualisiert: die Berliner taz-Frauen waren aufgrund einer am 8. März in der taz erschienen Pornoseite in den Streik getreten!

„Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in gemischten Projekten" war als Thema einer anderen Arbeitsgruppe auf der Tagung vorgesehen. Diese rührend-harmlose Formulierung wurde von der Wirklichkeit rasch eingeholt. „Sexismus in Alternativprojekten" hätte es besser heißen müssen. Daß dies keine Übertreibung ist, zeigten die Reaktionen der taz-Männer auf den Frauenstreik. Was da unter dem Mäntelchen formeller Gleichheit im Projekt jahrelang gebrodelt hatte, kam nun zum Vorschein: trotzig, beleidigt und zynisch geißelten die Jungs die Frauen als humorlos und prüde. Die taz-Frauen jedenfalls erhielten die volle Unterstützung der anwesenden Frauen, schließlich brauchen sich Projektfrauen mit dererlei nicht mehr rumzuschlagen.

Aber, so die Frage der Diskutantinnen, wenn diese „Konfrontation mit dem Gegner" wegfällt, wie sehen dann die „anderen", weiblichen, Strukturen aus? Gibt es in Frauenprojekten keine Hierarchien, keine Konkurrenz und keine Ungerechtigkeiten mehr?

Was als Strategiedebatte geplant war, geriet somit zu einer Auseinandersetzung über die „Inneren Angelegenheiten" der Frauenprojekte. Schon in der Vorstellungsrunde wurde deutlich, daß frauenpolitisches Engagement ganz unterschiedliche Motive voraussetzt: während die Einen den persönlichen Leidensdruck als Ausgangspunkt ihrer Arbeit im Frauenprojekt beschrieben, sahen die Anderen eher den Spaß und das Erproben neuer Arbeitsinhalte und -formen mit Frauen als Leitmotiv ihres Engagements. Diese Gegenüberstellung wurde jedoch von den meisten Frauen nicht akzeptiert; Projektarbeit beinhalte immer mehrere Dimensionen und Betroffenheit als Motiv und Spaß in der Arbeit müsse sich daher nicht ausschließen. Gleichwohl deuteten beide Trends eher auf das Problem des sogenannten Generationenkonflikts, der mittlerweile auch Einzug in die Projekte gehalten hat. Dabei geht es hier weniger um Generationen nach Lebensalter, als vielmehr um Projektgenerationen: Gründerinnen versus Neueinsteigerinnen. Daß die Gründungsfrauen oftmals die ungebrochenen Autoritäten sind, wurde ebenso beklagt wie die Ignoranz der Neueinsteigerinnen gegen die Projektgeschichte und Aufbauarbeit. Aber nicht nur zwischen Projektgenerationen ergeben sich Reibungspunkte, auch unterschiedliche Ansprüche und damit verbundener Einsatz für die Projektarbeit geben Anlaß zu Auseinandersetzungen. Dabei wurde festgestellt, daß dieser Konflikt nicht unbedingt mit dem Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit im Projekt zusammenhängt. Die Konfrontation von sogenannten Macherinnen und Durchschnittsprojektfrauen besteht auch in Projekten, in denen z.B. nur unbezahlt gearbeitet wird. Dabei ist unbestritten, daß mit der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auch ein unterschiedliches Maß an Verbindlichkeit der Projektarbeit einhergeht. Damit ist wiederum nicht notwendigerweise eine größere Identifikation mit der Arbeit im Projekt gegeben. So berichteten einige Frauen, wie sich in ihren Projekten diese Identifikation aus der Sicht der Frauen bestimmt, die nicht bezahlt im Projekt mitarbeiten. Gerade Frauen, die ihr Geld außerhalb des Projekts verdienen, haben völlig andere Ansprüche an die Arbeit im Projekt. Das Frauenprojekt als „Reich der Freiheit" soll nach diesen Vorstellungen eben das ganz Andere der sonstigen (Arbeits-)welt sein. Bitte keinen Streß und kein Gerangel um die Knete, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit, - nicht auch noch hier!

Aber Frauenprojekte sind nunmal weder Puppenstuben noch Ruheinseln, wo alles hübsch übersichtlich und harmonisch ist. Schon gar nicht, wenn einige der Frauen ihre Arbeit als professionell begreifen, die ein gewisses Maß an Organisation, Planung und Verbindlichkeit verlangt. Die fortschreitende Professionalisierung wird denn auch von den Freizeitarbeiterinnen heftig beklagt. Schließlich - und das war das heißeste Eisen in der Diskussion - entwickeln Frauen innerhalb eines Projekts auch unterschiedliche Qualifikationen und Fähigkeiten, die sie jedoch unter dem Druck des „Wir-sind-doch-alle-gleich-gut" ständig nivellieren müssen. Besser oder Schlechter gibt es nicht im Projekt, weil eben nicht sein kann, was nicht sein darf.

Aber wie gehen Projekte nun mit all den genannten Problemen um? Welche Konfliktvermittlungsformen haben Frauen in ihren Projekten entwickelt? An dieser Stelle machte sich einige Ratlosigkeit bei den Diskutantinnen breit. Die Konfliktvermittlung, so stellten sie einmütig fest, verlaufe eher naturwüchsig. Demnach gibt es im Rahmen des normalen Projektalltags kaum ausreichende Möglichkeiten und genügend Zeit, um interne Konflikte in ihrer ganzen Bandbreite zuzulassen. Da wird sich eben immer „irgendwie" wieder zusammengerauft zugunsten der gemeinsamen Ziele und Arbeit. The Show must go on! In einigen Projekte gäbe es zwar schon Supervision „von außen", aber auch das sei nur eine Notlösung. Einige Frauen berichteten über ihre individuellen Bewältigungsstrategien: „wenn es mir zu bunt wird, gehe ich einfach eher nach Hause".

All dies, wurde abschlies send selbstkritisch festgehalten, mache deutlich, daß es in den Projekten nicht befriedigend gelungen ist, die doch von allen gewollten transparenten Entscheidungsstrukturen und Problemlösungskonzepte zu entwickeln. Als eine Ursache für dieses Defizit wurde der ständige Druck, der von außen an die Projekte herangetragen wird, benannt. Der ewige Kampf um die Knete und die damit verbundene unsichere Projektperspektive machen eine langfristige Planung unmöglich. Dadurch fällt es auch schwer, sich die notwendigen Ruhepausen für projektinterne Probleme zu verschaffen oder sich einfach mal auf die eigenen Erfolge zu besinnen. Indem sie aber ihre Arbeit nicht immer hinreichend sichtbar machten, handeln sich die Projekte gleichermaßen den Vorwurf ein, sie seien unpolitisch geworden.

Da beklagen sich neuerdings vorwiegend die jüngeren Frauen über den Niedergang der Frauenbewegung im allgemeinen und die Bequemlichkeit der Frauenprojekte im besonderen: Is doch nix mehr los mit den Frauen, die hocken in ihren Projekten und wuseln vor sich hin, anstatt mal anständig Politik zu machen! Frauenforschung und -bildung, Gesundheitsberatung, Kunst und Kultur, Krise und Lesben, - für alles gibt es Frauenprojekte, nur Politik, die wird nicht gemacht. Diese Kritik war allen Projektfrauen wohl bekannt und führte zu der Einschätzung, daß gerade diese Selbstverständlichkeit, mit der die Existenz der Frauenprojekte zur Kenntnis genommen wird, auch ein Ausdruck des Erfolgs ihrer Arbeit ist. Die Frauenbewegung hat eine frauenspezifische Infrastruktur aufgebaut, die heute einfach als gegeben angesehen wird, aber die Existenz derartiger Projekte ist ja bereits ein Politikum.

Gleichwohl werden sich die Erfolge der Frauenprojekte von ganz Anderen zunutze gemacht. Frauenbeauftragte, Senatoren und konservative Politiker schmücken sich gerne mit dem Hinweis auf ihre Unterstützung für die notwendige und wichtige Arbeit der Projekte. Sozialdemokratische Ministerpräsidenten werden gar über Nacht zu Medienstars, wenn sie, wie in den Thesen Oskar Lafontaines, unter anderem auch über die Neubestimmung des gesellschaftlichen Arbeitsbegriffs nachdenken. Gerade die Frauenprojekte haben doch in ihrem Kampf um die Anerkennung und Bezahlung ihrer Arbeit dieses Problem nicht wieder formuliert. Allerdings nicht in einer breiteren Öffentlichkeit, dazu fehlt es in der Tat an gesellschaftlicher Macht und Einfluß, wie abschließend festgestellt wurde.

Das war dann auch das Fazit der Diskussion: Wir haben viel geschafft und wenig erreicht. Zwar haben Frauenprojekte in den letzten Jahren neben ihrer praktischen Arbeit gesellschaftliche Tabuthemen, wie z.B. die Gewalt gegen Frauen, immer wieder in das Licht der Öffentlichkeit gebracht, an den bestehenden Gewaltverhältnissen hat sich hingegen überhaupt nichts geändert. Im Gegenteil, gerade die zunehmende Gewalt oder die Diskussion über das sogenannte Beratungsgesetz machen deutlich, welche Auseinandersetzungen noch bevorstehen. Viel Zeit zum Ausruhen ist da sicher nicht in Sicht.

Umso notwendiger sind daher solche Diskussionen, wie sie auf der Berliner Tagung geführt wurden, resümierten die Teilnehmerinnen.

Die Arbeitsgruppe kam zu keinem abschließenden Ergebnis, dafür konnten hier aber endlich mal einige spannende Fragen diskutiert werden.

Christa Nesemann
Friesenstr. 14
1000 Berlin 61
☎ (030) 693 86 19

Frauenberatung im Netzwerk

Beim Netzwerk Bremen Nordniedersachsen gibt es seit fast zwei Jahren KUSS (Kooperationsstelle für kulturelle und soziale Selbstverwaltung). Die drei MitarbeiterInnen beraten in Sachen ABM, arbeiten beim „Bremer Topf", dem Förderkonzept für Selbsthilfegruppen und selbstverwalteten Projekte mit, führen Weiterbildungsveranstaltungen durch, unterstützen die Kooperation und Vernetzung der Bremer Szene und machen noch sehr viel mehr. Aus Zeitgründen ist dabei das Eruieren von nationalen und EG-Fördermöglichkeiten für gewerbliche und nichtgewerbliche Frauenprojekte und eine engere Zusammenarbeit mit dem autonomen Bremer Frauenprojekteplenum zu kurz gekommen. Damit das in Zukunft anders wird, wurde eine ABM- Stelle für Petra Schallhöfer beantragt, die die Beratung von Frauenprojekten im Netzwerk übernehmen soll.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Erstes Treffen der nationalen Frauennetzwerkgruppe

Würzburg: Im Mai 1988 fand in Würzburg im Tagungshaus der Friedrich-Ebert-Stiftung das erste Treffen der nationalen Netzwerkgruppe „Frauen in örtlichen Beschäftigungsinitiativen" statt. Angeregt wurde diese Zusammenkunft von Christa Nesemann und Lu Haas, den beiden Vertreterinnen des gleichnamigen EG-Netzes (siehe CONTRASTE 12/87).

24 Fachfrauen aus 16 Frauenprojekten und Beratungseinrichtungen aus unterschiedlichen Bundesländern diskutierten eine Woche lang über die Situation der Frauenbeschäftigungs-, bildungs- und sozialprojekte. Schwerpunkte der Tagung waren die Themen: Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für gewerbliche Frauenbetriebe und soziale Frauenprojekte; bestehende und mögliche Rechtsformen; wissenschaftliche Untersuchungen zur Entwicklung beruflicher Selbständigkeit von Frauen.

Einig waren sich die Teilnehmerinnen nach einem Erfahrungsaustausch über den Zugang zur Kreditvergabe der Banken und spezieller Förderprogramm, daß diese bislang an den besonderen Bedürfnissen und Lebensbedingungen von Frauen vorbeigehen. Eine direkte Diskriminierung der Frauen durch die Banken wurde zwar verneint, es wurde aber darauf hingewiesen, daß die üblichen Vorstellungen bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit von Personen immer noch von männlichen Berufskarrieren und den entsprechenden formalen Qualifikationen geprägt seien und so die Anerkennung spezifisch weiblicher Qualifikationen verhinderten.

An die Ökobank ergeht deshalb die Aufforderung, bei der Kreditvergabe formale Qualifikationen den Qualifikationen gleichzustellen, die von Frauen in Phasen der Erwerbslosigkeit, also bei Familien- und Hausarbeit erworben werden.

So sei beispielsweise die mangelnde Expansion von Frauenbetrieben nicht nur als fehlende Risikobereitschaft der Frauen zu interpretieren, die Ursachen vermuteten die Fachfrauen unter anderem in mangelnden Beratungsangeboten. Die Banken sollten deshalb an gut funktionierende kleine Frauenbetriebe offensiv herantreten und Kredite zur Vergrößerung des Unternehmens anbieten. Andererseits sollten Frauen nach der anstrengenden Aufbauphase eines eigenen Betriebes aber auch die Möglichkeit haben, die Expansion zu verweigern, um unabhängig von Krediten leben zu können.

Bei der Vergabe von ERP-Krediten wurde kritisiert, daß die Haftung durch den Ehepartner zwingend vorgeschrieben ist. Die Fachfrauen schlugen vor, daß die Hausbanken, die Öko- oder die Landesausgleichsbank statt dessen Ersatzbürgen oder Bürgengemeinschaften anerkennen sollten.

Neben diesen thematischen Schwerpunkten wurde auch überlegt, wie es mit dem Frauennetzwerk in Zukunft weitergehen soll: Priorität wurde hier zunächst der Informations politik eingeräumt. Kommunal, Regional, Länder- und Bundesprogramme sollen auf Finanzierungsmöglichkeiten hin für soziale und gewerbliche Frauenprojekte durchgeforstet werden, Informationen hierüber sollen ausgetauscht und interne Weiterbildung der Netzmitglieder organisiert werden. Auf regelmäßigen Treffs des Frauennetzwerkes sollen Forderungen zur finanziellen und rechtlichen Verbesserung der Frauenbetriebe und -projekte entwickelt und an die entsprechenden Stellen einschließlich der Europäischen Gemeinschaft weitergeleitet werden.

Da das Frauennetzwerk noch nicht über ein eigenes Büro mit einer fest angestellten Frau verfügt, wurde beschlossen, daß die Informationen bis auf weiteres bei folgenden Kontaktfrauen gesammelt werden sollen:

Uschi Susan von den Frauenbetrieben
Hamburger Allee 96
6000 Frankfurt/Main

Christa Nesemann vom AK autonomer Frauen- und Alternativprojekte
Hasenheide 54
1000 Berlin 61

Petra Schallhöfer von Netzwerk Bremen
Fehrfeld 60
2800 Bremen 1
Tel. (0421) 70 45 81

Ricarda und Christa Petra Schallhöfer

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Perestroika durch Genossenschaften

Aktuelles zur Entwicklung der Genossenschaften in der UdSSR – und bei uns

Red. Köln/Bonn Anlaß dieses Artikels ist die Beratung eines „Gesetzesentwurfs über die Genossenschaften" durch den Obersten Sowjet. Trotz völlig unterschiedlicher Ausgangsbedingungen der Genossenschaftsentwicklung in der UdSSR lassen sich deutliche Parallelen zur Diskussion in der Bundesrepublik erkennen.

Ludger Porada

„Die Genossenschafsbewegung, all ihre Vielfalt muß wiederbelebt werden. Selbstverständlich unter Berücksichtigung der neuen Bedingungen und der neuen Bedürfnisse. Wir müssen nicht die Genossenschaften in ihren alten, häufig sehr einfachen Formen, sondern eine moderne, kulturvolle Genossenschaft wieder aufbauen ...". Dies ist nicht etwa die wohlbekannte Forderung aus der neuen deutschen Genossenschaftsbewegung! Es ist ein Zitat von Michael Gorbatschow aus seiner Rede vom 23. März 1988 auf dem 4. Unionskongreß der Kolchosbauern, in der er einen neuen Gesetzentwurf über die Genossenschaften begründet.

In seinen Ausführungen betonte er: „Die Grundlage, den Kern des neuen Dokuments bildet die Anerkennung des genossenschaftlichen Sektors als gleichberechtigter Bestandteil des einheitlichen Volkswirtschaftskomplexes des Landes." Auch dies ist eine schon lang erhobene Forderung aus der Selbstverwaltungswirtschaft, trotz gegensätzlicher ordnungspolitischer Leitbilder. Erstaunt fragt man sich, ob nicht die Genossenschaftsbewegung im „Mutterland des Sozialismus" längst einen gleichberechtigten Platz gefunden hat. Wie kommt es also zu dieser fast ketzerischen Aussage des Parteichefs und welche Entwicklungen sind mit unserer Genossenschaft vergleichbar?

Fehlentwicklung des genossenschaftlichen Sektors

Die sowjetische Genossenschaftsbewegung hat ihre tiefen Wurzeln in der sozialistischen Revolution und ist fest in Partei und Staat verankert. Ihren Aufschwung nahm die Genossenschaftsbewegung in den 20er Jahren. Fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Produzenten war in Agrargenossenschaften organisiert, ein Großteil der Versorgung der Bürger mit Konsum und Industriegütern wurde von Konsumgenossenschaften übernommen. Es entwickelte sich ein vielfältiges, lebendiges Genossenschaftswesen. Die Kollektivierung, Zentralisierung und Verstaatlichung der Genossenschaften mit Beginn der 30er Jahre beendete jedoch deren Vielfalt und Eigenständigkeit.

Gorbatschow beschreibt die Entwicklung wie folgt: „Unter den Bedingungen eines nichtäquivalenten Austausches zwischen dem Staatssektor und den Genossenschaften, der Verstärkung von Befehlsmethoden der Leitung, der Einengung demokratischer Grundlagen des Lebens der Gesellschaft wurde auch die Idee der Genossenschaft mit Füßen getreten und ihre Rolle herabgesetzt, sie büßte ihre Formenvielfalt ein." Gewerbliche Genossenschaften wurden liquidiert, andere genossenschaftliche Tätigkeiten als die der Agrarproduktion verboten.

Hier ist die Kritik am Zustand der traditionellen Genossenschaften ähnlich. Leidet drüben die Genossenschaftsbewegung an den Austauschbeziehungen zum Staatssektor, so kranken die Genossenschaften in Deutschland an der Anpassung an privat-kapitalistische Wirtschaftsmethoden. Zentralisierung, Delegation von Entscheidungsbefugnissen an Großverwaltungen haben auch bei uns zu Reduktion der Formenvielfalt und vor allem, zum Verlust der demokratischen Reformprinzipien geführt.

Hüben wie drüben kommt der Lenkungsfunktion des Staates eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Genossenschaftswesens zu. In beiden Ländern kam es aufgrund restriktiver, ordungspolitischer Zielvorstellungen zu Fehlentwicklungen des genossenschaftlichen Sektors. Will man diesen Zustand verändern, dann ist der Staat aufgerufen, die Rahmenbedingungen durch gesetzgeberische Initiativen umzugestalten.

Erneuerung durch gesetzliche Initiative

Michael Gorbatschow macht dafür Vorschläge, denen wir uns anschließen könnten: „Das Ziel dieses Gesetzes besteht darin, die Festigung und Entwicklung des genossenschaftlich-kollektivwirtschaftlichen Eigentums zu gewährleisten, einen rechtlichen Schutzmechanismus für die genossenschaftliche Demokratie zu schaffen, die ökonomischen, organisatorischen und rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit der genossenschaftlichen Betriebe und Organisationen aller Art zu gestalten, ihre Rechte und Pflichten sowie ihre Zusammenarbeit mit den staatlichen und wirtschaftlichen Organen zu regeln".

Die Gesetzesinitiative über die Genossenschaften beinhaltet folgende Kernpunkte.

- Neu/Umstrukturierung der Tauschbeziehungen zwischen Staat und Genossenschaften zur Gleichstellung.
- Prinzip der Freiwilligkeit. Jeder soll das Recht haben, sich in Genossenschaften zu organisieren.
- Erlaubnis des Außenhandels
- Prinzip der „wirtschaftlichen Rechnungsführung". D.h., die Genossenschaften sollen auf Grundlagen größtmöglicher Autonomie über Kauf und Verkauf von Produkten entscheiden können.
- Dezentralisierung der Agrargenossenschaften. (Kolchosen) durch Pacht- und Klein-Gruppen-Vertragsformen zwischen Arbeitskollektiven und Kolchosdirektionen.
- Förderung der Zusammenarbeit von Genossenschaften aller Wirtschaftsbereiche.
- Demokratisierung des Verwaltungsapparates (Begrenzung der Funktionärs-Amtszeiten).

Wiederbelebung demokratischen Reformpotentials

Mit der Einführung der „wirtschaftlichen Rechnungsführung" und Neuordnung der Tauschbeziehungen zwischen den Sektoren schlachtet Gorbatschow heilige Kühe des real existierenden Sozialismus. Kritiker im Kreml befürchten die Entstehung von Ungerechtigkeiten durch die Einführung markt-wirtschaftlicher Prinzipien. Auch hier hat Gorbatschow vorgebeugt. Die Gesetzesinitiative sieht eine progressive Besteuerung auf die Gewinne der Genossenschaften vor, die bis zu 90 % gehen kann.

Die Sowjetführung verspricht sich durch die Gesetzesinitiative eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen. Es geht aber auch um die Wiederbelebung des verlorengegangenen demokratischen Reformpotentials der Genossenschaftsbewegung. Dazu Original-Ton Gorbatschow: „Nicht unwichtig ist auch ein anderer Aspekt: Die Lösung von Sozialfragen ... Die Arbeit in Genossenschaften wird das Familieneinkommen steigern und die Ressourcen der örtlichen Haushalte für die Entwicklung der sozialen Infrastruktur auffüllen."

Gorbatschow als Begründer

DIe offizielle Berichterstattung in unseren Medien beklatscht die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien, doch hätte Michael Gorbatschow die gleiche Rede in der Bundesrepublik - bezogen auf die bundesdeutsche Situation - gehalten, wäre ein Aufschrei der Empörung quer durch die politischen Lager gegangen. Die Selbstverwaltungsbewegung könnte sich allerdings glücklich schätzen, einen so bedeutenden Staatsmann zum Sachverwalter ihrer Interessen zu haben. Deshalb mein Vorschlag: Wir stellen zunächst unsere bescheidenen Vorschläge zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes zurück, übersetzen den Gesetzesentwurf Gorbatschows, beauftragen unsere Volksvertreter mit der Beratung des Gesetzes im Bundestag und bitten Michael Gorbatschow den Gesetzentwurf zu begründen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CECOP Import/Export-Datenbank Aufbau bis 1990

Red. Köln/Bonn Ab 1990 wird der Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen europäischen Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetrieben wesentlich erleichtert. Mit einem Budget von über 1.000.000 DM soll bis dahin eine Datenbank aufgebaut werden. Voraussetzung für die Eintragung in diese Datenbank ist eine Mitgliedschaft in der CECOP oder einem hier angeschlossenen bzw. assoziierten Verband. Für ein Jahr kostet der Festeintrag einer Nachfrage ca. 100,- DM; ein entsprechendes Verkaufs-Angebot wird ungefähr 500,- DM kosten. Die Angebote und Nachfragen sollen für Verbraucher kostenlos im Online- Verfahren abrufbar sein.

In der Bundesrepublik fehlen bisher Aktive, die diese Informationsvernetzung aufbauen und tragen. InteressentInnen können eine englischsprachige Kurzinformation anfordern bei:

ICGA
c/o Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens
Am Hofgarten 20
5300 Bonn 1
(Stichwort: CECOP-Datenbank).

Wolfgang Beywl

Alternative Betriebe in NRW Berichtsband 1984 wieder erhältlich

Red. Köln/Bonn Die *„Forschungsgruppe selbstverwaltete Betriebe in NRW"* am Fachbereich 1 der Universität Wuppertal hat ihre laufende Bestandsaufnahme fast abgeschlossen (siehe CONTRASTE 1/88, S. 3). Bei den zahlreichen Kontakten mit Betrieben und Projekten wurde immer wieder nach der Veröffentlichung der vorangegangenen Untersuchung (alternativer Betriebe in NRW) gefragt. Inzwischen liegt beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein Nachdruck des 1984er Berichtsbandes vor. Er kann dort kostenlos angefordert werden (MAGS, Pressestelle, Orionplatz 1, 4000 Düsseldorf 1).

Genossenschaftsförderung

Gründungshilfe-Handbuch II

Unser „Gründungsleitfaden für gemeinschaftliche Wohnformen", den wir mit dem *Wohnbund e.V.* herausbringen, steht vor der Veröffentlichung. Das Buch hat einen Umfang von ca. 130 Seiten. Angesichts sich verändernder Bedingungen auf dem Wohnungs(bau)-Sektor soll das Buch einen fundierten, praxis-orientierten Beitrag zur Diskussion um neue Formen gemeinschaftlichen Wohnen bieten. Aus dem Inhalt:

- Vorwort von *Hans-Ulrich Klose*, Einführung von *Klaus Novy*
- Vorstellung gemeinschaftlicher Wohnprojekte
- Übersicht über den rechtlichen Gestaltungsrahmen für gemeinschaftliches Eigentum
- Tips und Ratschläge für Baufinanzierung und Altbausanierung
- Gemeinschaftliche Wohnformen und Politik
- Neue Förderwege im Subventionsdschungel
- Glossar wohnungswirtschaftlicher Fachausdrücke
- Anhang mit Literatur- und Adreßverzeichnis

Das Buch kann zum Preis von 12,- DM (10,- DM für Mitglieder) erworben werden. Bestellungen nimmt das Vereinsbüro entgegen.

Beratungsangebot des Vereins

In der Vorstandssitzung vom 19. Mai wurde beschlossen, die Tätigkeit des *neuen Modellprojektes* des Vereins am 1. September 1988 aufzunehmen. Die Finanzierung der Arbeit wird durch die Projektförderung des Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung „Förderung und Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik" sichergestellt. Auch bezüglich der personellen Besetzung dieser „Verbundsstelle" sind Entscheidungen gefallen. *Jochen Reinalda*, Mitarbeiter der *blätterwald e.G.*, wird das Team im Vereinsbüro verstärken. Die *Verbundsstelle* soll dann Beratungsleistungen in folgenden Bereichen anbieten:

- Aufbauhilfe (rechtliche und organisatorische Beratung beim Gründungsprozeß)
- betriebswirtschaftliche Beratung (Beratung über öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten für den Projektaufbau und Hilfen bei der Erarbeitung von Finanzierungskonzepten)
- Hilfen bei Verhandlungen mit den genossenschaftlichen Prüfungsverbänden
- Beratung in Fragen der Arbeitsorganisation von selbstverwalteten Betrieben

Das Beratungsangebot richtet sich insbesondere an Personen(gruppen), die auf dem formellen Arbeitsmarkt benachteiligt sind und die Gründung eines genossenschaftlich geführten Betriebes anstreben. Ziel der Betriebsgründung soll die Schaffung von dauerhaft, wirtschaftlich tragfähigen Arbeitsplätzen auf selbstverwalteter Grundlage sein. Interessierte Personen(gruppen), insbesondere Arbeitsloseninitiativen, können schon jetzt mit dem Verein in Kontakt treten.

Mitgliederversammlung

Die Jahreshauptversammlung des Vereins wird voraussichtlich am 27. Oktober, im Anschluß an das internationale Raiffeisen-Seminar des Vereins (26.-27. Oktober), in Bonn stattfinden. Schriftliche Einladungen werden Mitgliedern rechtzeitig zugehen.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 52 90

Kollektiv & Recht

GmbH-GesellschafterIn – Krankenversicherungspflichtig?

Aus aktuellem Anlaß möchten wir dieses Thema erneut aufgreifen. Von der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht werden u.a. Arbeiter und Angestellte erfaßt. Bei der Frage, ob ein/e GesellschafterIn nun krankenversicherungspflichtig ist oder nicht, folglich die Frage zu klären, ob ein abhängiges Arbeitsverhältnis vorliegt oder nicht. Hierzu folgenden Entscheidungen:

– Gesellschafter einer GmbH, die für die Gesellschaft als Geschäftsführer tätig sind, nehmen nicht die Stellung eines Arbeitnehmers ein, wenn die Kapitalbeteiligung ausreicht, um einen maßgeblichen Einfluß auf die Gesellschaft zu nehmen. Dies ist bereits dann der Fall wenn (...) über mindestens die Hälfte des Stammkapitals verfügt (wird).
BSG vom 22.11.74 - USK 74139.

– Verfügt ein mitarbeitender Gesellschafter über weniger als 50% (...), so ist eine Arbeitnehmerschaft ggfs. schon dann ausgeschlossen, wenn er über eine Sperrminorität verfügt.
BSG vom 15.12.71 - USK 71199

– Dieses gilt auch, wenn er bei seiner Geschäftsführung keinerlei Weisungen unterliegt um seine Tätigkeit entsprechend den Belangen des Unternehmens, die im Ergebnis mit seinen Belangen identisch sind, selbst frei entscheiden kann. BSG vom 31.07.74 - USK 7467

– Bei Gesellschafter- Geschäftsführern einer GmbH, die nach ihrer Kapitalbeteiligung keinen beherrschenden Einfluß auf die GmbH haben, ist für die Annahme, daß Versicherungspflicht nicht in Betracht kommt, dann Raum, wenn sämtliche Gesellschafter zu Geschäftsführern bestellt sind und sie zudem aufgrund ihrer Kapitalbeteiligung an der GmbH ein erhebliches Unternehmerrisiko tragen.
BSG vom 24.06.82 - 12 RK 45/80

– Der Geschäftsführer einer GmbH, der 51% ihrer Stammeinlagen besitzt, ist Unternehmer, auch wenn er eine monatliche Vergütung als Geschäftsführer erhält.
Hess. LSG vom 24.01.61 - L 3 U 170/60

Zusammenfassend kann festgestellt werden, eine Sozialversicherungspflicht liegt dann nicht vor, wenn eine Unternehmereigenschaft festgestellt werden kann. Dieses kann auch bei einer Beteiligung von nur 25% am Stammkapital sein.

Steuerrechtlich gehen die Gehälter als Kosten ein, auch wenn keine Sozialversicherungspflicht besteht.

Kollektive, die sozialversicherungspflichtig sein wollen, müssen also durch den GmbH-Vertrag die sogenannte Unternehmerfunktion einschränken und zwar sehr massiv. Kollektive, die sozialversicherungsfrei bleiben wollen, müssen - und das kann natürlich ziemlich im Gegensatz zum Selbstverständnis stehen - jedem/r GesellschafterIn weitgehende Befugnisse einräumen, damit eine Unternehmerfunktion gegeben ist.

Bei Unklarheit kann eine endgültige Entscheidung auch durch die jeweils zuständige AOK herbeigeführt werden unter Vorlage des Gesellschaftervertrages. Die Entscheidung sollte immer schriftlich angefordert werden!

H.D.

Die Redaktion der Service-Seite ist bemüht, aktuelle Fragen aufzugreifen. Wer Themenvorschläge machen will oder auch konkrete Fragen zu anstehenden Problemen hat, der kann sich an die Hamburger Redaktion wenden. Wir greifen diese Fragen thematisch auf, beantworten sie direkt oder leiten sie an entsprechende Einrichtungen zur Bearbeitung und Beantwortung weiter.

Redaktion Hamburg
Rat & Plan
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
☎ (040) 439 91 22

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Rezension

Produktlinienanalyse Bedürfnisse, Produkte und ihre Folgen

Mit dem Verschmutzungsgrad der Umwelt wächst das Interesse an verträglichen Produkten. Wegen der kaum überschaubaren Neben- und Wechselwirkungen von Gütern und Dienstleistungen fallen Entscheidungen zwischen Alternativen schwer. Beispiel Trinkwasser: Ist die Aufbereitung in Haushalts-Kleinfiltern oder ist der Bezug von Quellwasser in Plastikflaschen ökologisch und sozial verantwortbar? Zur Beantwortung dieser Frage muß der gesamte Lebenszyklus der Produkte untersucht werden: Rohstoffgewinnung, Herstellung, Transport und Entsorgung. Über diese „Produktlinie" die vielfältigsten ökonomischen, gesellschaftlichen und umweltrelevanten Einwirkungen zu verfolgen, eine „Produktlinienanalyse" durchzuführen, ist die Alternative zum kurzatmigen Abwägen auf der Basis überkommener Kriterien, sei dies der Preis, das Produktprestige oder ein Komfortversprechen.

In der Produktlinienanalyse finden EinkäuferInnen in Kollektivbetrieben, KonsumentInnen oder Initiativgruppenmitglieder ein Hilfsmittel zur Entscheidungsfindung vor, ein Instrument, um Informationen über die Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit von Produktalternativen zusammenzustellen, zu ordnen und zu bewerten. In systematisch aufeinander aufbauenden Analyseschritten werden intelligente Entscheidungen über Konsum oder Investitionen möglich.

Auch Nicht-Experten können mit diesem Instrument arbeiten, können das bemerkenswert allgemeinverständliche, gleichzeitig wissenschaftlich präzise argumentierende Buch durcharbeiten. In vier Anwendungsfeldern („Raumwärme", „Bauen und Wohnen", „Wäschewaschen", „Tourismus") wird die Leistungsfähigkeit des Verfahrens demonstriert. Dem Buch liegt ein kritisches, den „Neuen Sozialen Bewegungen" verpflichtetes Wissenschaftsverständnis zugrunde, es enthält einen neuen Ansatz zur Verbindung von Theorie und Praxis, von Gesellschafts- und Naturwissenschaften.

Wolfgang Beywl

Projektgruppe Ökologisches Wirtschaften (Hrsg.): Produktlinienanalyse. Bedürfnisse, Produkte und ihre Folgen (ein Diskussionsbeitrag aus dem Ökoinstitut), Köln: Volksblatt Verlag 1987, 180 S.

Redaktion Schwarzer Faden, Postfach 11 59; 7043 Grafenau 1

Vermeidung von Sozialversicherungsbeiträgen bei Aushilfslöhnen

Red. Heidelberg Auch in selbstverwalteten Betrieben werden Aushilfskräfte beschäftigt, deren monatliches Entgelt DM 440,- (für 1988) nicht übersteigt und der Lohn gem. § 40a EStG pauschal mit 10% Lohnsteuer (in der Land- und Forstwirtschaft mit 2% Lohnsteuer) und 7% Kirchensteuer versteuert wird.

Bei Betriebsprüfungen von Finanzämtern und Krankenkassen sind gerade diese Aushilfslöhne häufig Streitpunkte mit den Prüfern. So muß neben den Voraussetzungen für die Anerkennung von Aushilfslöhnen (nicht mehr als 12,- DM/Std., weniger als 15 Std./Woche) auch ein Nachweis über die geleisteten Stunden erbracht werden. Dies geschieht in der Regel durch Aushilfslohnquittungen, bei denen die Arbeitstage und -stunden aufzuführen sind. Da es aber viele Arbeitgeber versäumen, auf die Einhaltung der Vorschriften zu achten, verweigern die Prüfer häufig die Anerkennung der Aushilfslöhne und behandeln die Aushilfslöhne als „normale Löhne" mit allen steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Konsequenzen. Ratsam ist daher der Abschluß eines Arbeitsvertrages für Aushilfskräfte unter Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit und des Stundenlohnes.

Ein weiteres Problem ergibt sich, wenn der Arbeitnehmer mehreren Beschäftigungen nachgeht, bei denen der Aushilfslohn jeweils pauschaliert wird. In diesem Falle sind die Aushilfslöhne aus allen Beschäftigungsverhältnissen zu addieren und dabei darf das Entgelt insgesamt DM 440,-/Monat nicht übersteigen. Da der Arbeitgeber in der Regel keine Kenntnis von weiteren Beschäftigungsverhältnissen hat, versteuert er den Aushilfslohn mit der Pauschale.

Vor kurzem hat das Bundessozialgericht in Kassel in einem Musterprozeß (AZ: 12 RK 43/87) entschieden, daß ein Arbeitgeber auch dann Sozialversicherungsbeiträge abführen muß, wenn ein Arbeitnehmer ihm die Existenz von anderen Beschäftigungsverhältnissen verschwiegen hat. Dem Arbeitgeber bleibt in der Zukunft nichts anderes übrig - will er weiterhin die Aushilfslöhne pauschalieren - als sich von den Beschäftigten schriftlich erklären zu lassen, daß sie keiner weiteren Beschäftigung nachgehen und in Zukunft aufgenommene Beschäftigungen dem Arbeitgeber unverzüglich mitteilen.

Veschweigt der Beschäftigte dann eine weitere Beschäftigung und stellt sich bei einer Prüfung dieser Sachverhalt heraus, so ist der Arbeitgeber trotzdem verpflichtet, die Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Der Arbeitgeber kann in diesem Fall allerdings von dem Beschäftigten Schadenersatz wegen sittenwidriger Täuschung verlangen.

Herbert Siebert
(which side are you on, Herbert? fragt die säzzerin)

Glück gehabt!

Rüdiger Mannig

Red. Hamburg Mitgefangen - mitgehangen: Wenn im SV- Betrieb eine Aufsichtspflicht oder ähnliches verletzt wird, dann ist nicht jeder für seinen Bereich allein verantwortlich, sondern alle KollektivistInnen müssen vor den Kadi. Dies betrifft nicht nur die StVO, sondern genauso auch das Bau-, Gewerbe- oder Polizeirecht. Nehmen wir das Beispiel „Überladung":

Norbert kommt von einer Auslieferungstour zurück - verspätet, weil die Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft, sprich Bullen, ihn wegen ein paar Pfunden zuviel auf dem Anhänger zum Besuch einer öffentlichen Waage überredet hatten.

Die arbeitnehmerfreundlichen Bußgeldbescheide kommen 3 Monate später: Norbert erhält als Führer des LKW mit Anhänger wegen Lastüberschreitung in Flensburg eine Gutschrift von drei Punkten zum Preis von 275,-- DM. Gegen den Halter, zufällig ich, weil das Fahrzeug noch nicht auf die Kollektiv-GmbH umgemeldet ist, verhängt die Verkehrsbehörde ebenfalls drei Punkte. Diesmal jedoch zum Preis von 530,-- DM.

Für die Behörderdenfredy's ist offensichtlich klar: Hier hat ein raffgieriger Güterkraftverkehrsunternehmer seinem Fahrer angeordnet, zum Zwecke der Gewinnmaximierung die StVO zu ignorieren. Diese Vermutung hat ihre Berechtigung in traditionell strukturierten Betrieben hinsichtlich der Arbeitsbedingungen von Berufskraftfahrern. Indes, die herrschenden Verhältnisse sind bei uns ganz im Geiste der Selbstverwaltungsbewegung geregelt. Weil kein Chef da ist, bestimmt jeder Kollege sein Verhältnis zur StVO selbst, von Sachzwängen mal abgesehen.

Nach Lage der Dinge und Auffassung unserer Rechtskoryphäen ist über den Tatbestand der Ordnungswidrigkeit als solcher nicht zu diskutieren. Wir akzeptieren Norberts Bußgeldbescheid, zahlen die Buße aus der Kollektivkasse (nach Abzug der Einkommenssteuer) und versprechen Norbert einen Job an der Sonne, falls er wegen der Punkte mal seinen Führerschein verlieren sollte. Damit wird der Bußgeldbescheid rechtskräftig. Gegen den Halter-Bußgeldbescheid erhoben wir Einspruch, da die Haltereigenschaft längst auf die GmbH übergegangen war.

Session mit dem Richter

Justizia indes will den Bußgeldbescheid nicht ohne weiteres aufheben, sondern signalisiert Dialogbereitschaft in Form eines Gerichtstermins. Die Anreise von Norbert, Matthias (unserem Rechtsspezi) und mir zum Tempel der Gerechtigkeit gerät fast zum Betriebsausflug, auch deshalb, weil ein Freispruch sicher scheint. Unsere Strategie geht insofern auf, als auch unser Richter im Namen des Volkes der Auffassung ist, die GmbH sei nunmehr der tatsächliche Fahrzeughalter. Leider ist jedoch die GmbH nicht haftungsbeschränkend in Bezug auf die StVO. Besonders deshalb, weil nun ein unüberbrückbarer Dissenz auftritt in der Frage, wer nun die Ordnungswidrigkeit als GmbH-Vertreter zu verantworten hat. Meinem Exkurs in die Niederungen der Selbstverwaltung kann oder will das Gericht nicht folgen. Die Vermittlung unserer Betriebsstruktur, d.h. jeder Fahrer = Gesellschafter = alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer = Fahrzeughalter und somit = jeder ist für seinen Arbeitsplatz selbst verantwortlich, ohne daß ihm ein anderer unmittelbar rechtlich wirksam dreinreden könnte, gelingt nicht. Kollektive Geschäftsführung heißt für den Richter: „Dann müßten hier eigentlich alle Geschäftsführer sitzen!". Der Richter verbohrt sich in der Auffassung, ich in meiner Eigenschaft als Mitgeschäftsführer hätte Norbert an seiner Tat durch geeignete Maßnahmen hindern können und müssen. Über die Gestaltung der geeigneten Maßnahmen schweigt er sich aus. Dennoch wird das Verfahren eingestellt, vermutlich deshalb, weil der Richter keinen Bock hatte, seine eigene Auffassung in Form eines Urteils zu begründen. Also noch mal Glück gehabt.

Tips, Informationen, Interessantes

Arbeitsförderung

Wird eine Fortbildungsmaßnahme durch das Arbeitsamt finanziert und arbeitet der- /diejenige nicht innerhalb von vier Jahren wenigstens drei Jahre sozialversicherungspflichtig, bzw. ist diese Person nicht entsprechend arbeitslos gemeldet, sind dem Arbeitsamt die Aufwendungen für diese Fortbildungsmaßnahme zu ersetzen!
BSG - 11 RAr 62/86

Arbeitslosenhilfe

Bezieher von Arbeitslosenhilfe müssen sich bei der Berechnung das Einkommen des in eheähnlicher Lebensgemeinschaft lebenden Partners mit anrechnen lassen. Das Bundessozialgericht hat diese Regelung als mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt. Liegt eine eheähnliche Lebensgemeinschaft vor, dann ist es Rechtens, bei der Bedürftigkeitsprüfung für den Bezug von Arbeitslosenhilfe eheähnliche Lebensgemeinschaften mit Verheirateten gleichzusetzen, zwecks Vermeidung einer Benachteiligung. Das Gericht: „Rechtliche Unterschiede zwischen beiden Gemeinschaften stehen dem ebensowenig entgegen wie eine anderweit unterschiedliche Behandlung in der Rechtsordnung."
BSG 24.3.88 - 7 RAr 81/86

Arbeitslosenversicherung

Wird ein/e EmpfängerIn von Arbeitslosenhilfe in eine ABM-Stelle für ein Jahr vermittelt, in der das Arbeitsentgelt so niedrig ist, daß das anschließende Arbeitslosengeld niedriger wäre, als die vorher bezogene Arbeitslosenhilfe, so ist das Arbeitslosengeld auf die vorherige Höhe der Arbeitslosenhilfe aufzustocken.
Sozialgericht Hildesheim, 3.11.87 - S 16 Ar 166/87

Private Kranken versicherung

Ist jemand privat krankenversichert, aber nur mit den mit gesetzlichen Krankenkassen vergleichbaren Regelleistungen, so ist bei stationärer Behandlung unbedingt darauf zu achten, daß das Krankenhaus in Kenntnis gesetzt wird, das eben nur diese Regelleistungen versichert sind. Unter dem Begriff „Privatpatient" versteht das Krankenhaus ggfs. durchaus etwas anderes, nämlich wenigstens 2-Bett-Zimmer mit Chefarztbehandlung. Wird hier bei Unterzeichnung des Aufnahmeformulars ein Fehler durch die versicherte Person gemacht, sind die Mehrleistungen aus eigener Tasche zu bezahlen.

FORUM BERUFSBILDUNG

Das neue Kursjahr beginnt im Oktober

Fortbildungs- und Umschulungslehrgänge

NATURKOST
NATURSCHUTZ
BETRIEBS-WIRTSCHAFT
SOZIALPROJEKT-MANAGEMENT

Kostenübernahme durch das Arbeitsamt bei Erfüllung der individuellen Voraussetzungen möglich

FORUM BERUFSBILDUNG
Hedemannstraße 12
1000 Berlin 61
Tel. 251 10 35
Mo- Fr 9.00-13.00 Uhr

Exkursion zu italienischen Kooperativen

vom 4. bis 18.9.1988. Um die Kooperativen und deren Verbände etc. kennenzulernen, werden in drei verschiedenen Regionen jeweils zwei bis drei Besuche stattfinden. Um den italienischen Binnenstrukturen (Nord-Süd) gerecht zu werden, beginnt die Fahrt im Norden in Reggio d'Emiglia (traditionell starke Genossenschaftsbewegung), dann in die mittleren Regionen (Umbrien/-Toskana) und endet in Kalabrien, dem auch traditionell vernachlässigten Gebiet im Süden Italiens.

Neben den Besuchen der Kooperativen und den Gesprächen mit ihren Mitgliedern, werden auch Diskussionen mit Vertretern von Verbänden, Gewerkschaften, Organisationen stattfinden.

Diese Exkursion wird getragen von Netzwerk Frankfurt, Bildungswerk der CGIL Frankfurt und dem Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung, das auch gleichzeitig **Anmeldeanschrift** ist:
Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt, Tel.: (06151) 7 69 28

Termin

Kiez-Festival „Cultur Reflex '88"

Vom 5.8. bis 8.8.88 findet in Kreuzberg auf dem Mariannenplatz ein „Umsonst und draußen"-Festival statt. Also, nicht vergessen und nix wie hin...

Das Tagungshaus

17 Betten, volle Verpflegung. Wir verschicken Infomaterial.
Gut Kragenhof
Betrieb für
org.-biol. Landbau
3513 Stauffenberg
bei Kassel
☎ (05543) 7 82

Tagungshaus Palaver

Selbstverwaltetes Tagungshaus in ehemaliger Bahnhofsgaststätte in Bad Abbach-Lengfeld bei Regensburg hat ab August wieder Termine frei für Kurse, Seminare, Freizeiten etc. Unser Haus bietet 24 Plätze zum Übernachten in Zwei- und Mehrbett-Zimmern, außerdem 3 Gruppenräume, eine große Küche für Selbstversorger oder gute Bewirtung und nicht zuletzt ein Wirtshaus mit Biergarten für danach.
Info & Anmeldung:
Para-Sol e.V.
Adolf-Schmetzer-Str. 27-29
8400 Regensburg
Tel. (0941) 79 15 93

Lern=werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4- Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- od. Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
Tel. (06596) 5 51 od. 10 31

Ferien-Sonderangebote

Athen	ab/bis Frankfurt	24.+31. Juli	579,–
Antalia	ab/bis Frankfurt	13.+20. Juli	629,–
London	ab/bis Frankfurt	15.+18. Juli	248,–
Mallorca	ab/bis Frankfurt	7. Aug.	449,–
Lissabon	ab/bis Frankfurt	6.+13. Aug.	599,–

Ansonsten gibt's natürlich weiterhin mengenweise billigere Flüge zu diversen Zielen

weiter weg.....billige Hochsaison

NEW YORK Juli/August	**ab 999,— DM**
LOS ANGELES Juli/August	**ab 1299,— DM**
BANGKOK Juli/August	**ab 1420,— DM**
AUCKLAND Juli-Sept.	**ab 2495,— DM**

srid – reiseladen
Bockenheimer Landstraße 133. Tel. 069 · 70 30 35
Waldschmidstraße 11. Tel. 069 · 49 03 60
6000 Frankfurt 1

Leserbriefe

An CONTRASTE
Wodurch definiert sich alternatives Wirtschaften?
Jeder Unternehmer, sei er alternativ oder nicht, muß auf die Rentabilität seines Betriebes achten. Insofern gibt es, von der Gewinnseite betrachtet kein alternatives Unternehmertum. (Letztlich ist Gewinn auch immer nur ein Produkt von Ausbeutung, sei es der Natur oder der des Menschen.) Soll jetzt der alternative Unternehmer möglichst wenig Gewinn erzielen wollen? Ich sage **nein.** Viele, weniger bewußte Menschen, haben Geld in der Hand, welches von Ihnen recht sinnlos ausgegeben wird. Der Alternative benötigt Geld, um es sinnvoll auszugeben. Deshalb soll er nicht zurückhaltend in seinen Preisen sein.

Sinnvoll ausgeben heißt: an der Verwirklichung einer relativen Autarkie weiterarbeiten. Wodurch definiert sich diese? Im Unabhängigmachen von gesellschaftlichen Versorgungs- und Entsorgungskosten. Der alternative Unternehmer installiert aus seinen Gewinnen baldmöglichst solare Stromversorgung, (Solarzellen und -kollektoren), und/oder engagiert sich für politische Schritte zur Verbilligung von Solargeneratoren. Er recycelt (rißeikelt) möglichst vollständig seine Abfälle, denn er weiß, daß in allen Stoffen Werte stecken, die er durch Rißeikling erhalten kann. In Bezug auf organische Abfälle ist dies Erhalten ein Muß, denn die Bodenausbeutung durch die konventionellen Landwirte bedeutet, daß der Bewußte, z.B. durch Verbringen seiner Kompostabfälle in, bei Bioläden aufgestellte Komposttonnen, dem entgegensteuert.

Nur: das muß mehr gemacht werden. Im kommunalen Bereich setzt sich der alternative Unternehmer für die Anpflanzung von Bäumen ein, die das Kohlendioxid aus der Luft in Holz umsetzen. Die Fäkalien seines Betriebes versucht er zu erhalten, indem er Komposttoiletten installiert oder im örtlichen Bereich Veränderungen zu bewirken versucht, (z.B. durch Wurzelraumkläranlagen).

Kurzum: Er versuch, sinnvoll für sich zu sein.

Seinen Mitarbeiter versucht er möglichst wenig einzuengen. Druck schafft in der Regel Gegendruck, und das ist für keinen förderlich. Er muß sich natürlich die Frage stellen, ob er einem Mitarbeiter, der sein Geld für teure Fernreisen ausgibt, nicht kündigt. Die Arbeitszeit seiner Mitarbeiter versucht er möglichst flexibel zu handhaben, und selbst scheut er sich nicht, den nächsten Geschäftsbrief bei einem Spaniergang in sein Diktiergerät zu sprechen.

Natürlich benutzt sein Betrieb Rißeiklingpapier. Und Dinge, die aufgebraucht werden, aber mit denen er sich nicht mehr identifizieren kann, faßt er mit Handschuhen an. Radikal ist der Alternative in dem, was er konsumiert. Lieber behilft er sich weiter, als daß er den Kompromiß macht, etwas zu konsumieren, was ihm schadet.

Ein Gebrabbel von: bei uns hat jeder was zu sagen, das toleriert er nicht. Hierarchie ist menschlich, also sollen sich die Kollektive mal darüber klar werden, wer ihr heimlicher Chef ist.

Bauer-Löwenberg, Berlin

Thema: Staatsmenues in der Ersten und Dritten Welt
Den Fernsehfilm „Fleisch frißt Menschen" hat anscheinend unser Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker bestimmt nicht gesehen, sonst wäre das Gala-Diner, was es anläßlich des Staatsbesuches in Schweden Anfang Juni 1988 gab, bestimmt anders ausgefallen.

Lt. Presseberichten wurde folgendes serviert, im Stockholmer Schloß für 280 Gäste:
„Gefüllte Wachteln, Filet vom Marulk (ein Ostseefisch), Sorbet von Fliederbeeren, Lammbraten mit frischem Gemüse und als Dessert Baiser mit Waldhimbeersoße". Bei einem Staatsbesuch in Kuba wäre allerdings der Koch des Bundespräsidenten nicht nur wegen des Klimas ins Schwitzen gekommen. Anstelle von Wachteln hätte er Schildkröten nehmen müssen, da dies die Lieblingsspeise des kubanischen Staatspräsidenten Fidel Castro ist.

Das ARD bzw. der WDR täte gut daran, den Fernsehfilm „Fleisch frißt Menschen" möglichst bald in allen drei Programmen noch einmal laufen zu lassen, vielleicht wird er dann doch noch vom Bundespräsidenten bzw. dessen Koch gesehen und gegebenenfalls Staatsmenues in Zukunft tierisch eiweißfrei und möglichst vollwertig ohne Zuckersüsse den Staatsgästen der Bundesrepublik gesund und ethisch einwandfrei angeboten - zum Wohle Aller.

Richard Herrmann, Mannheim
(Zur Dokumentation: Bericht der *Welt am Sonntag vom 5.6.88, Seite 23* über Galadiner in Stockholm Zu Eßgewohnheiten Fidel Castro: *Betti Frei, Nachtgespräche mit Fidel Castro,* Exodus Verlag, Freiburg/Schweiz 1986)

Betr.: 1992 in der Mai-Ausgabe
Dieter Reincke sträuben sich beim Gedanken an das obige Datum die Haare, mir beim Lesen seines Artikels.

Daß die beiden Spalten kaum inhaltliches zum Thema bringen, läßt sich verkraften und wäre höchstens eine Verschwendung des Platzes. Was mich sehr verärgerte sind die ausländerfeindlichen Passagen. Nicht nur ausländische Konzerne haben es laut Dieter Reincke auf uns Deutsche abgesehen, nein, auch „dynamische Familienclans aus dem Süden" wollen uns brotlos machen. Die Kombination aus Unwissenheit und Ausländerfeindlichkeit hätte ich nicht in einem CONTRASTE-Artikel erwartet.

Heinz Gerken, Bremen

Bastelstunde

Betr.: Neuer, maschinenlesbarer Personalausweis
Nun gibt es ihn schon fast ein Jahr, den neuen, fälschungssicheren (?) und maschinenlesbaren Bundespersonalausweis, aber irgendwie hat er es immer wieder geschafft, sich dem Interesse der meisten diversen Widerstandsgruppen zu entziehen. Vobo, Startbahn, Wackersdorf, Atommüll etc. haben uns vollauf ausgelastet und überhaupt, über kurz oder lang wird doch sowieso jede(r) mit ihm leben müssen. Sagen viele. Falsch! Sagen wir! Muß nicht sein, wenigstens nicht so, wie „die" es wollen.

Nach dem Willen der Herrschenden soll der „Neue" vor allen Dingen fälschungssicher und maschinenlesbar sein.

Der STERN hat uns ja schon gezeigt, wie sicher Fälschungen herzustellen sind. Wie verhält es sich aber mit der Maschinenlesbarkeit, der in den Augen der Herrschenden sicher wichtigere Grund, ihn, den kleinen, neuen einzuführen, um der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft Rechenschaft tragen zu können?

So, hier - endlich - setzen wir 1. ein und 2. uns an einen Tisch, denn: Wir wollen basteln! Wir basteln uns einen 100% fälschungssicheren und garantiert maschinenunlesbaren Personalausweis.

Wir nehmen also eine ausreichende Menge an flüssigem, kristallklaren Gießharz (in Bastelgeschäften zu haben) und eine ausreichend große Form, in die wir nach Gebrauchsanleitung unseren kleinen Freund legen. In Bezug auf die Form sind dabei natürlich keinerlei Grenzen (!) gesetzt. Und was mensch dabei nicht alles basteln kann: einen schönen Anhänger, einen Briefbeschwerer, Bücherstützen etc. Und sicher ist er aufgehoben! Mit Gebrauchswerterhaltung. Garantiert! Sichtbar von allen Seiten. Diebstahl- und verlustsicher, da wir ein kleines Loch durch den Kunststoffblock gebohrt haben, durch das wir bei Bedarf eine Kette o.ä. ziehen können. Ist doch toll, oder? Leider ist er nun für Lesegeräte etwas zu groß geraten, aber das wollen wir ja gerade, oder?

Oldenburger Gewaltfreie Aktion (OLGA)

Projekte

Projekt gesucht zum Leben und/oder Arbeiten (keine Landwirtschaft). Wir – Rosi, 35; Volker, 34; Conny, 4 – Kollektiv- und Projekterfahren, suchen eine neue Perspektive. Wir wollen nicht nur ökonomisch gut klar kommen, sondern auch gleichzeitig politisches Engagement verwirklichen. Finanzielle Beteiligung möglich.
☎ (0234) 51 35 05

Stellensuche

Elektromechaniker, 34, mehrjährige Berufserfahrung möchte in Selbstverwaltetem Betrieb mitarbeiten.
G. Haas
Leostr. 11
4400 Münster
Tel. (0251) 4 60 54

Rhein-Main-Raum Dipl. Betriebswirt (FH), 26, Industr.-Kaufmann, Studienschwerpunkt Pers. u. Ausbildungswesen, sucht zum 1.9.88 Stelle im Personalwesen. Kenntnisse im REWES und PC. Ich beschäftige mich seit über 3 Jahren mit alternativen Kostformen. Hobbys: Shiatsu, Tai Chi Chuan, Tao Yoga.
Hans Neimke
Franz-Werfel-Str. 9
6500 Mainz

Zimmerer, Dipl.-Ing. FH Hochbau 29 J., Erfahrung im Umbau von Fachwerkscheunen, Zivi in offener Jugendarbeit, Reetdachdeckerkenntnisse, 7 1/2 Mon. Berufspraxis sucht Mitarbeit in Projekt.
A. Perlick
Kalandstr. 10
3300 Braunschweig

Jobs

Welche(r) technisch fitte Mechaniker-Maschinenschlosserln oder so im Stuttgarter Raum hat Lust, in einem Betrieb mitzuarbeiten, der Wasserkraftanlagen und Kraftwärmekopplungen baut, auch Leute mit elektronik- elektrik-Kentnissen werden gebraucht.
Beteiligung ist möglich.
☎ (07475) 70 31 - 32, Tilman

Selbstverwalteter Verlag sucht zum 1. August oder später nettes Worcoholic für die **Auftragsaquise, Kundenberatung und Auftragsbearbeitung im Satzbereich / DTP (Apple),** zunächst halbtags. Erfahrungen in Satz / DTP und Graphik wären hilfreich.
FLEX-Verlag
Schaufelder Str. 13
3000 Hannover 1
Tel. (0511) 70 88 27/29

Fachzeitschrift für Naturkostläden: RedakteurIn gesucht

- **Wir sind:** ein kleiner aktiver Verlag im Bereich Ernährung und naturnaher Garten (bei Aschaffenburg)
- **Wir suchen:** Sprachkundigen Menschen, der/die Erfahrung im Naturkosthandel hat und diese nun schriftlich und beruflich verwerten will. Oder umgekehrt: Der/die Erfahrung im konventionellen Handel hat und diese nun für den Öko-Markt zugänglich machen will.
- **Wir bieten:** verantwortliches Arbeiten, mittelmäßige Bezahlung, Mitgestaltung im Unternehmen
- **Kontakt:** Sabine Kauffmann, Tel. (06073) 95 48

SchreinerIn zum Bodensee ges., mögl. ab sofort, gerne mit Interesse an Beteiligung, langfristig ist ein interessantes Werkhofprojekt geplant, für das wir auch weitere handw. u. techn. Betriebe suchen.
☎ (07731) 2 79 68.

Sonstiges

Bauwägler sucht Bau- und Zirkuswagenbewohner (auch ehemalige), die sich für Diplomarbeit (SOWI) zu Verfügung stellen. Über Hilfe bei der Adressensuche wäre ich dankbar!!! Herbert Kropp, Jückenweg 1, 2905 Edewecht/-Portsloge, ☎ (04405) 75 21

Schöner Fahrradladen, bestens am Markt, überregional bekannt mit großem Einzugsbereich im Herzen des Ruhrgebiets (unter den „alternativen" hierorts die No. 1), sehr gute Ertragslage, z. Zt. reinrassiger Kollektivbetrieb, zu verkaufen (wg. neuer Interessen). Warenbestand 300.000 DM muß übernommen werden (Finanzierungshilfen machbar). Mitglied im Verbund Selbstverwalteter Fahrradwerkstätten, gute Geschäftsverbindungen, mehrere Beteiligungen. 1a Chance für absolut sichere Existenz (4 Vollzeit- oder 7 Teilzeitstellen).
Angebote unter Chiffre **Drahtesel**

Für ein **Büromöbelsystem** aus Massivholz, Entwicklung u. Testserie abgeschlossen, suche ich Firmen für **Herstellung** und/oder **Vertrieb,** auch Lizenznehmer. Albrecht G. Walther, Dipl.-Ing., Naturorientierte Arbeitsraumgestaltung, Agathe-Lasch-Weg 26, 2000 Hamburg 52, Tel. (040) 880 80 21.

Wir machen Urlaub vom 25. Juli bis zum 12. August. Bei Bedarf noch vorher anrufen. **versiko GmbH - Kollektive Versicherungsagentur -,** Vennhauser Allee 245, 4000 Düsseldorf, Tel. (0211) 27 70 11, liebe Grüße Gisela, Monika, Alfred, Klaus und Andreas.

Infodienst der Gesundheitsläden

Der Infodienst...

- stellt wichtige gesundheitspolitische Schwerpunktthemen zur Diskussion
- dient der inhaltlichen Vorbereitung der Gesundheitsladentreffen
- ist in den Gesundheitsläden für 3.- DM erhältlich
- ist zu bestellen wie folgt: überweise den entsprechenden Betrag auf das Sonderkonto Infodienst: PGA Hamburg (BLZ 200 100 20) Kto-Nr. 1037 - 202 und vermerke auf dem linken Zahlkartenabschnitt deutlich deinen Wunsch und deine Anschrift.
- kostet incl. Porto einzeln: 4.- DM
- kostet incl. Porto im Abo: Nr. 25 - 29 (1987/88) 20.- DM

Nr. 29 GEN TECHNOLOGIE UND POLITIK

Anfragen richtet bitte an:

Infodienst der Gesundheitsläden
c/o Bremer Gesundheitsladen e.V.
Braunschweiger Straße 53b
2800 Bremen 1
Telefon: 0421 / 498 86 34

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Perspektiven der Alternativen Ökonomie bis zum Ende des Jahrtausends

Tagung vom 15. bis 22. Juli 1988 in Arnoldshain

15.7.88

18.30 Uhr

*

-Anreise
-Abendessen
-Begrüßung der Teilnehmer
-Kultureller Empfang
-Vorstellung des Seminarablaufs und der Arbeitskreise
-Theater oder Film

16.7.88

9.00 Uhr

*

AK 1 - Branchenvernetzung

E. Sing:
Geschichte der Selbstverwaltung im alternativen Buchhandel
A. Dudek:
Vernetzung von alternativen Bildungsstätten

AK 2 - Regionale Bestandsaufnahme

U. Schramm:
Selbstverwaltete Betriebe in NRW 1988
W. Sperschneider:
Selbstverwaltete Betriebe in Südniedersachsen

***

15.30 Uhr

*

Plenum

W. Boywl:
Manchmal möcht'ich Dich fragen ...
Burghard Flieger:
Das Selbstverwaltungsparadox
L. Gubitzer:
Perspektiven 2000 im Lichte theoretischer Ansätze zur alternativen Ökonomie

***

19.30 Uhr

*

M. Kötz
Film: „Elsas Liebe"
(TAK AÖ Sommerseminar 1979)

17.7.88

9.00 Uhr

*

AK 1 - Branchenvernetzung

U. Mädger:
Bundesarbeitsgemeinschaft selbstverwalteter Gartenbaubetriebe
G. Wilcken:
Strukturwandel im Naturkostbereich

AK 3 - Beratung

H. Deerberg:
Perspektiven des alternativen Versicherungswesens (verlesenes Referat)
A. Gerth:
Schiedsverfahren als Konfliktlösungsinstrument in selbstverwalteten Betrieben

***

15.30 Uhr

*

Plenum

F. Warthenpfuhl:
Management und Selbstverwaltung
M. Kück:
Die nächsten Innovationen der Alternativen Ökonomie bis zum Jahr 2000

18.7.88

9.00 Uhr

*

AK 4 - Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft

W. Mohr/... und A. Cramon-Daiber:
Empirische Ergebnisse zur gegenwärtigen Situation von Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft

AK 3 - Beratung

R. Kreling und H. Schwarz:
Beratung von SV-Projekten - Erfahrungen der letzten sechs Jahre und Ausblick
K. Zehetner:
Beiträge der neuen Beratungsorganisationen zur Entwicklung der Alternativen Ökonomie

***

15.30 Uhr

*

Plenum

C.v.Werlhof:
Schritte zu einer subsistenzorientierten Wirtschaft unter ungünstigen Bedingungen
A. Cramon-Daiber:
Inside Out - Outside In: Feministische Kritik der Ökonomie
B. Scholer:
Europäische Selbstbeschränkung oder globale Verknüpfung der Kooperativen?

***

20.00 Uhr

*

Podiumsdiskussion

Erfahrungen und Entwicklungsperspektiven in Großprojekten
- ASH Krebsmühle, UFA-Fabrik, Berlin; Fabrik für Kultur, Handwerk und Sport, Freiburg; taz, Berlin; Mehringhof, Berlin -
Moderation:
Heinz Bollweg

19.7.88

9.00 Uhr

*

AK 4 - Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft

G. Notz und M. Rac'ki:
Selbstverwaltete Frauenarbeit zwischen Hausarbeit und Selbsthilfe

AK 3 - Beratung

S. Höyng und C. Raschke:
Die Frage nach der Arbeitseffizienz und der Gruppendynamik am Beispiel eines Beratungsberichtes

AK 5 - Sozialprojekte

L. Wende:
Soziale Projekte 1988 - Lob von der CDU - Keile von der Szene?

***

15.30 Uhr

*

Plenum

M. Müller:
Zur Dynamik gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse
J. Müller:
Zur Systematik einer Selbstverwaltungswirtschaft aus realpolitisch-grüner Sicht
H. Stowasser:
Zur Systematik der Selbstverwaltungs-Wirtschaft aus radikaler Sicht
A.v. Loesch:
Alternative Ökonomie aus traditioneller Sicht

20.7.88

9.00 Uhr

*

AK 4 - Frauen in der Selbstverwaltungswirtschaft

C. Nesemann und H. Haas-Rietschel:
Zukunft (selbstverwalteter) Frauenarbeit ohne Recht auf Einkommen für Arbeit

AK 1 - Branchenvernetzung

C. Bartning und F. Rock
Der Verein selbstverwalteter graphischer Betriebe als Zusammenschluß

AK 8 - Kultur

R. Bohle:
Zur Zukunft alternativer Kulturarbeit
D. Haselbach
Thesen zur Finanzierung von Soziokultur

***

15.30 Uhr

*

M. Opielka u. P. Grottian:
Alternative Ökonomie im Sozialstaat. Strukturprobleme sozialpolitischer Förderung alternativer Ökonomie
D. Reincke:
Die Ökobank - nicht nur ein Finanzinstitut

***

19.30 Uhr

*

Podiumsdiskussion

Grün-nahe Stiftungsaktivitäten
T. Greifeld, M. Opielka

21.7.88

9.00 Uhr

*

AK 5 - Sozialprojekte

B.Scheda und ABM-AG (Berlin, München, Nürnberg, Bremen):
Widersprüche und ABM - Entwicklung aus alternativ-ökonomischer Sicht

AK 7 - Kommunen Ökodörfer

K.H. Meyer u. G.Seitz:
Perspektiven und Brüche in der Kommunebewegung
K.L. Schibel:
Kommune Denken und Kommune Machen

AK 8 - Theoriedebatte

C. Bartning:
Von der Lohnarbeit zur Kollektiv-selbständigen Arbeit

***

15.30 Uhr

*

Plenum

A. Bötel:
Die Zukunft der Netz- und anderer Werke
I. Schöne:
Merkpunkte einer ökologischen Wirtschaftsforschung
T. Greifeld:
Auswirkungen der Veränderungen und Angleichungen im Selbstverwaltungsbereich auf subjektive Verarbeitungsformen der Erfahrung

***

19.30 Uhr

*

Planspiel

V. Wend:
„Was passierte am 26.9.2000?"

22.7.88

9.00 Uhr

*

AK 7 - Kommunen Ökodörfer

J. Bargholz:
Ökodörfer Perspektive oder Pleite?

AK 5 - Sozialprojekte

A. Huber:
SVB und Selbsthilfeprojekte als neue Handlungsfelder d. Jugendhilfe und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Förderung des sozialen Engagements

AK 9 - Vernetzungen jenseits der Branchen

A. Saacke:
Die Aktion 3. Weg
F. Wartenpfuhl u. D. Damm
Der Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen
L. Porada:
Die Interessengemeinschaft cooperativ genossenschaftlich arbeitender Betriebe und Projekte (IC-GA)

***

13.30 Uhr

*

Plenum

L. Gubitzer:
Das Beispiel Mondragon als Ausgangspunkt für nationale und internationale Vernetzung
R. Schwendter:
Notate zu den Perspektiven alternativer Ökonomie

Anmeldung: Evang. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten/Ts., Telefon: 06084/30 32 (Sekretariat)

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .
Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1,einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden!

MEHR CONTRASTE

– DIE PERSPEKTIVE NICHT NUR BIS ZUM ENDE DES JAHRTAUSENDS